



9. Heft / 4. Mai 1911

LEONIDA BISSOLATI · DIE TEILNAHME DER SOZIALISTEN AN DER REGIERUNG

AER Herausgeber der *Sozialistischen Monatshefte*, denen ich die Ehre habe als alter Mitarbeiter anzugehören, hat mich ersucht die näheren Umstände darzulegen, unter denen der sogenannte *Fall Bissolati* sich für den italienischen Sozialismus darstellte. Wenn ich seinem Wunsch nachkomme, so weiß ich sehr wohl, daß weder er selbst noch die Leser seiner Zeitschrift von mir eine persönliche Rechtfertigung erwarten, vielmehr nur eine objektive Klarlegung des Problems, das die geschichtlichen Vorgänge der letzten Zeit der sozialistischen Partei in Italien gestellt haben.

Die Tatsachen liegen so: Während einer Kabinettskrise beruft, wie bekannt, der König alle die Parlamentsmitglieder zu sich, die er für die geeigneten hält ihm eine der parlamentarischen Lage entsprechende Lösung anzugeben. In der letzten Krise im März dieses Jahres nach dem Sturz des Ministeriums Luzzatti berief Viktor Emanuel neben anderen Parlamentariern auch mich in den Quirinal; ich folgte der Aufforderung und begab mich ins Schloß, um mit dem König zu konferieren. Den Auftrag ein Kabinett zu bilden erhielt Giovanni Giolitti. Er forderte, noch ehe er sich an irgendeinen andern wandte, mich auf als Minister in das Kabinett einzutreten. Ich nahm das Anerbieten nicht an, motivierte meine Ablehnung aber nicht mit Gründen, die den Prinzipien oder der Taktik des Sozialismus entnommen waren. Ich lehnte vielmehr aus rein persönlichen Ursachen ab und erkannte damit an, daß ich für meine Person die Frage der Teilnahme der Sozialisten an der Regierung bereits in bejahendem Sinn entschieden hatte.

Nach diesen Vorgängen fühlte eine bestimmte Gruppe von Sozialisten sich berechtigt mein Verhalten ganz ohne weiteres zu verdammen. Sie gaben zwar bereitwilligst zu, daß dieses Verhalten nicht dem Geist oder der Absicht eines Parteiverrats entsprungen sei. Aber sie stellten die Frage als eine absolut prinzipielle und behaupteten: Welche Gründe Bissolati auch immer veranlaßt haben mochten mit dem König zu konferieren und über eine Teilnahme an der Regierung zu verhandeln, diese Tatsache allein bedeutet schon die Negation des Sozialismus. Sie deduzierten also: Die sozialistische Partei ist ihrer Natur nach republikanisch; sie schließt demnach eine Anerkennung der Monarchie

in irgendeiner Form aus. Zudem ist die Regierung stets der geschäftsführende Ausschuß der bürgerlichen Klassen; ein Sozialist kann deshalb nicht an der Regierung teilnehmen, ohne den Grundsätzen und Methoden der sozialistischen Partei Abbruch zu tun. Das war der Leitsatz der Intransigenten oder Radikalen. Sie ergriffen dabei mit Freude die Gelegenheit über die Reformisten herzufallen, und zwar über sämtliche Reformisten, die ja gegenwärtig die Mehrheit in der Partei bilden, indem sie behaupteten, daß mein Vorgehen nur die verdammenswerte, aber logische Konsequenz des Reformismus sei.

Die Reformisten spalteten sich in zwei Lager. Die einen billigten meine Haltung und wünschten, daß die Partei mit ihrem Genossen zusammen die Verantwortung für seine Handlungsweise übernehmen solle; die anderen stellten nur fest, daß die Teilnahme an der Regierung der sozialistischen Taktik grundsätzlich nicht widerspreche, sprachen sich aber für den gegenwärtigen Augenblick in Anbetracht der politischen Unreife der Massen gegen die Teilnahme aus. In der Verwerfung der doktrinären Anschauungen der Intransigenten stimmten also sämtliche Reformisten überein. Sie betonen diesen Anschauungen gegenüber, daß, wenn der Sozialismus in seinem Endziel republikanische Formen auch auf wirtschaftlichem Gebiet erstrebe, dies für die Frage der Teilnahme der Sozialisten an der Regierungsgewalt noch gar nichts besage. Denn hier handle es sich tatsächlich darum zu entscheiden, ob in der gegenwärtigen Geschichtsperiode in einem Land, in dem die Monarchie eine wirklich parlamentarische ist, die Sozialisten die staatliche Maschinerie zugunsten der Aufwärtsbewegung des Proletariats benutzen sollen. Und gehört zu den verschiedenen Formen der Benutzung dieser Maschinerie auch eine Konferenz mit dem Monarchen über die Bildung des Ministeriums und die Übernahme eines Ministerpostens: aus welchem Grund sollten die Sozialisten diese dann ablehnen? Ist es doch das wichtigste für eine Partei wie die sozialistische, die dahin strebt neue Kräfte für eine wirtschaftliche Umbildung zu schaffen und herauszuheben, daß diese Kräfte freieste Entwicklungsmöglichkeit besitzen und sich stets genau in dem Stärkegrad geltend machen können, den sie allmählich erreichen. Ist die Macht des Proletariats im Land und im Parlament so groß, daß ihm gegenüber oder im Wettstreit mit anderen politischen Machtfaktoren — das Recht eines Einflusses auf die Tätigkeit der Exekutivgewalt zusteht, so wäre es eine unverzeihliche Torheit auf die Ausübung dieses Rechts zu verzichten, nur weil das Staatsoberhaupt die Abzeichen des Königtums trägt. Mit anderen Worten: Wenn die staatlichen Institutionen gewisse Formen wahren, die sich vermutlich in späterer Zukunft wandeln werden, bis dahin aber der Ausdehnung und Verstärkung der proletarischen Macht durchaus nicht im Weg stehen, so ist dies kein Grund, der das Proletariat ernsthafterweise hindern könnte eines der wirksamsten Mittel zur Beschleunigung des eigenen Sieges zu ergreifen. Im übrigen ist es auch ganz verkehrt wieder mit der alten Schablone zu kommen, nach der die Regierung stets der geschäftsführende Ausschuß der bürgerlichen Klassen ist. In den Staaten mit Repräsentativsystem stellen die Exekutivorgane die Kräfte dar, die an dem parlamentarischen Schachspiel beteiligt sind. Gewinnt also unter den parlamentarischen Kräften die Macht des Proletariats eine Bedeutung, die der der anderen Klassen oder auch der Unterklassen, in die die bürgerliche Masse sich spaltet, gleichwertig ist, so erscheint die Teilnahme der Sozialisten an der

Exekutivgewalt nach dem allgemeinen Gesetz des parlamentarischen Mechanismus als eine natürliche Tatsache. Das heißt also: Solange die Kräfte des sozialistischen Proletariats nicht einen bestimmten Entwicklungs- und Stärkegrad erreicht haben, vertritt zweifellos die Regierung ausschließlich die bürgerlichen Klassen; in dem Augenblick aber, wo jener Grad erreicht ist, hängt es einzig von dem Willen des Proletariats ab, ob die Regierung auch fernerhin nur das Instrument der bürgerlichen Klassen bleibt, oder ob sie eine veränderliche Verbindung darstellt, in der die bürgerlichen und die proletarischen Elemente gegen einander abgewogen werden.

In diesem Punkt enthüllt sich nun aber die tiefgehende Anschauungsdifferenz zwischen *Radikalen* und Reformisten. Die Vorstellung der *Radikalen* über die proletarische Bewegung und über die Wege, auf denen der Sozialismus dahin gelangen wird das wirtschaftliche Leben zu beherrschen, schließt jedwede, selbst vorübergehende — und was ist übrigens in der Geschichte nicht vorübergehend? — Zusammenarbeit zwischen den Bürgerlichen und der proletarischen Klasse aus. Der Klassenkampf ist ihrer Meinung nach ein Gesetz, das nicht allein keinerlei Ausnahmen nach Ort oder Zeit zuläßt; er tritt auch seiner Natur nach so stark gegen alles andere hervor, er überflutet so sehr alles andere, daß er die Möglichkeiten einer Gemeinsamkeit der Interessen zwischen dem Proletariat und dem Bürgertum oder einem Teil des Bürgertums vollständig verschwinden macht. An eine Regierung glauben, in der die Vertreter des Proletariats und die Vertreter des Bürgertums Seite an Seite zusammenwirken, hieße demnach annehmen entweder, daß eine der beiden Parteien ihre eigene Klasse verraten könnte oder aber, daß beide Parteien sich zu dem Zweck zusammentun, um sich gegenseitig zu lähmen. Im Gegensatz dazu schließt für die reformistische Auffassung die sozialistische Taktik ein eventuelles Zusammenwirken zwischen dem Proletariat und der oder jener bürgerlichen Fraktion nicht aus. Im Gegenteil: Nicht allein gibt es keine revolutionäre Bewegung, deren Ziel es wäre sämtliche Ergebnisse der frühern Geschichtsepoche zu vernichten und neu zu bilden, es hat umgekehrt jede solche Bewegung das lebhafteste Interesse diese Ergebnisse zum großen Teil zu hüten und fortzuentwickeln, um sie zur Grundlage des revolutionären Neuen zu machen. Im übrigen untersteht eine revolutionäre Partei durch die Macht der Verhältnisse auch in dem, was sie an *N e u e m* in das Leben und die soziale Struktur einzuführen strebt, dem Gesetz des Fortschritts in Etappen. Die mannigfachen politischen und wirtschaftlichen Probleme, für die eine revolutionäre Partei in ihrem Programm ihre besonderen Lösungen vorschlägt, sind weder ihrem Wesen nach alle von gleicher Bedeutung, noch sind sie alle in gleichem Grad zur Lösung reif. Die geschichtlichen Vorgänge wie die besonderen Verhältnisse in jedem Land rücken bald das eine, bald das andere jener Probleme in den Vordergrund. So kann es geschehen, und so geschieht es zu gewissen Zeiten überall, daß zu einem bestimmten Zeitpunkt eine Fraktion des Bürgertums mit der sozialistischen Partei darin übereinstimmt, daß eines dieser Probleme gelöst werden müsse und selbst darin, wie es zu lösen sei. Hängt nun die Verwirklichung dieser Lösung zum großen Teil von der Tätigkeit der Regierung ab, und sind die Sozialisten durch die Macht, die sie sich im Land und im Parlament erobert haben, in der Lage an der Regierungsgewalt teilzunehmen, so haben sie auch die Pflicht dazu. Sie benutzen das Mittel, um einen Teil ihres Programms zu verwirklichen.

Im Grunde besteht also die Differenz oder der Gegensatz zwischen den Tendenzen der Intransigenten oder *Radikalen* und denen der Reformisten darin, daß die ersteren die Taktik der bloßen Katastrophen *erwartung* verteidigen, während die letzteren eine Taktik fortdauernder *Aktionen* vorzeichnen. Die *Radikalen* erwarten den geschichtlichen Moment, in dem die Kräfte des Proletariats so absolut überwiegender geworden sind, daß sie die sozialistische Lösung aller Probleme in Angriff nehmen können. Die Reformisten wollen die Kräfte des Proletariats zur Geltung bringen, soweit sie in jedem geschichtlichen Augenblick gegeben sind, um diejenigen Lösungen zu erreichen, die sich augenblicklich erreichen lassen. Und mit Unrecht klagen die *Radikalen* die Reformisten an, daß sie durch solche Teileroberungen den Grundsatz des Klassenkampfes verleugnen. Im Gegenteil. Wenn sie einen Sitz in der Regierung an der Seite der bürgerlichen Elemente erringen, um eine Teilforderung zugunsten des Proletariats durchzusetzen, so ist dies gerade der Tatsache zu danken, daß die proletarische Klasse gekämpft hat, um sich nach Maßgabe ihres politischen und sozialen Machtgrads einen Einfluß auf die staatlichen Organe zu sichern. Die beiden Auffassungen und Methoden sind also mit einander unvereinbar. Die eine schließt die andere aus. Es ist deshalb begreiflich, daß eine erneute Krise — nach jener, in der die *revolutionären* Syndikalisten sich von der Partei lossagten — heute von einer eminenten Bedeutung für die italienische sozialistische Partei wäre. Es ist übrigens zu beachten, daß der Konflikt der beiden Richtungen und Methoden, der heute in der Frage der Teilnahme an der Regierungsgewalt zum Ausdruck kommt, der Idee nach bereits in der Frage der Wahlunterstützung bürgerlicher Kandidaten und der parlamentarischen Unterstützung der Regierung vorgezeichnet war. Es sind dies nur drei Phasen der gleichen Frage. In der Tat: Als die Sozialisten bei den Wahlen einen bürgerlichen Kandidaten unterstützten, räumten sie dadurch ein, daß es nützlich für die proletarische Bewegung wäre durch ein Bündnis mit bürgerlichen Parteien die Lösung eines der dringlichsten Probleme anzubahnen; das gleiche erkannten die Sozialisten an, als sie durch ihr Votum im Parlament das eine oder das andere bürgerliche Ministerium unterstützten. Und so wenden die Reformisten schließlich mit der direkten Teilnahme an der Regierung nur auf dem Gebiet der Exekutivgewalt die gleichen Grundsätze an, die sie bei den Wahlen und im Parlament bereits betätigt haben. Tatsächlich brach der Kampf zwischen der *radikalen* und der reformistischen Auffassung und Taktik zuerst bei der Frage der Wahltaktik los; dann sprang er auf die Frage der Vertrauensvoten für die Regierung über; und heute wird er weiter um die Teilnahme an der Regierung gekämpft. Im Grund war es stets der gleiche Kampf. Nur sind sich gegenwärtig in dieser letzten Phase *Radikalismus* und Reformismus ihrer selbst mehr bewußt geworden, beide fühlen sich gezwungen jede Art Zweideutigkeit fallen zu lassen, um sich klar und deutlich in ihrem eigentlichen Wesen zu behaupten.



SO also steht es um die abstrakten und allgemeinen Gesichtspunkte, die hier in Frage kommen. Betrachten wir noch, wie das Problem sich *in concreto* den italienischen Sozialisten aufgedrängt hat. Dabei dürfte es gut sein sich einige Umstände ins Gedächtnis zu rufen, die das politisch-soziale Milieu beleuchten, in dem sich diese neueste sozialistische Affäre abspielte.

Jene Annäherung der sozialistischen Partei an bürgerliche Parteien und Klassen durch gelegentliche Zusammenarbeit ist durchaus kein Novum. Jedermann weiß, daß vor jetzt nicht viel mehr als 10 Jahren die sozialistische Partei sich gezwungen sah für die Verteidigung der öffentlichen Freiheiten gegen eine Regierung zu kämpfen, die angesichts der ersten Organisationsversuche der Arbeiter den Versuch machte die Verfassung zu verletzen. In diesem Kampf, der ungefähr 2 Jahre dauerte, fanden die Sozialisten wertvolle Bundesgenossen in den Fraktionen der bürgerlichen Demokratie, und nur mit deren Hilfe konnten sie schließlich zum Sieg gelangen. Nach dem Sturz des Ministeriums Pelloux, das Ausnahme Gesetze vorgeschlagen hatte, ging die Regierung in die Hand jener demokratischen Gruppen über, die mit den Sozialisten zusammen die öffentlichen Freiheiten verteidigt hatten. Aber dieses Ministerium, in dem Giuseppe Zanardelli Präsident und Giovanni Giolitti Minister des Innern war, wurde fortgesetzt erbittert von der reaktionären Partei angegriffen und wäre sicher gestürzt worden, hätten die Sozialisten es nicht verteidigt. Damals gab die sozialistische Fraktion des Parlaments zum erstenmal der Regierung ein Vertrauensvotum. Auch damals schon entfachte diese Tatsache Unwillen und Beschuldigungen bei der radikalen Richtung, die zu jener Zeit ziemlich stark war und für sich die Traditionen strenger Intransigenz ins Feld führen konnte, die die erste Periode des Daseins der sozialistischen Partei beherrscht hatten. Die parlamentarische Fraktion bot indessen dem Zorn der Radikalen Trotz, um den Arbeitern Propaganda-, Organisations- und Koalitionsfreiheit zu sichern, und stimmte für die Regierung. Und es sei mir auch gestattet an folgendes zu erinnern: Ungeachtet des Übergewichts, das die radikale Richtung bei jenem Votum in der Partei hatte, wies ich schon damals auf Parteitag und in verschiedenen Veröffentlichungen darauf hin, daß die reformistische Taktik, nach der die Sozialisten bürgerlichen Regierungen ein Vertrauensvotum gegeben hatten, früher oder später auch zu der Erkenntnis führen werde, daß die direkte Teilnahme an der Regierung eine unmittelbare politische Pflicht sei.

Die intransigente und radikale Taktik führte dann, wie bekannt, zur Propaganda von Generalstreikversuchen, die die Reaktion benutzte, um wieder Kräfte zu sammeln. Neues Revirement in der Partei: Die Reformisten fingen an neue Siege zu feiern, deren Anzeichen sich zuerst bei den Kommunalwahlen zeigten, bei denen sich die Sozialisten mit den demokratischen Parteien verbündeten, um die Konservativen und die Klerikalen zu schlagen, dann bei den Parlamentswahlen von 1909, bei denen das Bündnisystem in ausgedehnter Weise angewandt wurde. Dieses System war, wie bemerkt werden muß, in weitem Maß von dem Parteitag in Florenz /1908/ gebilligt worden, der auch die dringende Notwendigkeit hervorhob eine Erweiterung des Wahlrechts bis zur größtmöglichen Annäherung an das allgemeine Wahlrecht zu erkämpfen.

Wie wichtig in Italien für die demokratische Bewegung im allgemeinen und für das Proletariat im besondern eine wesentliche Erweiterung des Wahlrechts ist, läßt sich nur ganz begreifen, wenn man daran denkt, daß wir bei mehr als 9 Millionen männlichen Erwachsenen heute weniger als 3 Millionen politische Wähler zählen. Unser Wahlgesetz, das im Jahr 1882 gegeben wurde, nachdem 1877 die obligatorische Schulpflicht gesetzlich eingeführt war, erschien damals als eine Art allgemeinen Wahlrechts: Hatten nun nicht alle Fa-

milien die gesetzliche Pflicht ihren Söhnen Elementarbildung geben zu lassen, und verpflichteten sich nicht Staat und Gemeinden ihnen diese Bildung zu beschaffen? In Wirklichkeit standen indessen die Dinge ganz anders. Infolge der Feindseligkeit eines Teils der herrschenden Klassen gegen die Volksbildung wie infolge der traurigen finanziellen Lage, in der sich seit langem Staat und Kommunen in Italien befanden, betrug — mehr als 30 Jahre nach der Einführung der obligatorischen Schulpflicht — die Durchschnittszahl der Analphabeten in Italien fast 50 % der Bevölkerung. In allerletzter Zeit hat, wie hervorgehoben werden muß, die Schule erhebliche Fortschritte gemacht, sowohl durch neue, sehr vernünftige gesetzliche Bestimmungen wie durch vermehrte finanzielle Beitragsleistungen, die ihr bewilligt wurden. Aber besonders in Südtalien existiert immer noch eine große Zahl von Analphabeten und infolgedessen eine kleine Zahl von Wählern, die man leicht durch Zwangsgewalt dahin bringen kann ihre Stimme für Kandidaten abzugeben, die die parasitären lokalen Gruppen vertreten, und die den schlimmsten Teil des italienischen Parlaments darstellen. Die Zahl der Wähler erweitern heißt demnach politische und Verwaltungsverhältnisse schaffen, in denen die Interessen der arbeitenden Mehrheit denen der parasitären Minderheit vorgehen. Wer sich andererseits darüber wundern wollte, wie man dieses Werk der Gesundung und Verbesserung des politischen und Verwaltungslebens von einer Masse von Analphabeten erwarten könne, der bewiese nur, daß er von der wirklichen moralischen Revolution nichts weiß, die sich gerade unter den arbeitenden Massen in den letzten 10 Jahren vollzogen hat, und zwar infolge der vollkommenen Freiheit, in der sich der Klassenkampf entfalten konnte. Der Industrie- und der Landarbeiter, noch Analphabeten, sind durch ihre Lohnkämpfe und ihre Organisationen dennoch auf eine Stufe politischer Bildung gelangt, die sie niemals durch den bloßen Schulbesuch erreicht hätten. Daher ist es schon rein im Interesse der Entwicklung der Nation selber geboten das Wahlrecht über die Grenzen des Gesetzes von 1882 hinaus zu erweitern.

Die sozialistische Parlamentsfraktion begriff diese Situation und bewies das dadurch, daß sie unter der Bedingung einer Wahlreform das Ministerium Luzzatti unterstützte, das im April 1910 die Regierung übernahm. Die Wahlreform, die dieses Ministerium, das aus Mitgliedern der Linken und Anhängern Giolittis bestand, in sein Programm aufnehmen wollte, war recht bescheiden. Der sozialistischen Fraktion genügte es indessen einstweilen die Sache in Fluß gebracht zu haben, da sie wohl wußte, daß Fragen dieser Art, sobald sie einmal angeregt sind, nicht wieder völlig begraben werden können. Als das Ministerium Luzzatti von den Sozialisten gezwungen wurde sein Versprechen einzulösen, versuchte es, eine Wahlreform zu geben, die durch die Art ihres Aufbaus die Wirkungen wieder zunichte machte, die die Sozialisten erhofft hatten. Nun traten die Sozialisten in die Opposition. Und als das Ministerium am 18. März dieses Jahres erklärte sich der Parlamentskommission zu fügen, die offen jede Art Wahlreform begraben wollte, stürzten sie das Ministerium. In dieser parlamentarischen Situation nahm auch Giolitti das Wort und entwickelte den Gedanken, daß eine weitgehende und tiefgreifende Wahlreform für das politische Leben Italiens notwendig sei. Alles übrige ist bekannt. Giolitti brief mich zu sich und entwickelte mir ein Wahlreformprogramm, das das Wahlrecht nicht allein allen städtischen Bürgern bewilligt, die mindestens 21 Jahre alt sind und die Elementarschule durchgemacht haben, sondern auch unabhängig

vom Schulbesuch allen, die der Militärflicht genügt haben und allen vom 30. Lebensjahr ab überhaupt, auch den Analphabeten. Ferner können diejenigen, die weder Schulbildung besitzen noch Militärdienst geleistet haben, und die dennoch das Wahlrecht vor dem 30. Jahr ausüben möchten, dieses Recht durch eine leichte Prüfung erlangen, in der sie nachweisen, daß sie lesen und schreiben können. Auf diese Art vermindert die Bewilligung des Wahlrechts an die 30 Jahre alten Analphabeten nicht den Antrieb zur Bildung.

Mit diesem Programm, das auch ein Projekt der Verstaatlichung der Lebensversicherungsunternehmungen enthielt, in dem die Einkünfte zu einem Arbeiterpensionsfonds verwandt werden sollten, forderte Giolitti mich auf in das Ministerium einzutreten. Ich lehnte aus persönlichen Gründen ab, erklärte mich aber, wie gesagt, bereit mit dem König und dem Ministerpräsidenten zu konferieren, ohne irgend einen prinzipiellen Einwand gegen eine Teilnahme an der Regierung geltend zu machen. Dabei ist es gut sich zu erinnern, daß der Parteitag von Mailand /1910/ feierlich erklärt hatte, es sei für das italienische Proletariat notwendig eine weitgehende Wahlreform zu erkämpfen, und daß er gerade nach meinen Ausführungen die Unterstützung billigte, die die sozialistische Parlamentsfraktion im Hinblick auf eine solche Reform dem Ministerium Luzzatti gewährt hatte. Und nun berief Giolitti die sozialistische Fraktion in meiner Person zur Teilnahme an der Regierung, um eine Wahlreform zu verwirklichen, die nicht viel weniger als das allgemeine Wahlrecht bietet.

In dieser Situation nahm der Parteivorstand fast einstimmig folgende Resolution an:

»In Erwägung, daß in den Beschlüssen auf den Parteitagen und in den Abstimmungen des Parteivorstands, die vorangingen, als Hauptforderung die Eroberung des allgemeinen Wahlrechts hingestellt wurde, das von den italienischen Arbeitern und besonders von den Arbeitern des Südens als unerläßliche Waffe gefordert wird, die es dem Proletariat ermöglichen soll seinen Willen kundzugeben und in das Parlament eine ehrlichere Vertretung zu entsenden, wie sie den Bedürfnissen des Landes entspricht; in Erwägung, daß nur durch die Eroberung des allgemeinen Wahlrechts im Parlament eine ernsthafte Arbeitergesetzgebung, die Verminderung der Militärlasten und die Erneuerung des ganzen öffentlichen Lebens in Italien erkämpft werden kann, erkennt der Parteivorstand — während die Entscheidung über die Frage der Teilnahme der Sozialisten an der Regierung und der Umstände, unter denen diese Teilnahme eventuell eintreten dürfte, dem außerordentlichen Parteitag vorbehalten werden soll — es dennoch als seine Pflicht an seine Meinung über das persönliche Verhalten des Abgeordneten Bissolati während der letzten Ministerkrise kundzutun, da er das allzu bequeme Auskunftsmitglied verwirft ihm persönlich die Verantwortung für sein Vorgehen zu überlassen. Der Parteivorstand erkennt an, daß die Eroberung des allgemeinen Wahlrechts eine so revolutionäre Tat ist, daß ebenso wie sie eine gewaltsame Aktion des Proletariats rechtfertigen könnte, sie auch einen Akt persönlichen Vorgehens rechtfertigt, der ausnahmsweise die gewöhnlichen Normen der Parteidisziplin außer acht läßt, im übrigen aber darauf ausgeht die Waffen zu erobern, die für die Erkämpfung der Forderungen der Partei entscheidend sind. In Erwägung, daß diese Reform ohne die von der Partei im Lande betriebene Agitation, ohne Bissolatis folgerichtiges Eingreifen in der letzten Krise und ohne die Unterstützung der gegenwärtigen Regierungsrichtung durch die sozialistische Fraktion nicht als Hauptpunkt des Programms der Regierung aufgestellt worden wäre, erkennt der Parteivorstand die Bedeutung von Bissolatis Haltung an, die er ausschließlich im Interesse der Partei und zum Besten des Proletariats einnahm, und billigt die von der Fraktion beschlossene Unterstützung des Ministeriums.«

Nachdem die sozialistische Parlamentsfraktion den Bericht angehört hatte, den ich über meine unter eigener Verantwortung unternommene Handlungsweise

gab, teilte sie sich in verschiedene Lager. Eine kleine Zahl von Abgeordneten mißbilligte mein Vorgehen, und zwei von ihnen sagten sich von der Fraktion los. Andere hießen meine Handlungsweise gut, machten aber in der Frage der Teilnahme an der Regierung gewisse Vorbehalte. Wieder andere sprachen ihre vollständige Zustimmung aus und bedauerten sogar, daß ich aus persönlichen Gründen es abgelehnt habe ins Ministerium einzutreten. Die gesamte Fraktion jedoch — mit Ausnahme der wenigen oben Genannten — beschloß durch ihr Votum das Ministerium Giolitti zu unterstützen und beauftragte gerade mich in diesem Sinn in der Kammer zu sprechen.

So ist die große Frage gestellt, und die sozialistische Partei wird sich auf ihrem Parteitag im nächsten September mit ihr auseinandersetzen müssen.

XX

EDUARD BERNSTEIN · DIE SOZIALDEMOKRATIE UND DIE GEMEINDEHAUSHALTE

NUR wenige Parteiorgane sind durch den Artikel des Genossen Arons über die Umstände, unter denen der diesjährige Haushalt der Stadt Berlin zustande kam,¹⁾ veranlaßt worden zu der darin aufgeworfenen wichtigen Frage Stellung zu nehmen. Es ist das vielleicht kein ungünstiges Zeichen. Der Artikel verfißt den Bruch mit einer Praxis, die in weiten Kreisen der Partei als eine Art Gebot betrachtet wird. Wer seine Begründung für umstichhaltig erachtete, für den lag es nahe genug dies auch alsbald anzusprechen. Wenn das jedoch nur in zwei Parteiorganen geschehen ist, so berechtigt dies zu der Vermutung, daß die von Arons vorgeführten Tatsachen von vielen für schwerwiegend genug erachtet wurden ihm nicht leichthin mit einem *Quod non* zu antworten. Und mehr konnte man von den Genossen im Reich schon deshalb kaum erwarten, als die Aronssche Kritik sich grundsätzlich auf Vorgänge in der kommunalen Vertretung Berlins beschränkte, über die man draußen nur unvollkommen unterrichtet ist. Wie man aber auch das Schweigen der großen Mehrheit der Parteipresse sich auslegen mag, so darf jedenfalls so viel festgestellt werden, daß die zwei Blätter, die Artikel gegen Arons brachten, der *Vorwärts* und die *Neue Zeit*²⁾, in diesen Artikeln nur außerordentlich schwache Gegengründe gegen Arons zutage gefördert haben.

Um was handelt es sich? Die Gemeinde Berlin stand mit verschiedenen Vorortgemeinden vor der Notwendigkeit entweder die kommunale Einkommensteuer über den bisher krampfhaft festgehaltenen Satz von 100 % Zuschlag auf die Staatseinkommensteuer hinaus zu erhöhen oder eine Reihe wichtiger Aufgaben, wie notwendige Schulbauten und dergleichen, ins Unbestimmte hinaus zu vertagen. Daß von Rechts wegen das erste geschehen mußte, war und ist einstimmige Ansicht der sozialdemokratischen Stadtverordneten. Geteilt war dagegen die Meinung oder Stimmung der bürgerlichen Stadtverordneten. Nach Arons war es nun in Berlin unserer Fraktion möglich einen Druck auf die bürgerlichen Stadtverordneten auszuüben, der eine aus Sozialdemokraten und Bürgerlichen bestehende Mehrheit für die erforderliche Steuererhöhung er-

¹⁾ Siehe Arons *Regierungspräsident, Sozialdemokraten und Gemeindebudget* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 417 ff.

²⁾ Siehe den Artikel *Grundsatzlosigkeit* im *Vorwärts* vom 6. April 1911 und Wurm *Die Bewilligung des Gemeindebudgets* in der *Neuen Zeit*, 1910-1911, 2. Band, pag. 52 ff.

geben hätte, sobald die Fraktion die Erklärung abgab, sie würde bei Annahme der Steuererhöhung und Wiederherstellung der gestrichenen Ausgaben gegebenenfalls für den Etat stimmen. Und die Möglichkeit hätte hier Pflicht geheißen, durch ihre Nichtausnutzung habe unsere Fraktion das Werk der Reaktionsäre besorgt. Hören wir zunächst, was der *Vorwärts* dagegen zu sagen weiß: »Pflichtbewußtsein für Erfüllung der den Genossen im *Roten Haus* anvertrauten Aufgabe mußte in diesem Jahr ganz besonders zur Ablehnung des Etats führen. Ist doch die Finanzinisiere der Stadt in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die von der Sozialdemokratie geforderte Verstädtlichung der Verkehrsmittel und Elektrizitätswerke abgelehnt ist.«

So wörtlich im Artikel vom 6. April 1911, der *Grundsatzlosigkeit* überschrieben ist. Er sollte eine ganz andere Überschrift tragen. Was da den Lesern des *Vorwärts* aufgetischt wird, schlägt den Tatsachen geradezu ins Gesicht. Wann hat denn die Stadtverwaltung Berlins die Verstädtlichung der Verkehrsmittel usw. abgelehnt? War das »in diesem Jahr«? Oder haben nicht Magistrat und Stadtverordnetenausschuß, wie seit Jahren, so auch in diesem Jahr gesucht die früher unterlassene Verstädtlichung der Straßenbahnen endlich zustande zu bringen? Es sind mehr als 10 Jahre her, es war in der Sitzung der Berliner Stadtverordneten vom 18. Oktober 1900, daß unser verstorbener Paul Singer ausdrücklich anerkannte, daß die städtische Verwaltung Berlins bestrebt sei den früher begangenen Fehler der Überlassung der Straßenbahnen an Privatgesellschaften gut zu machen, und 6 Jahre sind es her, daß trotz aller Widerstände Berlin den Bau von Bahnen für städtischen Betrieb ins Werk gesetzt hat.³⁾ Angesichts dieser Tatsachen davon zu reden, daß die Sozialdemokratie unter anderm wegen Ablehnung der Verstädtlichung der Verkehrsmittel in diesem Jahr 1911 die »ganz besondere« Pflicht gehabt habe den Etat abzulehnen, kann nicht anders bezeichnet werden denn als grobe Spiegelfechterei. Diese wunderbare *Pflicht* geht noch über das Heimsuchen der Sünden der Väter an den Kindern hinaus. Denn wer durch die vom *Vorwärts* verteidigte Politik gestraft wird, das sind nicht die leibhaftigen Kinder der weiland sündigen Stadtväter, sondern die heutigen Pflegebefohlenen der Stadt, sind Arbeiterkinder, die nun in überfüllte Schulklassen gehen müssen, Patienten aus dem Volk, für die nicht ausreichende Fürsorge getroffen ist: kurz, es leidet ein Teil jener Kulturaufgaben, deren ungenügende Erfüllung nach dem *Vorwärts* der zweite Grund sein soll den Gesamtetat unter allen Umständen abzulehnen. Während nach heutiger Lage der Dinge in Berlin eine Erhöhung der Ausgaben für Kulturzwecke an eine Erhöhung der Einkommensteuer gebunden ist, würde nach seiner Logik der Weg zur Erwirkung einer Erhöhung der Einkommensteuer mit dem Hinweis auf ungelöste Kulturaufgaben verrammelt werden müssen.

Nun geht dem oben zitierten Satz des *Vorwärts* ein anderer voraus, den wir nicht unterdrücken dürfen. Er lautet:

»Der Etat ist nicht allein eine bestimmte Aufstellung von Zahlensummen sondern ein Gesamtbild der Verwaltungsart und des Verwaltungsprinzips. Wer mit dem Verwaltungsprinzip der auf dem Dreiklassenwahlrecht und dem Hausbesitzerprivileg beruhenden Mehrheit nicht einverstanden ist, kann für den Etat in seiner Gesamtheit nicht stimmen.«

Wenn der Gedanke, der diesem Satz zugrunde liegt, zwingende Kraft haben soll, so muß er keineswegs nur auf den Gesamtetat sondern auch auf die Ein-

³⁾ Siehe den Abschnitt *Der Sieg der Verstädtlichungsbestrebungen* in Hirsch »5 Jahre Sozialdemokratischer Arbeit in der Gemeinde (Berlin 1908)«, pag. 452 ff.

z e l e t a t s Anwendung finden. Ja, auf sie vor allem. Denn nicht, in der Gesamtsumme der Etats sondern in dem, was die einzelnen Etats bergen, manifestiert sich das bekämpfte Verwaltungsprinzip. Folgerichtiges Denken würde uns daher nötigen schon bei den Einzelstats unter allen Umständen *Nein* zu sagen, solange die sozialdemokratischen Grundsätze nicht bis aufs Tipfelchen durchgeführt sind. Wohin das in der Praxis führen würde, braucht hier nicht ausgemalt zu werden; denn nirgends ist die Forderung so zu handeln ernsthaft aufgestellt worden. Kann ich aber als sozialdemokratischer Stadtverordneter für den Schuletat stimmen, der doch so vieles deckt, was ich grundsätzlich bekämpfe, kann ich für Steuern stimmen, durch die die Mittel für Ausgaben aufgebracht werden, von denen ein Teil der Sozialdemokratie in tiefster Seele verhaßt ist, welchen Sinn hat es dann für die Schlußabstimmung das *Nein* als unantastbares Gebot vorzuschreiben? Was würde man im normalen Leben von dem halten, der zu einem sagte: Du darfst zu *A*, zu *B*, zu *C*, zu *D*, kurz das ganze Alphabet hindurch zu allen Buchstaben *Ja* sagen; aber so du dich je einmal unterstehen solltest zum Alphabet selbst *Ja* zu sagen, gehörst du dahin, wo da ist Heulen und Zähneklappern. Ich fürchte, wer so reden wollte, bekäme sehr bald ein drastisches Berliner Verschen zu hören. Und doch hätte er nur die Logik des *Vorwärts* befolgt. Selbstverständlich läßt sich nichts dagegen sagen, daß man sich vorbehält bei der Schlußabstimmung über einen Gemeindehaushalt der Mißbilligung einer Verwaltungspolitik, wie überhaupt seiner Oppositionsstellung durch ein *Nein* Ausdruck zu geben. So verstanden kann die Ablehnung eine Waffe für uns und gegen unsere Gegner sein. Sobald wir uns selbst aber das *Nein* als unter allen Umständen einzuhaltendes Gebot vorschreiben, wird es für uns eine die Bewegung lähmende Bleikugel am Bein, in seiner Wirkung auf die Gegner aber zum löschpapiernen Dolch, dessen Schwingen nur Lächeln hervorrufen kann.

In der *Neuen Zeit* hat der Genosse Wurm das Arsenal der Argumente des *Vorwärts* um die Behauptung vermehrt, die Abstimmung für das städtische Gesamtbudget sei ein Vertrauensvotum für die städtische Verwaltung, das heißt den Magistrat, und deshalb für Sozialdemokraten ausgeschlossen. Die Bedeutung, die auf verschiedenen Parteitagungen der deutschen Sozialdemokratie der Schlußabstimmung über die Budgets der Staaten beigelegt worden ist, soll also auch für die Gemeindebudgets zutreffen. Aber erstens ist schon wiederholt nachgewiesen worden, daß jene Deklaration der Parteitagen auf völliger Verkennung der Bedeutung der Budgetabstimmungen im Verfassungsleben parlamentarisch regierter Länder beruht. Es ist festgestellt worden, daß weder in Frankreich noch in England noch irgendwo sonst die Schlußabstimmung über Etats als Vertrauensvotum für die Regierung betrachtet wird, daß vielmehr erst durch ihre eigene Deklaration die Sozialdemokratie der Budgetabstimmungen für sich diesen Charakter gegeben hat. Dann aber ist die Gemeinde im modernen Gesellschaftsorganismus etwas ganz anderes als der Staat. Dem Staat haften überall noch mehr oder minder ausgeprägte Züge des Herrschaftsorganismus an, die Gemeinde aber ist grundsätzlich nur Verwaltungskörper. Es ist weit gekommen, wenn in der *wissenschaftlichen Wochenschrift* der Partei von einem Mitglied der Redaktion dieser Zeitschrift so fundamentale Unterschiede als nicht vorhanden ignoriert werden können. Um die ganze Wurmstichigkeit der neuen Argumentierung zu erkennen, braucht man sich nur die Frage vorzulegen, wem denn in der Gemeinde das Budget be-

willigt wird. Wird es dem Magistrat bewilligt? Nur Leuten, die nichts von den Dingen verstehen oder nicht tiefer über sie nachgedacht haben, kann man das erzählen. Das Gemeindebudget wird zwar vom Magistrat als dem Vollziehungsausschuß der Gemeinde im Entwurf aufgestellt, aber geschaffen wird es in langen gemeinsamen Beratungen von Magistrat und Stadtverordneten, und bewilligt wird es keinem von beiden, sondern — der Gemeinde selbst. Sie ist hier, soweit nicht das Staatsgesetz ihr Verpflichtungen auferlegt, über die die Abstimmung der Stadtverordneten keine Gewalt hat, der alleinige Souverän, Magistrat und Stadtverordneten nur ihre Beamten und Ausschüsse. Die Ablehnung des Gesamtbudgets heißt prinzipiell nicht ein Mißtrauensvotum gegen den Magistrat sondern die Nichtigkeitserklärung der eben erst gemeinsam mit dem Magistrat aufgestellten Einzeletats und die Stillsetzung der Verwaltung, von der die Stadtverordnetenversammlung selbst ein integrierender Teil ist. Faktisch ist die Ablehnung der Gemeindehaushalte durch uns, da wir in den Städten fast überall in der Minderheit sind, für gewöhnlich völlig belanglos, eine *actio a non agendo* ohne jede praktische Bedeutung, wie sie ja auch in aller Stille vor sich zu gehen pflegt, als Demonstration, von der niemand nichts merkt. Die gegensätzlichen Urteile über die Verwaltungs-, Schul- etc. -politik werden wirksam nur bei der Beratung der betreffenden Etats zum Ausdruck gebracht, und wenn man dem Magistrat der Stadt sein Mißtrauen nicht bloß zum Schein sondern fühlbar demonstrieren will, so muß man es bei der Beratung der ihn speziell angehenden Etatsposten tun.

Eine ernsthafte Bedeutung kann das *Nein* der Sozialdemokratie bei der Schlußabstimmung über Gemeindebudgets erst erhalten, wenn es Mehrheitsvotum wird, das heißt wenn entweder die Sozialdemokratie die Mehrheit in der Gemeindevertretung hat oder in Verbindung mit bürgerlichen Elementen zur Mehrheit wird oder werden kann. Was in erstem Fall sich daraus ergeben würde, mag vorläufig dahingestellt bleiben. Daß im zweiten Fall unser *Nein* zur Unterstützung des nacktesten Krämersinns führen kann und eventuell muß, hat Leo Arons unwiderleglich gezeigt. Wurm glaubt gegen Arons einen großen Trumpf auszuspielen, indem er ausführt, der Gedanke durch die von Arons vorgeschlagene Erklärung so viel Bürgerliche für die Erhöhung der Einkommensteuer zu gewinnen als nötig waren, um aus ihnen und den sozialdemokratischen Stadtverordneten eine Mehrheit zu bilden, sei schon dadurch widerlegt, daß sich faktisch alle Bürgerlichen bis auf etwa ein Dutzend gegen die Erhöhung ausgesprochen hätten. Aber diese *deductio ex post* haut in die Luft, weil eben für die Gewinnung der Bürgerlichen alles auf die Erfüllung der Aronsschen Vorbedingung ankam. Wenn es mir freisteht über das Hauptelement seiner Voraussetzung hinwegzutanzeln, dann will ich die Unmöglichkeit jedes geometrischen Lehrsatzes beweisen.

Wurm nennt es höhnend »phantastischen Optimismus« anzunehmen, daß im Dreiklassenparlament noch etwa 40 bürgerliche Stadtverordnete, Erwählte der 2. Wählerklasse, bereit sein würden für die Erhöhung des Zuschlags zur Einkommensteuer auf 110 %, ja selbst auch nur auf 105 % zu stimmen. Diese Rederei steht auf der Höhe jenes alten Pariser Journalistenradikalismus, für den die Welt jenseits der Befestigungswerke von Paris nicht existierte. Liegen Aachen, Altona, Barmen, Breslau, Kassel, Köln, Krefeld, Danzig, kurz, sieben Achtel der Großstädte, neun Zehntel der Mittelstädte und Kleinstädte

Preußens für den Genossen Wurm auf dem Mond? Oder haben sie keine bürgerliche Mehrheit? Neben den Großstädten Groß Berlins gibt es nur noch eine einzige Großstadt in Preußen, die nur 100 % Zuschlagsteuer erhebt, nämlich Wiesbaden. Alle übrigen erheben höhere, meist sehr viel höhere Zuschlagsteuern. Nach einer vom statistischen Amt der Stadt Posen im Jahr 1909 vorgenommenen Erhebung belief sich in jenem Jahr in Preußen der kommunale Zuschlag zur Staatseinkommensteuer in 29 Großstädten auf durchschnittlich 165,4 %, in 30 Städten von 50 000 bis 100 000 Einwohnern auf durchschnittlich 185,4 %, in 66 Städten von 25 000 bis 50 000 Einwohnern auf durchschnittlich 185,7 % und in 232 Städten von 10 000 bis 25 000 Einwohnern auf durchschnittlich 190,3 %. Daraus geht schon hervor, daß eine große Anzahl von Städten weit über 200 % Zuschlagsteuer erheben. Es kann mir natürlich nicht beikommen diese Tatsache mehr sagen zu lassen, als was sich mit ungezwungener Logik aus ihr ergibt. Wo nicht dringende Aufgaben sowie Verpflichtungen, denen sie sich nicht entziehen können, es vorschreiben, werden bürgerliche Stadtvertretungen sich schwerlich allein aus gutem Herzen zur Festsetzung von so hohen Einkommensteuern entschließen. Im allgemeinen sind diese Sätze unter dem Zwang der Notwendigkeit zustande gekommen. Aber nichts berechtigt zu der Annahme, daß die in Frage kommenden Städte eben nur gerade das tun, wozu das Gesetz sie zwingt, daß sie nicht auch unter dem Druck von Agitationen allerhand Aufgaben auf sich nehmen, die sich in so und so viel Prozenten Erhöhung der Steuer über das Unumgängliche übersetzen.

Man weiß, daß es ganz besondere Umstände sind, die in Berlin und seinen Nachbargroßstädten den Kommunalsteuersatz nicht über 100 % Zuschlag haben kommen lassen: der starke Zustrom wohlhabender Leute in die Hauptstadt und ihre Umgebung, die von den einen als Vorwand benutzte, von anderen aber abergläubig nachgebetete Parole, eine Überschreitung der 100 % gefährde die Selbstverwaltung, und in neuerer Zeit noch als dritter und jetzt als am stärksten wirkender Faktor der fieberhafte Wettbewerb der westlichen Vororte mit Berlin um die wohlhabenden Mieter. Wo diese Konkurrenz keine Rolle spielt, findet man auch in der Umgebung Berlins das nach Wurm Undenkbare: nämlich Kommunalsteuerzuschläge von über 100 %. So erheben Lankwitz 115 %, Boxhagen-Rummelsburg 135 % und Spandau 150 % Zuschlagsteuer. Und daß es nicht unmöglich ist auch im Bereich des Westens der Hauptstadt eine Mehrheit für Überschreitung der 100 % zu erzielen, hat der am 10. März dieses Jahres einstimmig gefaßte Beschluß der Stadtverordnetenversammlung Schönebergs gezeigt 110 % Zuschlag zu erheben, wenn die anderen Stadtgemeinden Groß Berlins darauf eingehen wollten das gleiche zu tun. Der Antrag dies zu beschließen ging von der sozialdemokratischen Fraktion aus und stieß zuerst auch hier bei den bürgerlichen Stadtverordneten auf Widerstand. Hätten die Vertreter der Sozialdemokratie nach den Maximen gehandelt, die den Ausführungen des Genossen Wurm zugrunde liegen, so würden sie es schwerlich erzielt haben, daß aus der Mehrheit gegen ihren Antrag eine Einmütigkeit für ihm wurde. Sie ließen sich aber durch keine fossilen Auslegungen des Begriffs *Klassenkampf* abhalten mit den Bürgerlichen ein ernstes Wort über die Notwendigkeit ihrer Resolution zu reden, und siehe da, der Erfolg war auf der Seite des »phantastischen Optimismus«. Wenn dann bei der Schlußabstimmung über die Steuerhöhe den Bürgerlichen Schönebergs der Mut wieder ausging und sie auf die 100 % zurückfielen, so geschah es, weil mittler-

weile Charlottenburg und Wilmersdorf erklärt hatten nicht über 100 % hinauszuweichen, und von Berlin bekannt gegeben wurde, daß auch hier alles beim alten bleiben werde. Das gab für Schöneberg den Entscheid.

Überall, wo gegenseitige Abhängigkeit besteht, ist solidarisches Handeln erforderlich. Das hat sich auch hier gezeigt. Was unsere Genossen in der Berliner Stadtverordnetenversammlung in der brennend gewordenen Frage der Steuererhöhung getan oder unterlassen haben, das trifft nicht nur ihre Konstituenten in Berlin selbst sondern die Bevölkerung in den Vororten, da eine Vorortgruppe immer sich nach der andern richtet. Was die westlichen Vororte nicht tun, wollen die im weitem Westen und im Südwesten gelegenen auch nicht tun, und was diese nicht tun, ist wieder den südlichen und südöstlichen nicht genehm; und das geht so im Umkreis immer weiter. Fast jede Nummer des *Vorwärts* bringt jetzt entrüstete Berichte aus den Vororten Berlins über die Unterlassung wichtiger Gemeindeaufgaben. Da werden beschlossene Schulbauten nicht ins Werk gesetzt, dort unterbleibt eine längst als notwendig erkannte Krankenhauserweiterung, anderswo wird der Bau und Betrieb von Siechen- und Altersasylen ins Unbestimmte vertagt. Alles mit Berufung auf den schlechten Stand der Gemeindefinanzen. Es laden also diejenigen keine geringe Verantwortung auf sich, die nicht alles tun, was in ihren Kräften steht, diesem Übel ein Ende zu machen. Auf das entschiedenste muß der Versuch bekämpft werden uns dieses Wirken dadurch selbst zu erschweren, daß man aus Zweckmäßigkeiten der Abstimmungstaktik ohne Not und Anlaß Grundsätze konstruiert, die uns dort die Hände binden, wo Freiheit der Aktion Lebensbedingung des Kampfes ist.

Der *Vorwärts* hat sich für berechtigt gehalten dem Genossen Arons das Wort *Grundsatzlosigkeit* an den Hals zu werfen, und auch Wurm tritt als Ritter auf für Grundsatz, Grundsatz und wieder Grundsatz. Aber was ist das für ein Grundsatz, den Arons verletzt haben soll? Wurm führt an einer Stelle seines Artikels aus, es gäbe ja Fälle, wo den Sozialdemokraten die Abstimmung für einen Gesamtetat der Gemeinde oder selbst des Staates erlaubt, nein, sogar Pflichtgebot sei. Diese trete nämlich dann ein, wenn Ablehnung des Etats durch die Sozialdemokraten die Folge haben würde, daß ein schlechterer Etat als der abgelehnte zur Annahme käme. Nun, ein *Nein*, das solchergestalt um eines materiellen Vorteils willen in ein *Ja* verwandelt werden darf, mag alles mögliche sein, aber es ist nun und nimmer eine durch Grundsätze zum kategorischen Gebot gestempelte Kundgebung. Läge in der Verneinung des Etats die Bedeutung einer unerläßlichen Bekemmerpflicht, so könnte auch jene Ausnahme nicht erlaubt werden. Wird die Ausnahme aber zugelassen und damit aus einer absoluten eine konditionelle Vorschrift gemacht, welche Logik ist es dann zu sagen: wenn du für einen Gesamtetat stimmst, weil du dadurch die Annahme eines schlechtern verhinderst, so bist du ein braver Parteigenosse, aber wenn du für einen Gesamtetat stimmen willst, weil von deinem *Ja* die Annahme eines *bessern* anstelle eines schlechtern abhängt, so bist du *Parteimarodeur*, und die Sozialdemokratie braucht auch eine *lex Arons*

Das Vorschreiben von Regeln für das politische Verhalten, die über die Feststellung allgemeiner politischer Grundsätze hinausgreifen, ist stets der Gefahr ausgesetzt in einen erneuten Fetischismus auszuarten. Man erhebt Maßnahmen, die unter bestimmten Voraussetzungen sich als notwendige Folgerungen jener Grundsätze von selbst gebieten, zu ehernen Gesetzen, denen

unter allen Umständen gehorcht werden soll, und proklamiert die Form zur obersten Herrscherin im Reich der politischen Entscheidungen. Das ist aber dem Wesen nach nichts anderes als der Fetischkultus der Wilden und der von ihm abgeleitete Zeremonienkram der alten Religionen. Es wird das freie Vernunfturteil dem gedankenlosen Nachplappern von bedingt gültigen Sätzen aufgeopfert, die auf die Dauer zu inhaltereinen, unter Umständen zu direkt sinnwidrigen Formeln herabsinken.

Man komme mir nicht mit dem Einwand, die Beschränkung auf allgemeine Grundsätze lasse zu vieles unbestimmt, um die Parteigenossen vor Seitensprüngen zu bewahren. Es verrät ein geringes Vertrauen in die regulierende Kraft des Klassenkampfes der modernen Arbeiterbewegung, wenn man glaubt durch politische Zeremonialgesetze die Geister auf dem rechten Weg halten zu müssen. Größere Freiheit bringt zweifelsohne größere Möglichkeit von Fehlgriffen mit sich. Aber bei einer so großen und so ausgeprägten Bewegung wie die Sozialdemokratie der Gegenwart können solche Fehlgriffe immer nur unbedeutende momentane Abweichungen darstellen, die durch den Fortgang des Kampfes und seine politisch ökonomischen Grundlagen sehr bald korrigiert werden. Spezialgesetze, die einen Damm gegen taktische Entgleisungen bilden sollen, sind praktisch stets zugleich Dämme gegen die Fortbildung der Politik der Partei und ein ewiger Widerspruch gegen den Entwicklungsgedanken im Lehrgebäude des modernen Sozialismus. Die Begründer dieses Lehrgebäudes haben über taktische Fragen ganz anders und zwar unendlich viel freier gedacht als diejenigen, die heute ihre Namen beständig im Mund führen. Sie, die sich so oft energisch dagegen ausgesprochen haben, daß man Zweckmäßigsfragen zu Prinzipienfragen stempelt, hätten schwerlich die politische Weisheit akzeptiert, die aus den Artikeln des *Vorwärts* und des *Genossen Wurm gegen Arons* herausleuchtet, und deren *A* und *O* schon der brave Leuthold in Schillers *Tell* in die Worte gekleidet hat: »Er hat dem Hut nicht Reverenz erwiesen.«

Mangelnde Hochachtung vor einer Geste: darin löst sich bei genauer Prüfung der gegen Arons geschleuderte Vorwurf der *Grundsatzlosigkeit* auf. Ich halte die Ablehnung des Aronsschen Vorschlags für einen Fehler, gebe aber zu, daß man im Moment, wo er zur Diskussion stand, unter taktischen Gesichtspunkten verschiedener Meinung über ihn sein konnte. Darüber jedoch kann kein Zweifel bestehen, daß unter den Voraussetzungen des Genossen Arons für einen Sozialdemokraten unendlich mehr Grundsatztreue dazu gehörte von dem traditionellen, so gar keine Denkanstrengung kostenden, geistig und parteipolitisch bequemen *Nein* abzuweichen als an ihm festzuhalten, obwohl man überzeugt war, daß Schwimmen mit dem Strom Preisgabe wichtiger Arbeiterinteressen bedeutete.

XX
MAX MAURENBRECHER · EIN AKTIONSPRO-
GRAMM

UNSERE sogenannten *Radikalen* enthüllen die ganze Schwäche ihrer politischen Stellung darin, daß sie kein Aktionsprogramm haben. Sie wissen selbst nicht, was sie wollen; sie vermögen nicht mit klaren Worten zu sagen, wohin sie uns führen sollen. Fragt irgend einen unserer sogenannten *Radikalen*, auf welchem Weg denn nun das Proletariat zur Macht kommen werde, was wir denn nun tun sollen, um dem

entscheidenden Schritt zur Macht näherzukommen: Die Antwort ist immer Entrüstung über den Frager, aber nie ein klares Programm und eine Aufeinanderfolge bestimmter, deutlich vorgestellter Aktionen. Der Frager *hat von dem Wesen unserer Partei keine Ahnung; oder jeder Quartaner weiß* usw. Der Frager gilt als Idiot oder als Denunziant oder als Spitzel oder als sonst was; aber eine Antwort hat solch ein Frager aus all dem Lärm noch niemals heraushören können. Höchstens, daß mit der Miene der Weisheit verkündet wird: Das Proletariat wird schon wissen, was es zu tun hat. In der entscheidenden Stunde wird unsere alte bewährte Taktik uns schon zum Sieg führen. Und ähnliches mehr. Zwei, drei, auch fünf Jahre lang glaubt man solchen Reden; schließlich merkt man doch langsam, daß hinter alle dem nichts anderes steht als ein Nichts. Sie haben kein Programm, und deshalb können sie uns keins sagen. Sie wissen nicht, was sie tun sollen, und deshalb machen sie Worte. Sie müssen sich und andere über die gänzliche Leere ihres Innern hinwegtäuschen.

Stimmen zählen, Wähler vermehren, Organisationsziffern steigern ist kein Programm. Es ist im besten Fall eine Vorstufe zu einem Programm; richtiger: es ist die Vorbedingung, um ein Programm auszuführen. Es ist immer nur Mittel und darf die Frage nach dem Ziel nicht ersetzen. Wenn wir zum Beispiel 4 Millionen Stimmen erreicht haben, so entsteht doch die Frage: Was soll nun mit diesen Stimmen werden? Wie kann man sie in politische Macht umsetzen? Wie kann man die latente Energie, die in ihnen steckt, zur aktiven Kraft machen? Die 4 Millionen Stimmen an sich sind kein Ziel; erst was man aus ihnen macht, wie man sie braucht, wohin man sie führt, erst das sind die eigentlich politischen Fragen; erst da beginnt die Probe, ob unsere Partei politisch oder rein agitatorisch geführt wird. Wenn den 4 Millionen Stimmen nur 50 Mandate entsprechen, so ist ihre politische Macht im regulären Verlauf der Geschäfte nur etwa $\frac{1}{10}$ aller in Deutschland vorhandenen politischen Energien. Daraus folgt, daß sie absolut einflußlos sind Gesetze nach ihrem Willen und ihren Interessen zu formen. Sie werden niedergestimmt, vergewaltigt, an die Wand gedrückt, überrannt, wie das machtlosen Minoritäten nun eben einmal nicht anders geht; wir haben das beim Zolltarif und bei der Finanzreform in drastischer Deutlichkeit erlebt, und die nächsten Wochen werden ergeben, ob wir es bei der Reichsversicherungsordnung nicht noch einmal erleben. Aber wenn man aus dem regulären Verlauf der Geschäfte hinauspringt? Wir hören so viel von außerparlamentarischen Aktionen, und niemand sagt deutlich, was eigentlich damit gemeint ist. Deutlich ist nur, daß die eigentliche Revolution mit Ergreifung der Regierung, Vertreibung oder Überredung des Militärs, Straßenkämpfen usw. nicht damit gemeint ist. Daß eine proletarische Revolution, nicht nur in Deutschland sondern überall in den Kulturstaaten, unmöglich ist, daß es Wahnsinn oder Verbrechen ist die Phantasie an solchen Bildern zu berauschen, darüber stimmen seit mindestens 20 Jahren alle verantwortlichen Führer der Partei überein, ohne Unterschied, ob Radikale oder Reformisten. So bliebe nur der Massenstreik oder die Straßendemonstration. Aber letztere schaltet aus, weil sie eben nur Demonstration ist. Wir müssen uns daran gewöhnen den politischen Kampf nicht nur als Schaugepränge und Theaterspielerei zu betrachten. Kampf heißt nicht Einschüchterung sondern Zwang: Wir wollen widerstrebende Menschen zwingen in ihren gesetzgeberischen Entschlüssen dem Arbeiterbedürfnis

mehr Rücksicht zu gewähren. Dazu gehören reale Mittel, und darum ist die reine Demonstration keine politische sondern höchstens eine agitatorische Waffe. Von dem Massenstreik aber ist es in den letzten 5 Jahren sehr still geworden. Und alle verantwortlichen Führer, gleichgültig ob *Radikale* oder Reformisten, haben auch die letzte Spur einer aktuellen Massenstreikagitation im letzten Sommer im Keim erstickt. Wenn man das alles mit angesehen, wenn man es denkend erlebt und daraus gelernt hat, so wird man schließlich dazu kommen das ganze Geschrei von den außerparlamentarischen Machtmitteln des Proletariats nur noch für eine einfache Phrase zu halten, hinter der kein deutlicher Plan und kein fester Gedanke mehr steht. Wohlgermerkt: Es ist hier nur von politischen Machtmitteln die Rede. Daß Gewerkschaften, Konsumvereine und Baugenossenschaften im wirtschaftlichen Leben eine Macht sind oder zu werden vermögen, liegt auf der Hand. Aber das Problem des Politikers ist eben das, wie diese wirtschaftliche Macht sich in Gesetze und Institutionen und Verwaltungsmaßregeln umsetzen kann. Und da haben wir nun genugsam gelernt, daß es eine *direkte Aktion* für uns in der Politik nicht mehr gibt. Wir haben so viel politische Macht wie wir Einfluß im Parlament haben. Dieser Einfluß aber beruht nicht auf unseren Stimmen sondern einzig und allein auf unseren Mandaten. Und darum sind 3 Millionen Stimmen und 100 Mandate eine größere aktuelle Macht als 4 Millionen Stimmen, wenn ihnen nur die hoffnungslose Minorität von 50 Mandaten entspricht. Wer es anders sagt, kennt nicht den Unterschied von Agitation und Politik. Man kann sagen: 4 Millionen Stimmen sind deshalb ein Stück politischer Macht, weil sie in der Zukunft, bei späteren Wahlen, sich in reale Macht, in Mandate umsetzen werden. Bei 4 Millionen Stimmen werden wir in einer relativ großen Zahl von Kreisen dicht vor dem Sieg aus eigener Kraft stehen. Wenn dann die darauffolgende Wahl auch nur 300 000 Stimmen mehr schafft, so bedeutet das vielleicht in 50 Kreisen auf einmal den Sieg im ersten Wahlgang und damit das Mandat aus eigener Kraft. Insofern können auch bei augenblicklich nur 50 Mandaten doch 4 Millionen Stimmen ein Fortschritt sein; sie sind ein Unterpfand dafür, daß wir das nächste Mal aus eigener Kraft zu über 100 Mandaten kommen und damit langsam anfangen aus der hoffnungslosen Minorität herauszukommen und in die Reihe der machtbildenden Faktoren aufzurücken. Aber es bleibt auch hier die Rangordnung ganz die selbe: Zweck und Ziel der politischen Arbeit sind die Mandate, die Stimmen sind nur Mittel, um zu Mandaten zu kommen. Und das Wachstum unserer Organisationen und unserer Presse hat nur den Sinn die Mandate zu sichern und zur dauernden Unterlage von Macht zu machen. Wir sind nicht wie der Geizige, der gierig Schätze auf Schätze zusammenscharrt und vor lauter Sammeln niemals zum Genuß seines Geldes kommt; wir wollen nicht Stimmen sammeln um ihrer selbst willen, sondern weil sie Mandate geben und damit Macht. Und wir wollen nicht bloß von einem Zustand träumen, wo unsere Nachkommen einmal alle Macht besitzen werden, sondern wir wollen in unserm Leben, in dieser aktuellen Gegenwart, so viel Macht ausüben wie es nach dem heutigen Verhältnis der Kräfte nur eben möglich ist.

In diesen Grundsätzen ist für einen reformistischen Sozialismus ein ganz klares und präzises Aktionsprogramm gegeben: Wir müssen darauf hinarbeiten unsere Mandate im Parlament nach Möglichkeit zu steigern; aber wir müssen zugleich dafür sorgen, daß sie im Ringen der parlamentarischen Kräfte möglichst wert-

voll werden. Das Schönste wäre natürlich, wenn wir hoffen könnten in naher Zukunft das Parlament aus eigener Kraft zu beherrschen, das heißt 200 Mandate statt 52 zu haben. Aber jeder weiß, daß wir so weit auf absehbare Zeit gar nicht rechnen können. Unsere Partei hat ihre Stimmzahl in 20 Jahren von $1\frac{1}{2}$ Millionen auf, nehmen wir es einmal an: 4 Millionen gesteigert. In weiteren 20 Jahren — die Lawine wächst ja nun schneller — wird sie vielleicht 8 Millionen zu mustern vermögen; dann ist aber die Gesamtählerzahl sicher auf 18 Millionen, wenn nicht gar auf 20 Millionen gestiegen. Und wir müßten doch weit mehr als die Hälfte aller Wähler gewonnen haben, ehe wir die Hälfte der Mandate erringen können; denn die für uns ungünstige Wirkung der veralteten Wahlkreiseinteilung wächst natürlich noch von Jahrzehnt zu Jahrzehnt. Wir müßten also mindestens noch 40 bis 50 Jahre im bisherigen Maßstab weiterwachsen, ehe wir hoffen können aus eigener Kraft die Mehrheit im Parlament zu erringen. Dabei ist vorausgesetzt, daß in diesem halben Jahrhundert die Anziehungskraft unserer Partei auf die Bevölkerung die selbe bleibt wie bisher, und daß auch immer weiter Schichten und Klassen vorhanden sind, die sich in Masse ihr zuwenden. Das sind zwei psychologische und soziale Fragen, die heute nicht untersucht werden sollen. Aber auch wenn man sie zuversichtlich bejaht, wird man einräumen müssen, daß wir in absehbarer Zeit — absehbar ist die Zeit doch höchstens auf 20 Jahre — noch nicht so weit sein werden, daß wir an die Mehrheit im Reichstag aus eigener Kraft auch nur von fern heranreichen. Das ist der Tatbestand, dem man ehrlich ins Gesicht sehen, und von dem aus man sein Aktionsprogramm suchen muß.

Bekanntlich hat schon Wilhelm Liebknecht noch in seiner antiparlamentarischen Zeit eine ganz ähnliche Rechnung gemacht.¹⁾ In einer Diskussion hinter seinem berühmten Vortrag von 1869 hat er einem Lassalleaner, der von der Mehrheitsgewinnung im Parlament sprach, mit Hohnlachen vorgerechnet, daß es bis mindestens 1933 dauern werde, bis die Arbeiterpartei aus eigener Kraft so weit komme. Und er hat gemeint damit allein schon den Diskussionsredner widerlegt zu haben; denn das sei doch selbstverständlich, daß so lange der Sieg des Sozialismus nicht auf sich werde warten lassen dürfen: Das würden die Massen einfach nicht aushalten auf eine so lange Zeit sich vertragen zu lassen. Und doch würden wir heute froh sein, wenn wir sicher wüßten, daß wir im Jahr 1933, also in 22 Jahren, die ganze Hälfte des Parlaments aus eigener Kraft besetzen werden. Unsere heutigen Rechnungen gehen schon auf eine viel fernere Frist; und wir wissen, daß in dieser Zeit vieles geschehen kann, was unsere Berechnungen zerstört. Aber gerade dieses Moment der Unsicherheit soll man nicht benutzen, um nun doch eine rege Hoffnung auf eine Abkürzung dieser Frist zu nähren. Das Liebknechtsche Beispiel, übrigens ja auch das Beispiel aller ähnlichen Berechnungen, zeigt, daß unbekannte Größen, die man in die Rechnung nicht einstellen konnte, das Ergebnis meist sehr hinausgeschoben, aber nur sehr selten beschleunigt haben. Und es ist völlig verkehrt seine ganze Taktik auf unberechenbare Zwischenfälle einzurichten. Denn so viel wissen wir gewiß: Was auch für Zwischenfälle kommen mögen, Krieg, Niederlage, Krisis, Wahlrechtsraub usw., immer wird die Nation von denen beherrscht werden, die die Mehrheit hinter sich haben. Als Minderheit können wir die politische Macht nicht erobern, weder inner-

¹⁾ Siehe Liebknecht *Über die politische Stellung der Sozialdemokratie*, neue unveränderte Auflage / Berlin 1893 /, pag. 23.

halb noch außerhalb des Parlaments. Oder, wenn ein Zufall sie uns in die Hand gibt, können wir sie nicht festhalten; und das ist dann schlimmer als sie niemals besessen zu haben. Darum bleibt die einzig mögliche Taktik, daß wir denjenigen Teil von Macht, den wir auch heute als Minderheit schon ausüben könnten, zu nutzen versuchen, um für die Arbeiter ein nach Möglichkeit besseres Leben herbeizuführen. Das war das Richtige an Liebknechts Standpunkt von 1869, daß eine hungernde und nach Kultur sich sehrende Massenpartei sich nicht auf 60 bis 70 Jahre vertrösten läßt. Sie will sehen und nicht glauben; sie will die neue Zeit wenigstens in ihrem Morgenrot schon erleben und nicht bloß für ihre Urenkel schaffen. Dieser Hunger nach besserem Leben, dieser reale soziale Trieb in der Masse ist ja der prächtige Boden, aus dem aller Reformismus hervorwächst; denn unsere Radikalen haben für diesen Hunger nur — Worte, freilich starke, wilde, der Stimmung und dem Bildungsgrad des Hungernden angepaßte flammende Worte, aber doch eben nur Worte. Wir aber wollen in schrittweise aufbauender Arbeit von Jahrfünft zu Jahrfünft das Arbeiterleben erträglicher, sicherer, kulturvoller machen. Und wenn wir nicht alles Glück und nicht alle Kultur den heute Lebenden zu versprechen vermögen, so können wir doch — vorausgesetzt, daß die Arbeiterbewegung unsern Weg wirklich geht — versprechen, daß immer wachsende Teile der Masse den Anfang des Aufstiegs tatsächlich erleben werden.

Freilich hat Liebknecht damals den Weg verfehlt, der zum richtigen Ausweg aus dem von ihm empfundenen Problem führt. Das Warten, bis man selbst parlamentarische Mehrheit wird, lehnte er als zu langfristig ab. Dafür glaubte er damals noch an außerparlamentarische Kraftentfaltung: Auf der Straße und nicht in den Parlamenten, meinte er, werde der Kampf entschieden. Das ist für uns vorbei. So bleibt uns nichts anderes übrig als zu versuchen mit anderen Parteien zusammen im Parlament die Mehrheit zu bilden und in diesem Regierungsblock der Linken wenigstens das zu verwirklichen, was heute auch über unsere Reihen hinaus als berechtigt und notwendig anerkannt ist. Darüber ist gerade in den letzten Monaten schon viel geschrieben worden; und noch eben wieder haben Schippel und Heine sich dazu in den *Sozialistischen Monatsheften* geäußert.²⁾ Aber es gibt im Augenblick für uns kein wichtigeres Problem, und darum schadet es nichts immer wieder darauf zurückzukommen. Wir müssen auch hier das Aktionsprogramm so scharf und so realistisch zu erfassen versuchen wie möglich.

Nehmen wir einmal an, im kommenden Reichstag — es sollen das nicht Prophezeiungen sein sondern nur Beispiele, um das politische Urteil zu üben — würden 100 Sozialdemokraten sitzen und neben ihnen etwa 60 Fortschrittler und 70 Nationalliberale — die Ziffern kann man auch umdrehen — insgesamt also rund 130 Liberale. Dann würde das Zentrum vielleicht auf 90, die konservativen Gruppen zusammen auf etwa 80 Mandate gesunken sein. Die Mehrheit von heute wäre dann nicht mehr möglich; Konservative und Zentrum zusammen würden nur 170 Stimmen bedeuten. Die Mehrheit der Reichsversicherungsordnung aber, die heute rund 270 beträgt, würde auch dann noch bestehen; denn es würden die Schwarzblauen mit den Nationalliberalen zusammen immer noch 230 oder 240 Stimmen zählen. Andererseits würde dann eine

²⁾ Siehe Schippel *Kein Mann und kein Groschen oder Reformismus?* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 486, sowie die Rubrik *Politik*, *ibid.*, pag. 465, und Heine *Wahlfragen*, *ibid.*, pag. 481.

Wiederholung des Bülowblocks möglich sein; er würde rund 220 Stimmen zählen. Aber auch die Mehrheit, die in Bülows erster und längster Periode alle Flotten- und Heeresvorlagen, den Zolltarif und die kleinen Finanzreformen gemacht hat (Nationalliberale, Freikonservative, Zentrum), würde denkbar sein, zumal wenn mit den Nationalliberalen die große Masse der Fortschrittler in sie einträte. Daneben bestünde die alte Abwehrmehrheit, die in den achtziger Jahren *Windthorst-Richter-Grillenberger* hieß, und die auch die Zucht-hausvorlage gestützt hat, in großer Kraft: Sie würde mindestens 250 Stimmen zählen und damit die stärkste Mehrheit im Hause sein. Es liegt auf der Hand, daß die Regierung und auch einzelne aus den betreffenden Parteien selbst zunächst versuchen würden die jetzige Reichsversicherungsmehrheit oder die alte Bülowmehrheit zur Regierungsmehrheit zu machen, also die National-liberalen, eventuell auch die Fortschrittler, mit dem Zentrum und wenigstens dem Gros der Konservativen zu verbinden; andererseits ist möglich, daß die Streitigkeiten der letzten Jahre und die Hitze des Wahlkampfes eine solche Zusammenschließung zunächst unmöglich machen. Das können wir nicht wissen, und darauf haben wir auch keinen Einfluß. Aber es ist ebenso deutlich, daß wir alles dransetzen müßten eine solche Mehrheit zu verhindern und eine Mehrheit zu schaffen, an der unsere Partei beteiligt ist. Alle anderen möglichen Mehrheitsbildungen werden immer gegen uns und damit auf Kosten der Arbeiterinteressen gemacht. Wir können das nur verhindern, wenn wir aktiv versuchen eine Mehrheit selbst zu schaffen und die Regierung vor ihr zur Kapitulation zu zwingen.

Für diese Mehrheitsbildung gibt es zwei Möglichkeiten: Die Sozialdemokratie könnte mit Fortschrittler und dem halben Zentrum zusammen (auf die andere Hälfte ist nicht zu rechnen) rund 205 Stimmen stellen. Das ist eine knappe Mehrheit; aber sie reicht für Arbeiterschutzgesetze, Vereinsrecht und ähnliches, weil jedesmal auch mindestens die Hälfte der Nationalliberalen bei solchen Gesetzen mit uns gehen müßte. Die andere Möglichkeit wäre der Block *von Bassermann bis Bebel*, der allein schon 230 Stimmen mustern würde, und dem fast immer auch ein Teil des Zentrums um seiner Wählerschaft willen aus freiem Stücke beitreten müßte. Daß das eine Mehrheit wäre, die genügt die Regierung zu zwingen, liegt auf der Hand. Sie könnte den Parlamentarismus in Deutschland erzwingen, wenn sie Zusammenhalt genug hätte, um aus jeder Reichstagsauflösung gestärkter zurückzukehren. Ja, eine solche Mehrheit ist geradezu Vorbedingung der Erringung des Parlamentarismus. Denn solange die Regierung unter drei oder vier Kombinationen auswählen kann, so lange ist sie immer der Stärkere und wird den Bureaukratismus im Staatswesen nur immer erstarken lassen. Wollen wir Parlamentarismus erobern, so müssen wir erst ein Parlament haben, das einen einheitlichen Willen und eine entschlossene Führung hat, die die Regierung wirklich übernehmen will. Und dazu ist nötig, daß wir selbst entschlossen sind die Konsequenzen aus einer solchen Mehrheitsbildung zu ziehen und die Verantwortung der Mehrheitspartei in allen Konsequenzen zu übernehmen.³⁾ Andernfalls ist all unser Gezeter gegen den Bureaukratismus und gegen die Schwäche des Parlaments nur leeres Geschwätz. Wir selbst sind an Bureaukratismus und Reaktion schuld, solange wir nicht ohne Rückhalt erklären, daß wir entschlossen sind die Ver-

³⁾ Siehe meinen Artikel *Der Wille zum Parlamentarismus* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1908, 3. Band, pag. 1571 ff.

antwortung für eine Mehrheit mitzuübernehmen, die Bürokratismus und Reaktion beseitigen will.

Man kann sagen, daß Nationalliberale und Sozialdemokraten, so wie sie heute sind, gar nicht den Willen haben zu einer so fest geschlossenen Einheit zusammenzuwachsen. In diesem Sinn haben sowohl Heine als Schippel den Block *von Bassermann bis Bebel* für aussichtslos erklärt. Das ist schon richtig. Aber es fehlt dabei die andere Hälfte des Satzes: Solange dieser Block aussichtslos ist, solange der politische Wille hüben und drüben fehlt, ihn zu schaffen, so lange bleibt Deutschland in den Händen der Reaktion und bleibt der Arbeiter in Deutschland ein politisch machtloses Geschöpf; so lange bleibt unsere ganze politische Arbeit Agitation und nicht Politik. Es ist aber nötig diesen zweiten Teil des Satzes nicht zu unterdrücken. Gerade er muß deutlich und klar herausgebracht werden, wenn die Wirkung erreicht werden soll, die alle diese Betrachtungen schließlich doch haben sollen: nämlich den Willen zu erzeugen, daß in der Zukunft ein solches Gebilde nicht mehr so aussichtslos erscheine wie heute. In der Sozialdemokratie hat sich noch stets auf die Länge der Zeit dasjenige durchgesetzt, was Vernunft und kühle Überlegung für nötig hielten, mochten zunächst die Affekte des Augenblicks noch so sehr dagegen aufschäumen. Derjenige, der meinen wollte, die Sozialdemokratie würde in 10 oder 20 Jahren noch immer so sein wie sie ihrer Mehrheit nach heute ist, der beweist nur, daß *er vom eigentlichen Wesen der Partei keine Ahnung hat* und von ihrer Geschichte nichts weiß. Ob bei den Nationalliberalen der Wille zur Linken sich kräftigen wird, oder ob sie als Partei der Großunternehmer auf die konservative Seite fallen und dafür ihren Anhang an Bauern, Angestellten und Intellektuellen an die Fortschrittler verlieren, das ist ein Vorgang, auf den wir sehr wenig Einfluß haben, wo wir höchstens, wie Heine schon angedeutet hat, bei Stichwahlen ein klein wenig nachhelfen können. Aber darauf kommt es auch gar nicht an. Wir sind Marxisten genug, um zu wissen, daß der Block nicht auf Fraktionen oder gar auf Personen begründet sein kann sondern nur auf Klassen, die hinter jenen Fraktionen stehen. Block *von Bebel bis Bassermann* heißt Block von Gewerkschaften, Kleinbauern, Angestellten, Intellektuellen und vielleicht noch Fertigungindustrie und Handelskapital gegen Großgrundbesitzer, Bergwerks- und Hüttenbesitzer, schwere Industrie und Bürokratismus in Staat und Kirche. Die Frage ist, ob diese Klassen so viel Gemeinsames haben, daß sie zu einer geschlossenen Aktion auf zwanzig Jahre zu gelangen vermögen. Und das ist nicht nur eine Frage an die anderen sondern in erster Linie an uns selbst: Welche Opfer sind wir bereit dieser Koalition zu bringen? Erst wenn darüber Klarheit herrscht, hat es Sinn die Forderungen aufzuzählen, die wir an die anderen stellen.

Da ist es nun eine merkwürdige Erscheinung, daß wir schon längst von innen heraus, durch die Wucht der Tatsachen, ganz ohne an einen regierungsfähigen Block zu denken, dazu kamen einige alte Ladenhüter aus der kleinbürgerlichen Vergangenheit des Sozialismus preiszugeben, die sich als unhaltbar erwiesen. Gerade diese aber sind es zumeist, die unserer Mitwirkung an einem Block der Linken am meisten entgegenstehen. So vor allem auf dem Gebiet der Kolonialpolitik. Ich erinnere an alles, was Schippel, Bernstein und Hildebrand darüber seit Jahren geschrieben haben. Das eigenste Interesse des Arbeiters am Fortgang der Produktion zwingt uns hier auf einen

Weg, der in der Richtung zur Regierungspolitik liegt. Es ist sehr wesentlich, daß nun auch Bebel in seiner Hamburger Rede uns nach dieser Richtung weist. Denn auch er hat sich nun dafür ausgesprochen, daß Deutschland nicht nur Elsaß-Lothringen sondern auch alle Kolonien behält, die es hat, und daß nur auf dieser Grundlage über Kontingentierung des Militäretats verhandelt werden kann. Er sagte in Hamburg: »Aber das [nämlich unser früherer Widerstand gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen] kann uns nicht hindern heute den gegenwärtigen Stand der Dinge anzuerkennen und zu verlangen, daß an dem heutigen Besitzstand der Staaten, einschließlich der Kolonien, nichts geändert wird.«⁴⁾ Mit diesem Satz, wenn mit ihm Ernst gemacht wird, ist ein sehr wesentliches Hindernis eines Blocks der Linken beseitigt; denn in ihm liegt die Bereitwilligkeit, wenn wir nun doch einmal Kolonien haben und behalten, sie dann auch zu benutzen, zu pflegen und zu entwickeln. Das aber ist eben das, was die Sozialdemokratie bisher in der parlamentarischen Arbeit abgelehnt hatte.

Das selbe gilt von den Militärfragen. Hier haben gerade die Radikalsten unter den Radikalen ausgeführt, daß eine einfache Wegdekretierung der Kriege im kapitalistischen Zeitalter unmöglich sei, weil diese Kriege zu oft ihre Wurzeln in Lebensinteressen der Produktion haben. Gut; dann ist die einfache Konsequenz, daß wir um des Lebensinteresses der Arbeiter willen auf die Möglichkeiten von Kriegen gerüstet bleiben, solange das kapitalistische Zeitalter dauert. Alles andere ist Phrase und ist nicht ehrlicher Realismus, der mit den Dingen rechnet wie sie sind. Man kann ein einzelnes Militärbudget ablehnen, weil man im parlamentarischen Machtkampf gelegentlich auch solche Mittel brauchen muß; und wir haben zurzeit, solange die entschlossene Mehrheit der Linken noch nicht da ist, gar keinen Grund ohne reelle Gegengabe und ohne reellen Erfolg unsere überlieferte Haltung in Militärfragen aufzugeben. Aber wir müssen uns daran gewöhnen diese Haltung nur noch taktisch und rein momentan zu begründen und für die Zukunft offen zu halten, daß wir sie ändern werden, sobald wir die Verantwortung innerhalb eines Blocks der Linken übernehmen. Es ist interessant, daß auch in dieser Frage Bebel in die selbe Richtung weist; auch er sagt, daß die »Entwaffnung nicht in Frage kommen« kann; er denkt sich die internationale Abrüstung vielmehr als Kontingentierung der Ausgaben mit fallender Tendenz. Ob man nun ganz die von ihm vorgeschlagene Modalität annehmen kann, daß Jahr für Jahr die Etat-ziffer des nächst zurückliegenden Jahres als Kontingent genommen werden soll, ist Nebensache; die Hauptsache ist, daß für diesen Modus der Etatkontingentierung schon heute die Fortschrittler ebenfalls eintreten, und daß ihr dahin gehender Antrag im Reichstag mit Mehrheit angenommen wurde. Der Block der Linken ist da, sobald die Sozialdemokratie den Mut der Konsequenz hat den also kontingentierten Etat nun auch anzunehmen.

Über die Agrarfrage ist hier des öfters schon gesprochen worden;⁵⁾ es tut nicht not Gesagtes zu wiederholen. Auch hier liegt die Sache so, daß das Lebensinteresse der Arbeiterklasse selbst sie darauf hinweist den einheimischen Bauern entgegenzukommen und nicht zugunsten kolonialer Großwirtschaft die

⁴⁾ Siehe den Bericht über die Rede Bebels im *Vorwärts* vom 30. März 1911.

⁵⁾ Siehe Schulz' verschiedene Artikel in den *Sozialistischen Monatsheften*, namentlich *Prairievieh- und Frostfleischfuhr oder Eigenfleischversorgung?*, in diesem Band, pag. 97 ff., und meinen Artikel *Agrarischer Sozialismus*, *ibid.*, pag. 431 ff.

eigene Bauernschaft zugrunde zu richten. Damit fallen auch die Schwierigkeiten handelspolitischer Art hinweg, die uns von dem Gros der Nationalliberalen oder vom *Bauernbund* trennen.

So führt der sozialdemokratische Reformismus ganz von selbst in die selbe Richtung, in die auch die parlamentarische Berechnung weist. Es ist möglich von uns aus die Vorbedingungen zu schaffen, die nötig sind, um die Teilnahme der Sozialdemokratie an einem Block der Linken möglich zu machen. Wir brauchen nicht mehr zu tun als daß wir dem gehorchen, was Wahrheitsliebe, Ehrlichkeit und Arbeiterinteresse gebieten. Wir müssen ablegen, was sich als veraltet und den realen Interessen der Arbeiterschaft widersprechend erwiesen hat. Was sind wir in letzter Linie? Sind wir Programmpartei, Buchpartei, Ideenpartei, die unter allen Umständen an ihren einmal formulierten Ideen festhält, auch wenn sie mit ihnen zugrunde geht? Oder sind wir Arbeiterpartei, Partei lebendiger, wärmer, nach Glück und Kultur verlangender Menschen, die reale Lebenserleichterung für 10 Millionen Menschen schaffen will? Was ist uns wichtiger: die Tradition oder das Leben, die Vertröstung oder der schrittweise Aufstieg? Wenn es das letztere ist, dann müssen wir die Kraft finden entschlossen mit allem zu brechen, was nicht mehr Leben hat und in eine Politik wirklicher Machtgewinnung im heutigen Staat überzugehen. Der *Radikalismus* ist tot. Er lebt nur noch in Worten, und er zeigt seine ganze Impotenz darin, daß er uns nicht zu sagen vermag, wohin die Reise geht, und was er eigentlich will. Er träumt von der Macht und weiß keinen Weg sie zu erobern. Der Reformismus hat ein Ziel und hat auch einen Weg. Es ist immer unbequem unzulernen und altgewohnte Programmpunkte als Irrtum zu erkennen. Aber wir treiben ja nicht um unserer Bequemlichkeit willen Politik sondern um des Lebens der Massen willen, die der Arbeiterpartei ihr Vertrauen geschenkt haben. Darum ist es Pflicht die private Bequemlichkeit der bessern Erkenntnis zum Opfer zu bringen.

Im Reichstag von 1912 wird der Block der Linken freilich wohl kaum schon Wirklichkeit werden. Auch im neuen Reichstag werden wohl Zentrum und Regierung die Möglichkeit des Spiels mit doppelten Majoritäten haben, und jede Majorität wird aus dem Fell der Arbeiter Riemen schneiden. Aber vielleicht wird dann hinterher die Erkenntnis für den Wert einer realistischen Strategie steigen und so die Stimmung für einen konsequenten und entschlossenen Reformismus gegeben sein. Eben darum aber gibt es im Augenblick keine wichtigere politische Arbeit als in allem Freimut und in aller Schlichtheit, ohne taktische Rücksichten und Kniffe, zu sagen, was ist, und die Gemüter an solch ein Aktionsprogramm des Reformismus zu gewöhnen.

XX

MAX SCHIPPEL · WAS IST DENN FREIHANDEL?



DUARD Bernsteins Artikel über das Grundsätzliche in der Handelspolitik¹⁾ hat in sehr dankenswerter Weise die Grundanschauungen der Freihandelspolitik zusammenzufassen und auch mit den Zukunftserwartungen und der erstrebten Wirtschaftsorganisation des Sozialismus in Verbindung zu setzen gesucht. Ein Zurückkommen darauf erscheint aus verschiedenen Erwägungen lohnend. Einmal, weil in der deutschen

¹⁾ Siehe Bernstein *Das Grundsätzliche in der Frage der Handelspolitik* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 424 ff.

Partei Bernstein, der verdienstvollste und unermüdlichste Revisionist, wohl zugleich als der sachlichste und sachkundigste Vertreter der *prinzipiellen* Freihandelsrichtung betrachtet werden kann; was aber natürlich manche unserer orthodoxen *Marxisten* nicht abhält in der Freihandelsagitation noch immer eine spezifische Bekundung *radikaler* Gesinnungen zu erblicken. Dann aber, weil — abermals ein Zeichen dafür, wie verwickelt und wenig einheitlich die Frage in Wirklichkeit liegt — selbst Bernstein unversehens der Gegenseite überaus weitgehende Zugeständnisse machen muß.

Diese Zugeständnisse sind in der Tat so überraschend weitreichend, daß bürgerlich-schutzzöllnerische Blätter als Zweck des ganzen Bernsteinschen Artikels die Abhaltung eines *Strafgerichts* über die bisherige allzu freihändlerische Parteiagitation herauszuschälen suchen. So schreibt das München-Gladbacher Organ der katholischen Arbeitervereine: Bernstein »verschanzte« sich zwar zunächst hinter das *Grundsätzliche*, um sich vor Angriffen zu sichern:

»Im praktischen Gegenwartshandeln aber kommt's auf die *zeitweiligen Maßregeln* an. Und als solche zeitweilige Maßregel will Herr Bernstein auch Zölle, Schutzzölle, durchaus zulassen. Er will sie freilich nicht so nennen: *Aufzuchtszoll, Förderungszoll, Erhaltungszoll* sollen sie heißen. Nachdem Bernstein so vorgebeugt, kommt er im letzten Teil auf die konkrete Frage des Tages, auf die Anwendung seines Grundsätzlichen, auf die Frage des Agrarschutzes. Und nun fliegt der sorgsam präparierte Pfeil flink, wohlgezielt und sicher. Es heißt da: »Nur eine Politik, die sozusagen von der Hand in den Mund lebt, kann das ganze Interesse auf die eine Frage der jeweilig größten Billigkeit der Nahrungsmittel beschränken. Das mag für bürgerlich radikale Parteien passen [hört ihr's, ihr Freisinnigen und *Hausabändler*? Die Redaktion der *Westdeutschen Arbeiterzeitung*] ist aber kein sozialistisches Verhalten. Einen Sozialdemokraten darf die Gegnerschaft gegen die Schutzzöllner nicht darüber hinwegtäuschen, daß es eine Billigkeit geben kann, die unter dem Gesichtspunkt der Volkswirtschaft als Ganzes zu teuer erkauft wird. Letzteres wäre zum Beispiel der Fall, wenn infolge bestimmter Vorgänge auf dem Weltmarkt der Preis von Haupterzeugnissen der Landwirtschaft eines Landes auf einen Satz fiele, bei dem Landwirte in Massen zugrunde gehen, und das Land sich entvölkert, jedoch hinterher, nachdem die Entvölkerung eingetreten, neue Preiserhöhung erfolgte und durch Änderung der Weltmarktbeziehungen für das betreffende Land sogar die Versorgung sich ungünstiger gestaltete als für die mit ihm konkurrierenden Länder.« Dieser Satz umschreibt genau die Lage, in der sich die Lebensmittelversorgung Deutschlands in den letzten Jahrzehnten entwickelte. Bernsteins Ausführungen treffen die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zur Lebensmittelfrage an ihrer verwundbarsten Stelle. Denn sie war es, welche die ganzen letzten Jahrzehnte eine »Politik, die von der Hand in den Mund lebt«, getrieben hat, sie war es, die alles, ihre ganze Politik und Taktik, auf die eine Frage der jeweilig größten Billigkeit beschränkte.«²⁾

Doch lassen wir diese Eindrücke auf andere beiseite, und halten wir uns an die ursprüngliche Darlegung selber.



ASSALLE hat einst gegenüber Schulze-Delitzsch in bitterbösen Worten gerügt, daß man bei einer allgemein-verschwommenen Beurteilung und Bewertung der Rolle des *Austausches*, des freien Austausches, ganz und gar die allerdings weniger angenehmen Besonderheiten übersehe, unter denen sich heute, in der Gesellschaftsordnung des Privateigentums, dieser vielgerühmte freie Austausch der Waren und

²⁾ Siehe die *Westdeutsche Arbeiterzeitung* vom 15. April 1911. X Ich füge gleich hinzu, daß Bernstein hinter der obenwähnten Stelle fortfährt: »Ich brauche nicht erst zu bemerken, daß die hier entwickelte Hypothese [?] die Hauptmomente zusammenfaßt, die eine Anzahl Sozialdemokraten wegen die schlechthinige Verwerfung aller Agrarzölle für verfehlt zu erklären. Jedenfalls bildet sie in meinen Augen das diskutabelste Argument dar, das überhaupt unter den heutigen Verhältnissen für einen Agrarschutz ins Feld geführt werden kann und daher auch der Prüfung wert ist.«

Dienste vollziehe. Erfülle man diese notwendige Vorbedingung alles volkswirtschaftlichen Denkens, so gewinne man sofort eine andere Stellungnahme zu allen harmonistischen Schlußfolgerungen des manchesterlichen *laissez faire*-Systems. Das galt natürlich dem innern Verkehr, vor allem dem freien Tausch zwischen dem starken Kapital und der schwachen Arbeit. Aber man muß nicht minder beim internationalen Austausch zunächst die etwas brutalere Wirklichkeit hinter dem, auf den ersten Blick recht wohlgefälligen Wortschleier zu finden suchen, ehe man zur Aufstellung von Grundsätzen für die internationale Handelspolitik weiterschreitet.

Am meisten frei von den, dem kapitalistischen Zeitalter nun einmal unlösbar anhaftenden Interessengegensätzen und Interessenkonflikten scheint — ganz truglos ist selbst hier der Schein nicht — der internationale Austausch von Waren, die von der abnehmenden Nation überhaupt nicht produziert werden und vernünftigerweise in absehbarer Zeit auch nicht produziert werden können. An diese unentbehrliche *Ergänzung* zwischen den verschiedenen Klimaten und Erdstrichen dachten die alten Freihandelsvertreter, wie sich leicht nachweisen ließe, meist in erster Linie. Nur überschätzen sie diese eine Aufgabe des Welthandels ganz gewaltig, weil sie für jedes Land durch die *Natur* und das natürliche Milieu eine Beschränkung auf gewisse Spezialproduktionen dauernd vorgezeichnet sahen, während wir Nachfahren nun schon jahrzehntelang beobachten konnten, wie die selbsttätige Entwicklung der technischen Schaffenskraft und die bewußte staatliche Entwicklungsleitung die Grenzen der nationalen produktiven Vielseitigkeit immer weiter und weiter hinausgerückt und insoweit also das Angewiesensein auf internationale, fremdländische Ergänzung vermindert haben. Vor ein paar Menschenaltern konnte man noch ein Land zur Werkstatt der Welt für berufen erklären, während für andere Nationen die agrarstaatliche Wirtschaftsverfassung die geeignetste und vorteilhafteste schien. Ein Darüberhinausstreben zu großen Eigenindustrien mannigfaltigster Art kommt man nicht nur, nein, mußte man für ebenso widersinnig ansehen wie etwa die Anlage von Hochöfen außerhalb eines Erz- und Brennstoffreviers. Aber wie heute die rentabelsten Kraftwerke bei Stettin gedeihen können, so hat seit Jahrzehnten ein Agrarstaat nach dem andern seine Industrieproduktionen nach den verschiedensten Zweigen in ungeahnter Stärke und Schnelligkeit zu entfalten vermocht. Die Zufuhr von Waren, die eine Nation nicht selber produziert, bewegt sich demnach vielfach auf ganz anderen Gebieten als man früher annahm; an Wert und Menge ist sie jedoch fast in allen Ländern im raschesten Wachstum geblieben.

Aber hier brauchen wir über den *freien Austausch* nicht des langen und des breiten zu diskutieren, denn hier ist er im großen und ganzen niemals strittig gewesen. Man schlage beispielsweise unsern deutschen Zolltarif auf: Nummer 438: Baumwolle, gefärbt, gekrempelt, gekämmt, auch gemahlen, gebleicht, zollfrei; 98: Kautschuk, Guttapercha, roh oder gereinigt, zollfrei; 470: Jute, Manilahanf zollfrei; 391: Rohseide, ungezwirnt oder einmal gezwirnt, zollfrei; 16: Baumwollsamens, Palmkerne, Kopra zollfrei; 90: Korkholz, unbearbeitet, zollfrei; 91: Farbhölzer zollfrei; 97: Terpentin- und andere Hartharze, Weichharze, Schellack zollfrei; 99: Kampher zollfrei; 224: Graphit zollfrei; 231: Meerschaum, roh, Asbest zollfrei; 235: Edelsteine und Halbedelsteine zollfrei; 240 und 241: Asphalt und Erdwachs zollfrei und so fort. Eine ähnliche Freiliste ließe sich aus dem amerikanischen Payne-Aldrich-Zoll-

gesetz mit Leichtigkeit herausschreiben, obwohl in den Vereinigten Staaten der Umkreis der nicht selbst produzierten Waren naturgemäß ein wesentlich anderer ist. »Von der Zollpflicht würden diejenigen für die Industrie unentbehrlichen Rohstoffe auszunehmen sein, welche in Deutschland nicht erzeugt werden können«, heißt es sogar in Bismarcks Dezemberschreiben, das dem kurzlebigen Freihandel in Deutschland die Totenglocke läutete.

Doch der in seiner nebelhaft unbestimmten Gestalt fast immer recht verlockende freie Austausch zwischen den Nationen gewinnt sofort ein wesentlich anderes, viel unfreundlicheres Gesicht, wenn es sich um den vom Ausland erstrebten Absatz von Waren handelt, die wir selber gleichfalls produziert haben und weiter zu produzieren gedenken. Im vorigen Fall konnte man sich das Bild allenfalls noch so vorstellen, daß immer eine Nation von der andern freudestrahlend empfängt, was sie sonst entbehren müßte. Im jetzigen Fall ist freier Austausch, was wir sonst gar nicht geringschätzig und feindlich genug beurteilen können: nämlich privatwirtschaftlicher Kampf aller gegen alle, Konkurrenzkrieg der Verkäufer unter sich und abermals der Verkäufer gegen die Käufer wie der Nachfragenden gegen die Anbietenden. Oder, ruhiger gesprochen, immer noch: privatwirtschaftlicher Kampf um den Absatz, zunächst und vor allem um den Preis, durch den sich die Absatztore für den Mindestfordernden öffnen, während sie sich gegen den Unterliegenden schließen. Die Niederlage ist aber sehr oft gleichbedeutend mit Verkümmern und Vernichtung.

Trotzdem soll keinen Augenblick bestritten werden, daß innerhalb des heutigen Wirtschaftssystems die ungehinderte, ungezügelt Auslese durch solche Konkurrenzkämpfe sehr oft ihre fortschrittsfördernde Seite hat. Es kommt ganz darauf an, wo und wie. Das Zügelanziehen oder Zügelschleifen lassen seitens der Gesetzgebung und Verwaltung ist also eine Zweckmäßigkeitfrage, die man, ohne sich selber ungetreu zu werden, je nach Gebiet und Zeit sehr verschieden beantworten kann. Und diese allgemeine Stellungnahme kann sich selbstverständlich nicht verschieben, wenn die Konkurrenz der Warenbesitzer über das Innere eines Staates hinauswächst, wenn also der Konkurrenzkampf, den wir Sozialisten doch, denke ich, beseitigen wollen, von diesseits und von jenseits der Landesgrenzen geführt wird. Wenn, um auch einmal mit Rodbertus zu reden, der »sich selbst überlassene« Verkehr im Innern keineswegs »in der Richtung« des Sozialismus liegt, dann ebenso wenig der gleichlaufende Konkurrenzkampf von internationaler Spannweite. Unterstellt man die sozialistische Produktionsweise als international verwirklicht, so ist selbstverständlich — darin würde ich Bernstein beistimmen — für einen Schutzzoll, für einen Zoll zur Preis- und Absatzbeeinflussung, gegen ausländische Konkurrenzwaren kein Platz mehr. Aber ebenso wenig für einen Freihandel im heutigen Sinn, weil privatwirtschaftliche Preis- und Absatzkämpfe überhaupt aufgehört haben würden und durch kein *laissez faire* an den Grenzen jemals wieder ins Leben zurückgerufen werden könnten.

Doch verlieren wir uns hier bereits sehr in das Spekulative. Ich wollte nur nicht ganz unerwähnt lassen, warum mir die Bernsteinschen Bemerkungen über den *Zukunfts-austausch* nicht recht einleuchten. Aber selbst wenn das geschähe, würden sie mir keineswegs geeignet scheinen die praktischen handelspolitischen Entscheidungen für die Gegenwart irgendwie zu beeinflussen.



RLEIBEN wir nunmehr ganz realistisch bei den Tatsachen der Gegenwart, so scheint mir Bernstein den letzten entscheidenden Gegensatz zwischen Freihandel und Protektionismus falsch zu fassen und dadurch seiner ganzen Darlegung eine gewisse Schiefheit und Halbheit aufzudrücken. Ist Freihandel wirklich *zollfreier* internationaler Austausch? Ist sein Gegenpol also einfach die Bezollung? Dann wäre England kein Freihandelsland, denn es erhob im Finanzjahr 1910-1911 weit über 33 Millionen Pfund Sterling (über 660 Millionen Mark) an Grenzzöllen, während wir in Deutschland uns, alles in allem, lange Jahre mit einer kleineren Summe begnügten und erst zu allerletzt die englische Zolleinnahme erreichten und sogar ein wenig überschritten. Der Grund ist bekanntlich der, daß England beispielsweise den *innern Austausch* von Spirituosen mit $14\frac{2}{3}$ Shilling pro Gallone, von Bier mit $8\frac{1}{4}$ Shilling pro Barrel belastet und belästigt, und daraufhin natürlich auch den internationalen Austausch mit einem, den *excise duties* entsprechenden Zoll (*custom duty*) treffen muß. In einer derartigen Warenbezollung, wenn sie Inlandssteuer und Grenzaufgabe ins Gleichgewicht setzt, haben die englischen *free trade*-Theoretiker niemals eine Verletzung des Freihandelsprinzips erblickt. Freihandel ist also nicht unbedingt Freiheit von Zöllen sondern staatliche Gleichbehandlung von inländischen und ausländischen Konkurrenten, ist der Fortfall jeder staatlichen Bevorzugung des Inlands.

Umgekehrt reicht deshalb der Protektionismus weit über die Schutzzollerhebung gegen die herandrängenden ausländischen Waren hinaus. Der Schutzzoll ist nur die bequemste und einträglichste und darum am meisten angewandte Form der Differenzierung zwischen In- und Ausland, weil die fremdländische Konkurrenz naturgemäß meist in Warenform auftritt, dabei an einzelnen großen Eingangs- und Sammelplätzen leicht faßbar und kontrollierbar ist, und weil die Begünstigung der Inlandskonkurrenz in Form der Zollfreiheit des Inlands und der Zollbelastung des Auslands die staatlichen Kassen sogar noch füllt, während die Differenzierung in Form von Inlandsprämien — wie in Australien und Kanada — dem Staat unter Umständen schweres Geld kosten kann. Aber der *internationale Austausch* ist doch in gleicher Weise verschoben, ob Australien oder Kanada die Lieferkosten fremden Eisens und fremder Schienen durch Zölle erhöhen oder die Lieferkosten einheimischen Eisens oder einheimischer Schienen durch Produktionsprämien vermindern. An die bloße Form des Eingreifens der Staatsgewalt in den *internationalen Austausch* darf man sich deshalb nicht klammern, wenn man *grundsätzlich* Stellung zur Frage *Freihandel oder Protektionismus?* nehmen will. Auch Staatsbahntarife sind selbstverständlich eine Verletzung des Freihandels, wenn sie tatsächlich, oft selbst unter scheinbarer formeller Allgemeingültigkeit, der Inlandsware Transportvergünstigungen zuwenden, die sie der Auslandsware verweigern. Protektionismus und Gegensatz zum Freihandel ist es, wenn fremde Schiffe von der Küstenfahrt ausgeschlossen bleiben, oder wenn sie in den Häfen zu höheren Abgaben herangezogen werden, wenn ausländische Patentrechte anders behandelt werden als inländische und dergleichen mehr. Oder sollen wir etwa den Antrag Kanitz — und den ihm innerlich wesensgleichen Antrag Jaurès — nicht mehr protektionistisch nennen dürfen, weil er von jedem Zoll absah und lediglich unmittelbar dem Inlandsbauern einen »lohnenden« Getreidepreis zuwenden wollte, den er aber natürlich dem Auslands produ-

zenten verweigerte? Protestierte Rußland nicht mit Recht gegen diese protektionistische Überbietung des 35 Mark-Zolls, der ihm durch die Caprivischen Handelsverträge zugesichert war? Oder sollen wir es gar machen, wie angesichts der Brüsseler Zuckerkonvention manche englische *prinzipielle* Freihändler, die einen Ausgleichszoll gegen ausländische Exportprämien verabscheuten, weil man prinzipiell gegen jeden Zoll sein muß, die aber ein vollkommenes Verbot der Einfuhr glaubten befürworten zu können, weil ein Verbot es beim — zollfreien Austausch läßt? Zollfrei: ja. Aber leider überhaupt kein Austausch, also auch kein *freier Austausch* mehr. Der Zoll allein ist also gar nicht das Entscheidende für den erstrebten freien (und gleichen!) Austausch zwischen den Nationen.

Und schließlich die lebendige Ware Arbeitskraft? Wenn man als Sozialist *grundsätzlich* tiefergraben will, darf man die Ware aller Waren am allerwenigsten aus dem Auge lassen. Aber gerade unsere *Edelmarxisten*, die sonst die konsequente Eingliederung der Arbeitskraft in die Warenwelt und ihre Wertgesetze durch Marx nicht genug rühmen können, schleichen an den praktischen Weiteranwendungen der theoretisch anerkannten Voraussetzung gar zu gern vorüber. Prinzipieller Freihandel in der Ware Arbeitskraft heißt *grundsätzliche* Ablehnung jeder denkbaren wirtschaftlich-staatlichen Differenzierung zwischen In- und Ausländern, zwischen Inländern und Zuwanderern oder Zugewanderten. Das haben die Arbeiterorganisationen, genau wie in ähnlicher Lage die bürgerlichen Organisationen, auch überall aufrechterhalten, wo der Einstrom lohndrückender fremder Elemente schwach, das heißt, wo die Frage eine gleichgültige Doktorfrage blieb. Aber der Protektionismus kam unaufhaltsam zum Durchbruch, natürlich unter Führung der Verkäufer der bedrohten Ware, der Arbeiter, und oft unter erbittertem Widerstand der Käufer, der *konsumierenden* Unternehmer, wo ernstere Interessenkonflikte gegen außen hin bemerkbar wurden. Mit Kopfgeldern gegen Chinesen fing es in Amerika an — das wäre etwa das Gegenstück zum bloßen Schutzzoll —, mit vollständiger Absperrung gegen diese Asiatenkonkurrenz hörte es auf; der *freie internationale Austausch* darf sich nur noch in Gelehrten, Studenten, Vergnügungs- und Großgeschäftsreisenden, nicht aber in Lohnarbeitskräften vollziehen. Ähnlich in Kanada, in Australien: Je größer der Arbeitereinfluß, desto protektionistischer in dieser, und noch mancher andern, Richtung die Arbeiterpolitik. In allen Ländern sind sehr oft gewisse Arbeiten den Einheimischen vorbehalten. In Frankreich ist die Festsetzung eines hohen Prozentsatzes der Beschäftigung für Landesangehörige bei öffentlichen Arbeiten, bei Staatslieferungen geradezu zur Regel gemacht.

Ich lehne jedes Urteil über die Zweckmäßigkeit solcher Einzelmaßnahmen ab. Aber ganz etwas anderes ist es, ob man als Sozialist auch von vornherein *grundsätzlich* jede Erwägung einer Differenzierung zwischen in- und ausländischen Arbeitsmarktkonkurrenten, jeden hierauf bezüglichen Protektionismus ablehnen müsse. Wir können hier in der Gegenwart nicht einfach freien Austausch, internationalen Freihandel predigen, weil allzu offenkundige Arbeiterklasseninteressen sich dagegen auflehnen. Und wir können das für die Zukunft nicht, weil wir der lebendigen Arbeitskraft sowie ihren toten Produkten den Warencharakter überhaupt entziehen wollen, und weil damit alle internationalen Beziehungen auf eine völlig wesensandere Grundlage rücken.



Wie weit hält nun eigentlich Bernstein selber für die Gegenwart am bedingungslosen Freihandel fest? Auch ein *Begünstigungszoll* ist für ihn »noch nicht unter allen Umständen verurteilt«. Er verkennt »selbstverständlich durchaus nicht, daß es auch heute noch notwendig werden kann heimischen Produktionen aus allgemeinen Mitteln gegen erdrückende Konkurrenz des Auslands Schutz angedeihen zu lassen. . . Die Arbeiterklasse hat so gut nationale Aufgaben wie sie internationale Aufgaben hat, und ebenso hat sie auch nationale Interessen. Darunter nicht zuletzt das Interesse an gedeihlicher Entwicklung der Produktion im eigenen Land.« Die anfangs erwähnte Äußerung über den Agrarschutz ist zwar durch die oben in der Anmerkung abgedruckte Zufügung stark abgeschwächt, aber selbst eine solche, objektiv abwägende Äußerung aus sozialdemokratischem Mund wäre vor 10 Jahren — man denke an meine Erfahrungen vor und in Bremen — noch auf allgemeine erregte Verwahrung gestoßen. Nur von »prinzipieller Gleichwertigkeit« von Freihandel und Schutzzoll soll nicht zu sprechen sein; wie es scheint, auch nicht von *Niederlagen des Freihandels*, wie im Fall der englisch-kanadischen handelspolitischen Beziehungen. Aber doch auch nicht von *Siegen* des Freihandels und nicht einmal des Freihandelsgedankens, wenn einer seiner parteigenössischen Gefolgsmänner nach dem andern den Dienst aufsagt und sich seitwärts in die Büsche schlägt: von den stetig sich wiederholenden Erfahrungen auf der bürgerlichen Linken ganz abgesehen.

Die drastischsten Beispiele dafür sind gar nicht einmal in revisionistischen Kreisen zu finden, wo sie auch Bernstein mit Vorliebe sucht. So hieß es, um nur ein allerjüngstes Beispiel aus verblüffend vielen herauszugreifen, kürzlich wieder in der *Marxstudie* des Genossen Hilferding über das *Finanzkapital*: England müsse »notwendigerweise in kurzer Zeit zum Schutzzoll« übergehen; die Abkehr der kapitalistischen Klassen von der Freihandelspolitik bedeute deren »völlige Aussichtslosigkeit«; die internationale freie Konkurrenz, das heißt der Freihandel sei ein »reaktionäres« Ideal geworden. Das Proletariat müsse die »Notwendigkeit« der Schutzzollpolitik für die Kapitalistenklasse einsehen, wengleich dies kein Grund sei »nunmehr auf eigene Politik zu verzichten und vor der Politik seiner Feinde zu kapitulieren«. Aber . . .

es ist nicht Sache des Proletariats, der fortgeschrittenen kapitalistischen Politik gegenüber die überwundene der Freihandelsära und der Staatsfeindschaft entgegenzusetzen. Die Antwort des Proletariats. . . kann nicht der Freihandel, nur der Sozialismus sein. Nicht das reaktionär gewordene Ideal der Wiederherstellung der freien Konkurrenz sondern völlige Aufhebung der Konkurrenz durch Überwindung des Kapitalismus kann jetzt allein das Ziel proletarischer Politik sein. Dem bürgerlichen Dilemma *Schutzzoll oder Freihandel?* entrinnt das Proletariat mit der Antwort *Weder Schutzzoll noch Freihandel sondern Sozialismus, Organisation der Produktion . . .*«²⁾

Das ist, die Voraussetzung zugegeben, kann besonders folgerichtig weitergedacht. Aber als Symptom eines unaufhörlichen Meinungsumschwungs sind solche Äußerungen doppelt beachtenswert; denn Hilferding ist nicht nur einer der wenigen, wissenschaftlich leistungsfähigen Marxisten, er ist sogar — der leitende Redakteur des *Vorwärts*, unseres Parteizentralorgans.

Durch Bernsteins sonst so verdienstvolle Darlegungen klingt zu meinem Bedauern eine Auffassung durch, als ob für ihn von einer bestimmten Richtlinie

²⁾ Siehe Hilferding *Das Finanzkapital* / Wien 1910, pag. 471 ff.

an die Toleranz für nichtgeteilte Meinungen aufhöre, und dies bezieht sich für ihn in erster Linie auf handelspolitische Grundanschauungen. Meines Erachtens legen die Erfahrungen der letzten Jahre nahe gerade bei handelspolitischen Fragen mehr als sonst noch von jeder Anwendung von Intoleranz abzusehen. Denn nirgends sind die älteren Anschauungen derart in Fluß gekommen, wie gerade hier, bei uns wie in anderen Ländern.

XXX KARL LEUTHNER · ADDITIONELLE LEBENSWERTE



ORTE bestehen, durch ihre gastlichen Hallen wandeln die Gedanken. Wer von außen sieht, übersieht zu leicht, daß das Haus seinen Herrn gewechselt hat. Daher kommt es, daß wir in die Beurteilung des Vergangenen Gefühls- und Gedankenvoraussetzungen mengen, die weit späteren Epochen angehören, und noch häufiger bauen wir das Gedankenbild unserer Zeit aus Elementen auf, die ganz verschiedenen Bildungsschichten des Denkens entstammen, denen nur der Gleichklang der Worte eine Übereinstimmung zu leihen scheint. Doch ist auch hier der komplizierteste Tatenbestand der häufigste. Wie im Gesamtdenken großer Gemeinschaften, so sind auch im Denken des einzelnen bestimmte Begriffe durch eine Art von Hypostasierung, durch ihre Verknüpfung mit ethischen Wertungen dem Fluß der Entwicklung enthoben. An der Geistesverfassung des gebildeten Katholiken, an diesem Nebeneinander von Vorstellungen, die der modernen Naturwissenschaft, dem hellenisch-orientalischen Synkretismus und der mittelalterlichen Scholastik entspringen, machen wir uns die Gedankenmischung gern klar. Leider hört die Erkenntnis meist dort auf, wo sie die nützlichste Form annehmen könnte: als Selbsterkenntnis. Wie sehr besonders im Vorrat unserer politischen Anschauungen Altes und Neues ungeschieden durcheinanderliegt, und wie sehr wir, eben weil wir uns modern dünken, auch altehrwürdigem Gedankengut die wissenschaftliche Würde moderner Erkenntnis beimessen: wer von uns hält sich das gegenwärtig? Es ist ebenso leicht Widersprüche im Denken des andern zu erkennen als es schwer ist diejenigen herauszufühlen, die man selbst zu einer Einheit zusammenlebt.

Die Entwicklung der historischen Wissenschaften, die Geburt des historischen Sinnes trennt unsere Tage von der Aufklärungszeit. Auf deren Thron saß die Vernunft. »Sie gründete ihre Schlüsse auf den Begriff einer *natürlichen Ordnung der Dinge nach Gesetzen*: Von ihm aus unterwarf sie alles, was historisch geworden war, der Kritik. Und sie machte sich ans Werk die höchsten in ihrem Bereich gelegenen Ideale zur Geltung zu bringen: Selbständigkeit der Person, Herrschaft des Menschen über die Natur, Solidarität und Fortschritt des Menschen. In allen diesen Idealen ist eine Beziehung zu der Verwirklichung der Souveränität des Menschen. Das ist der Affekt der größten Persönlichkeiten der Aufklärung von Locke und Leibniz ab.« (Dilthey) Die notwendige Ergänzung des Menschen und seiner Souveränität ist die Menschheit als Inhaberin und Verkörperung der höchsten Güter. Mensch und Menschheit bleiben dabei abstrakt gefaßt. Die geringe Kenntnis der fremden Massen vermag den Einheitsgedanken noch nicht zu stören. Bald ist die Einfalt der Naturmenschen, bald die friedsam sanfte, vernünftige Moral der Chinesen das Modeideal des Jahrhunderts. Die Internationalität ist in gewissen Grenzen des geistigen Lebens eine Wirklichkeit. Noch liegt die Republik der Geister, die im Mittel-

alter die Menschen einer Gelehrtensprache umschlang, nicht völlig zertrümmert. Der Mensch des 18. Jahrhunderts tauscht nicht bloß Kenntnisse und Ideen aus wie heute und nennt das übertreibend ein europäisches Gemeinleben; sondern er fühlt wirklich in tiefster Seele mit, was sich im politischen und intellektuellen Leben der übrigen Kulturvölker vollzieht. Man lese etwa in Hayns Meisterbiographie Herders den Abschnitt über die französische Reise seines Helden. Man erkennt — ebenso wie in dem Verhältnis Lessings zu Voltaire, Voltaires zu den Engländern —, wie die geistigen Bewegungen des Auslands die stärksten und ersten Anregungen des eigenen geistigen Lebens werden. Lessing und Herder sind die Schöpfer des betonten deutschen Geistes unserer Literatur, sind es durch die individuelle Reaktion auf französische und englische Einflüsse, die in ihr Jugendleben so unmittelbar eingingen wie bei uns Goethe und Schiller eingingen. Dahingegen zeigt Nietzsche, dieser scheltende Verkleinerer deutscher Kultur, in jeder Gedankenregung deutsche Art, deutschen Ursprung. Sein ganzes Dasein ist Polemik gegen Deutsches, und weil ihn nur Deutsches nahe berührt, weil die deutsche Welt seine einzige Welt ist, behandelt er alles, was er an der Gesellschaft und Bildung unserer Zeit bekämpft, als wäre es nur den Deutschen eigentümlich, während es sich fast durchweg als die gemeinsame Geisteshaltung der Zeit darstellt. Er findet auswärts alles schön, wie der Vergnügensreisende, der im Salonwagen an dem trübseligen Detail der Landschaft vorübersaust.

Dem Menschen des 18. Jahrhunderts fehlt nicht das nationale Gefühl. Es bricht zum Beispiel als Stolz auf die literarischen Leistungen der Nation selbst bei deutschen Schriftstellern oft erstaunlich stark heraus. Aber nur in gewissem Maß ist das Nationale für das bewußte Denken und Wollen und seine Ideale bestimmend. Die schroffen Scheidungen gelten nicht einmal im Politischen, gelten auch nicht dort, wo die Menschen in geschlossenen Nationalstaaten leben. Noch gibt es allgemeine Helden des Zeitalters und ihre von Volk zu Volk wandernden Idealgestalten. Was weiß nicht Nettelbeck über die Bewunderung zu erzählen, die Friedrich II. in Portugal und in den Berberstaaten finde! Napoleon I. ist bezeichnenderweise die letzte dieser Figuren, die wie etwa die Alexanders des Großen, Helden vieler Zeitalter und Völker werden konnten. Heute geht die Scheidung so weit, daß sie sogar im Geistigen Mauern aufrichtet. Der politisierende Mensch von heute nimmt politisch zu jedem Ereignis Stellung, der unpolitische Bürger der Aufklärungszeit genoß es noch vielfach als eine interessante, belehrende, erhebende Begebenheit. Er war ja kaum mehr Staatsgenosse als er Volksgenosse war. Was Schiller in seiner Rede über den Nutzen der Universalgeschichte als Fortschritt der Zeiten preist, daß der Krieg den Ackersmann nicht mehr vom Pflug abrufe, daß sich die »Sorgen getrennt« hätten, das ist in Wahrheit die Feststellung des staatslosen Daseins der Aufklärungszeit. Die Gesellschaft, die das geistige Leben trägt, ist ohne Einfluß auf die Betätigungen des Staats. Sie baut ihn in der Idee nach den Forderungen der Vernunft um; den geschichtlich gewordenen Staat verwirft sie als Produkt einer barbarischen Vergangenheit. Alle Organisationen, die das Individuum hemmen, werden rationell aufgelöst. Die Spannung in der Auffassung des Nationalen ist nicht größer als in der Art wie Smith die Organisation der Arbeit in den Zünften beurteilt, und das Ehepaar Webb die Hebung des englischen Arbeiters durch die Organisation in den Gewerkschaften preist.

Die Aufklärungszeit atomisiert die Gesellschaft. Die *Selbstbildung des Individuums* ist ihr höchstes Ideal, das Individuum letzten Endes Träger aller Güter, Rechte und Leistungen. In dem Begriff der *Menschheit* wird das Individuum gewissermaßen zum zweitenmal geschaffen, als ein Erhöhtes, von den Schranken des Einzelfalls Befreites, darum als das höchste Maß der Dinge. Ruht aber alle Souveränität im Individuum, so müssen folgerecht die staatlichen oder sozialen Institutionen nichts sein als Summierungen der Individuen oder, was das selbe ist, als Teilformen der Menschheit. So wird zum Beispiel das Selbstbestimmungsrecht der Nation additionell abgeleitet aus dem Selbstbestimmungsrecht des Individuums. »Wenn von 25 Millionen Menschen 24, ja nur 20 einmütig und standhaft auf einer Umschaffung ihrer alten Staatsverfassung beständen, so machten diese 20 die Nation aus, und nicht sie, sondern die kleine Anzahl, die sich dem Willen der ungleich größern widersetzt, sind die Auführer.« So verteidigt Wieland die Revolution. Die Selbstbestimmung der Nation ist hier, wie Meinecke sagt, eine rationalpolitische Wahrheit, »die Nation nicht viel mehr als ein aus abstrakten Prinzipien gezimmelter Rahmen ohne individuellen Inhalt«. Die selbe Methode der Addition liefert auch die obersten Leitsätze des praktischen Handelns. Ihr entspringt das *Glück der größten Zahl*, wie es die englische Moralphilosophie entwickelt hat. Ihr entspringt auch die Anschauung der Welt wie sie den Freihandelsideen zugrunde liegt. Die Menschheit ist ein einziges Handelsgebiet. Die Individuen tauschen die Erzeugnisse ihrer Länder aus und machen damit die Vorteile ihrer besondern geographischen Lage allgemein. Der Preis spricht das letzte Urteil. Organisationsformen der Gesellschaft als selbständige Gewalten kennt diese abstrakte Theorie nur in der Kritik, nicht in der positiven Darlegung.

Gehen wir zur Gegenwart über, so erkennen wir, daß sie in den Grundzügen ihres Denkens noch immer von den Wertungen der Aufklärungszeit bestimmt ist, obwohl die sozialen Tatsachen und ihre Bewertung vollständig von dem atomisierenden Individualismus abweichen. Die Nation im Bewußtsein lebendig als Einheit der Kultur und Sprache, der Staat die politisch organisierte Nation, in irgend einer Form von ihrem Wollen getragen, die Klassen und Erwerbskreise wirtschaftlich organisiert, endlich die Parteien als Zusammenfassungen gleichen Strebens im öffentlichen Leben die eigentlichen Träger des politischen Handelns. Selbst das Konsumenteninteresse, das als wirtschaftliche Realität eine bloße Summierung von Individuen darstellt, empfängt eine bestimmte Formung als Ausdruck des städtischen Geistes, wie die Städte selbst nach Lebensstil und Lebensanschauung sich mit deutlicher Struktur bewußt aus dem Ganzen des Staates herausheben. So ist die Organisation das herrschende Prinzip der Gesellschaft geworden, ihr aber ist es eigentümlich mehr und anderes zu sein als eine Zusammensetzung ihrer Teile. Sie hat andere Funktionen, andere Interessen als sie sich aus der bloßen Addition der Individuen ergeben, und sie kann ihre Existenz nur durchsetzen, indem sie das Individuum nach wesentlichen Seiten hin beschränkt. Da jedoch andererseits der Individualismus, im geistigen Leben zur äußersten Schärfe emporgehoben, der dauernde Erwerb aus den Kämpfen der Selbstbefreiung der Vernunft bleibt, ergeben sich neue Konflikte zwischen dem Recht des einzelnen und dem Recht der Gesellschaft auf allen Abstufungen ihrer Organisation. Philosophisch, religiös, ethisch und ästhetisch ist dieser Kampf auf der ganzen Linie entbrannt. Politisch bleibt der Freiheitsbegriff in dem Ringen der Parteien des Neuen und

des Alten gebannt. Allein auch die Stellung des Individuums in der Partei enthält ein Problem, das tiefste Problem, das Freiheitsproblem der Zukunft, das sich in der Gegenwart deutlich genug ankündigt.

Den modernen Individualismus aber scheidet auf immer von dem der Aufklärungszeit, daß er sich das Recht nicht mehr zugestehen kann von sich aus die Welt zu bestimmen. Er ist in seiner absoluten Form an den Tatsachen des sozialen Lebens und an ihrer geschichtlichen Erkenntnis gescheitert. Nie war die Menschheit ein Faktor der Geschichte, nie war es der einzelne Mensch anders als indem er durch das Medium sozialer Organisationen wirkte. Darum können die rein additionellen Wertbegriffe, wie sie die Aufklärungszeit geschaffen hat, wie sie dem Liberalismus in schroffstem Gegensatz zum Sozialismus zugrunde liegen, dem Denken unserer Tage kein Höchstes, am wenigsten ein Absolutes sein. Der Mehrheitsbegriff, das Glück der größten Zahl usw. sind nur Behelfe zur Entscheidung über komplizierte Tatbestände. In Wahrheit bewegt sich das Leben zwischen den sozialen Größen Nation, Staat, Klasse, Partei, Erwerbskreis, Individuum. Und durch die Vorstellung dieser Größen wird der einzelne auch innerlich determiniert. Der reine Individualismus und das Weltbürgertum sind nur noch als literarische Erscheinungen möglich. Der politisch und sozial Tätige ist ein Mensch der Kompetenzen und der bestimmt begrenzten Verantwortungen. Wie auch immer der einzelne Politiker und die Partei ideell gerichtet sein mögen, ihr Handeln muß national und klassenmäßig orientiert sein, weil sie ihre Aufgaben auf dem Boden einer Nation und bestimmter Klassen durchzuführen haben. Das Glück des Individuums und der größten Zahl findet sein Korrektiv in den Lebensbedingungen der sozialen Organisationen. Es ist kein Glück mehr, das sich errechnen läßt, sondern das divinatorisch aus den Entwicklungslinien des Heute in die Zukunft hinaus erfaßt werden muß.

XX
ADOLF HEPNER · AUSLIEFERUNG UND MENSCHENRAUB

1. DER FALL SAVARKAR



AVARKAR, dem von der britischen Regierung wegen Hochverrats verhafteten und zu lebenslänglicher Deportation verurteilten indischen Reformers, war es auf dem Transport gelungen vom Dampfschiff *Morea* in Marseille zu entkommen. Durch ein Versehen französischer Beamten am Hafenplatz oder durch deren Irreführung seitens der britischen Schiffsbehörden wurde der *politische Flüchtling* Savarkar, dem nach den bestehenden Gesetzen und Verträgen der Boden Frankreichs Zuflucht gewähren sollte, auf das Schiff zurückgebracht, das heißt rechtswidrig ausgeliefert. Es erfolgte sogleich diplomatische Intervention; Frankreich verlangte Rückgabe der Person Savarkars; England beruhigte das Pariser Kabinett durch einen Kompromiß: Anrufung des Haager Schiedsgerichts. Und ehe dieses noch sein Urteil abgeben konnte, versicherte sich England seines *Hochverrätters* durch eine zweite Anklage: Mitschuld Savarkars an der Ermordung des Steuerbeamten Jackson im Theater zu Nasik am 21. Dezember 1909. Wenn das Haager Schiedsgericht die Rückgabe Savarkars, als eines *politischen Flüchtlings*, an Frankreich verfügt hätte, konnte England wegen der

zweiten Anklage, die ebenfalls sehr rasch durch Verurteilung zu lebenslänglicher Deportation erledigt ward, den Gefangenen zurückbehalten. Inzwischen ist Ende Februar der Haager Entscheid eingetroffen; er lautete:

»Selbst wenn durch die Verhaftung und Übergabe Savarkars an die britische Polizei eine Unregelmäßigkeit vorgekommen ist, gibt es doch im internationalen Recht keine Regel, nach der eine Macht einen Gefangenen, den sie in Händen hat, auszuliefern hätte, weil von dem ausländischen Agenten, der ihn übergab, ein Fehler gemacht worden ist.«

Eine Londoner Korrespondenz des Berliner *Vorwärts* bemerkte hierzu:

»Diese Auslegung des internationalen Rechts öffnet der Polizeiwillkür Türen und Tore. Eine Reihe Ereignisse der letzten paar Jahre hat bewiesen, welche enge Fühlung zwischen der politischen Polizei der europäischen Großstaaten besteht. Nach dem obigen Präzedenzfall handelnd, brauchte sich die Polizei, um eines verhaßten politischen Flüchtlings habhaft zu werden, nur mit der Polizei des Landes, in dem der Verbrecher weilt, in Verbindung zu setzen. Das Opfer könnte dann unter irgend einem Vorwand verhaftet und aus dem Land geschmuggelt werden, und dieses gewalttätige Vorgehen wäre nicht ungesetzlich.«

Gewiß kann das geschehen, aber nicht erst seit heute und gestern. Der Haager Schiedsspruch hat die Sache keineswegs verschlimmert, da es immer zwei Methoden der Auslieferung gab: eine direkte, im Weg diplomatischen Verkehrs unter Sachprüfung sowie eine indirekte durch Überrumpelung, Überlistung, eventuell falsche Beschuldigung in Verbindung mit Vergewaltigung des Häftlings behufs seiner raschen polizeilichen Fortschaffung. Im Auslieferungswesen konnte niemals ein vernünftiges System allgemeine Geltung erlangen, weil allenthalben die Landespolizei die Befugnis hat einen mißliebigen Ausländer an die Grenze, das heißt über die Grenze, wo der benachrichtigte und ihn erwartende Gendarm des Nachbarlands postiert ist, *absuschieben*. Daß zwischen Nachbarländern die erwähnte Methode häufig zur Umgehung der völkerrechtlichen Usancen, nach denen eine Auslieferung politischer Flüchtlinge nicht stattfinden soll, angewandt wird, ist allgemein bekannt. Durch Polizeigefälligkeiten mehrerer Länder könnte daher auch eine Regierung mitunter, wenn das in diplomatischen Weg einzuschlagende Auslieferungsverfahren ihr unsicher oder zu langsam erscheint, einer zur Bestrafung gesuchten politischen Person aus weiter Ferne habhaft werden.

Der Haager Spruch bietet aber auch darin kein Novum, daß er es für unmöglich erklärt eine auf krummem Weg vollzogene Auslieferung rückgängig zu machen, wofern es nur den Anschein hat, daß die *Unregelmäßigkeit* des Verfahrens nicht der ersuchenden Macht zur Last fällt. In den mir zugänglichen deutschen Völkerrechtslehrbüchern finde ich zwar keinen den Haager Spruch bestätigenden Passus. Dagegen gibt der offizielle amerikanische Völkerrechtskodex, das im Auftrag des Staatsdepartements von dessen damaligem ersten Juristen Francis Wharton 1886 herausgegebene 3bändige *Digest of the International Law of the United States*, vollen Aufschluß. Dort heißt es in § 279:

»Ein Gefangener, der als Justizflüchtling festgehalten wird, ist auf Grund der Verfassung der Vereinigten Staaten berechtigt mittels Habeaskorpusverfahren seinen Fall vor einem Bundesgericht prüfen zu lassen; er kann jedoch, wenn er durch einen an ihm begangenen Akt von Menschenraub ins Jurisdiktionsgebiet gelangt ist, aus diesem Grund allein nicht freigelassen werden.«

Das heißt zunächst, daß ein in den Vereinigten Staaten auf Verlangen des Auslands zur Auslieferung Verhafteter an das Bundesgericht appellieren darf, wenn er die Unrechtmäßigkeit seiner Auslieferung dartun will, was bekanntlich vielfach schon mit Erfolg geschehen ist; daß die Vereinigten Staaten aber auch, wenn es dem Ausland gelänge eine zur Bestrafung gesuchte Person

gewaltsam zu entführen, deshalb nicht reklamieren würden, vorausgesetzt, der Fall läge so, daß die Auslieferung bewilligt worden wäre.

Wir sehen also, daß der Haager Spruch sich durchaus im Rahmen des traditionellen Völkerrechts hält. Das Wort von den *beati possidentes* hat tatsächlich politische Geltung, wenn im Interesse der herrschenden Justiz Menschenraub verübt wird, wie es soziale Geltung zur Stütze derer hat, die — gleichviel, durch welche Mittel — zur ökonomischen Herrschaft gelangen. Der amerikanische Kodex geht sogar viel weiter als das Haager Erkenntnis. Denn dieses erklärt nur einen Irrtum oder ein Versehen der ersuchten Partei für unerheblich, während nach der amerikanischen Auffassung auch die mittels Verbrechens erfolgte Versetzung eines (auslieferungswürdigen) Flüchtlings ins Jurisdiktionsgebiet sich nicht rückgängig machen läßt, unbeschadet der Frage, ob die Entführung das Werk von Individuen war oder in letzter Instanz auf Veranlassung des Staates erfolgte, der jene Person zur Bestrafung suchte.

2 · DER FALL MOYER-HAYWOOD



FT hat der sozialistische Leser schon vom Auslieferungsfall Moyer-Haywood gehört. Hier soll er nun gerade in Verbindung mit der oben zitierten alten Rechtspraxis erörtert werden. Moyer, Haywood und Pettibone, die 3 sozialistischen Führer der *Western Miners' Federation*, hatten sich bei den Grubenbesitzern von Colorado und Idaho den Ruf leibhaftiger Satane erworben. Zur fluktuierenden Bergarbeiterbevölkerung jener Gegenden gehören allerdings auch Leute, die niemand zu den Engeln zählen würde. Alle möglichen Charaktere tauchen dort auf und nieder. Brutalität auf der Seite der Grubenbesitzer erzeugt zudem Wildheit auf der der Bergarbeiter. Und so fehlte es denn bei Lohhreduktionen, Ausständen und Ausschlüssen nicht an Gewalttaten einzelner Arbeiter, an Explosionen, Zugentgleisungen usw. Ein Teil davon war allerdings von den Monopolisten bestellte *Pinkerton*arbeit. Man würde jedoch zu weit gehen, wollte man alle Schuld von den Arbeitern abwälzen, zumal die Nichtorganisierten in Amerika bei Lohnwirren in der Regel die ersten sind, die zu Ausschreitungen sich hinreißen lassen. Die Besitzer versuchten freilich gelegentliche individuelle Verzweiflungsausbrüche den Gewerkschaftern, vor allem den genannten Führern, zur Last zu legen und klagten schließlich Moyer, Haywood und Pettibone als Anstifter der Ermordung des Exgouverneurs Steunenberg von Idaho an. Die Bezichtigten lebten in Denver, der Hauptstadt Colorados. Damit ihnen in Idaho der Prozeß gemacht werden konnte, mußte der Gouverneur von Idaho ihre Auslieferung vom Gouverneur von Colorado erlangen. Das amerikanische Gesetz gestattet, wie wir oben sahen, jedem zur Auslieferung Verhafteten ein Habeaskorpusgesuch ans Bundesgericht. Dort hätten die Verhafteten nachgewiesen, daß sie weder mit dem Exgouverneur Steunenberg noch mit seiner Ermordung etwas zu tun hatten, und das Motiv des Mordes außerhalb der Bestrebungen des Bergarbeiterverbands zu suchen sei. Es galt also das zu erwartende Habeaskorpusgesuch auf alle Fälle zu verhindern. Dies geschah in folgender Weise: Der Gouverneur von Colorado ließ die Bezichtigten spät am Sonnabend, den einen kurz vor 9 Uhr abends, den andern kurz vor Mitternacht verhaften, also zu einer Stunde, wo kein Richter und kein Anwalt mehr im Bureau waren. Verwandte oder Freunde holen zu lassen, durch die ein Richter oder Anwalt von dem Vorgefallenen hätte benachrichtigt werden kön-

nen, wurde den Gefangenen verwehrt, und am nächsten Morgen zwischen 4 und 5 wurden sie heimlich mittels Extrazugs nach Idaho gebracht. Allen diesen Angaben der Gefangenen ist in den Akten nicht widersprochen worden. Daraus erhellt, daß ihnen durch eine geheime Verständigung zwischen dem ersuchenden und dem ersuchten Gouverneur das verfassungsmäßige Recht auf ein Habeaskorpusverfahren entzogen worden ist. Als sie dann vom Idahoer Gefängnis aus ihr Habeaskorpusgesuch absandten, wies das Bezirksbundesgericht ihren Freilassungsantrag auf Grund der oben erwähnten Regel mit folgenden Worten zurück:

»Wir haben über die Methoden, durch die der Staat Idaho in den Besitz seiner Gefangenen gelangte, nicht abzuurteilen; da er behauptet eine Mordanklage gegen sie begründen zu können, ist das Habeaskorpusgesuch abzuweisen.«

Das Oberbundesgericht stimmte der Unterinstanz bei, mit Ausnahme des Mitglieds McKenna, der übrigens sonst niemals als besonders liberal bekannt war. Er sagte in seinem Sondergutachten:

»Diese Gefangenen sollten freigelassen werden, obwohl wir in 2 früheren Fällen entschieden haben, daß die Methoden der Auslieferung nicht unserer Beurteilung unterliegen. In jenen beiden Fällen ist der Gefangene nicht durch Unrecht eines Staates sondern eines Individuums in das Jurisdiktionsgebiet gelangt. Hier ist es aber der Staat selbst, dem ein Unrecht zur Last fällt, oder vielmehr: die Verbindung oder Verschwörung der Staaten Idaho und Colorado zum Verbrechen des Menschenraubs liegt unserer Begutachtung vor. Diese beiden Staaten haben durch Mißbrauch ihrer Gewalt Rechte, die den Bezichtigten verfassungsmäßig zustehen, unterschlagen, und darum halte ich ihr Habeaskorpusgesuch für wohlbegründet. Wenn durch die von einem Individuum begangene Tat des Menschenraubs eine Person der Justiz eines andern Staats überliefert wird, mögen wir die Frage, wie der Staat in den Besitz des Gefangenen gelangt ist, als nebensächlich erklären. Begehrt aber ein Staat durch seine Beamten das Verbrechen des Menschenraubs, wie in diesem Fall, dann müssen wir diesem Staat das Recht die Gefangenen zu behalten absprechen.«

McKennas gesunde Logik blieb in der Minorität; die anderen Richter wußten seine Unterscheidung zwischen dem Unrecht eines Individuums und dem einer Staatsmacht nicht zu würdigen.

Für den europäischen Beurteiler ist übrigens zur Orientierung hinzuzufügen, daß in der amerikanischen Jurisprudenz und Verwaltungspraxis die Präzedenzfälle eine außerordentlich starke Rolle spielen. In unserer ungenügend unterrichteten Parteipresse ist die Sache bisher immer so dargestellt worden, als ob das Bundesobergericht aus bloßer Arbeiterfeindseligkeit die gegen Moyer und Genossen begangenen Verbrechen der Staaten Idaho und Colorado ignoriert habe. Ich bestreite das. Es ist vielmehr die bekannte Abneigung amerikanischer Richter von Präzedenzfällen abzuweichen gewesen, die den unklugen Entscheid zuwege gebracht hat. Der Präzedenzfall lautete: Durch Menschenraub ins Jurisdiktionsgebiet gelangte Gefangene haben wegen dieses an ihnen verübten Verbrechens allein keinen Anspruch auf Freilassung. McKenna freilich unterscheidet vernünftig zwischen individuellem und behördlichem Verbrechen. Aber das liegt nicht prinzipiell im Präzedenzfall ausgedrückt, sagen die anderen, die Orthodoxen; wir richten uns nur nach dem Präzedenzfall.

Die Orthodoxie ist allenthalben die selbe: in der Theologie, in der Juristerei und in der Politik; und überall gleich unfruchtbar, aumaßend und vergewaltigend:

Der Entscheid des Oberbundesgerichts wirkte in den Reihen der Arbeiter entmutigend. Daß der höchste Gerichtshof des Landes kein Wort des Tadels für die von den Gouverneuren der beiden Staaten verübten Amtsverbrechen hatte,

war uns schier unfaßlich. Acht Tage später erst wurde McKennas Sondergutachten bekannt, und nun begann sich im Zentrum der Moyer-Haywood-Agitation, im Lager des *Appeal to Reason*, die Entrüstung über das Oberbundesgericht und die gesamte amerikanische bourgeoise *Freiheitsauffassung* in einer Weise Luft zu machen wie dies eben nur in Amerika möglich ist: Ich meine die berühmte *1000 Dollar-Belohnung für Ergreifung und Entführung des flüchtigen Kentucky Exgouverneurs Taylor*.

3. DEBS' UND WARRENS AUSLIEFERUNGSREVANCHE

IM Staat Kentucky herrschte lange bittere Fehde zwischen Demokraten und Republikanern um die Hegemonie. Beide waren korrupt bis zum äußersten. Die Demokraten hatten obendrein einen Tollkopf zum Führer: einen jungen Deutschamerikaner zweiter Generation namens Göbel, der durch äußerste Rücksichtslosigkeit die Parteigegner, wenn sie in der Minorität waren, zur Verzweiflung trieb, indem er ihnen in der Legislatur alle Rechte, die man sonst anstandshalber auch der Minderheit zugesteht, raubte; also ein Tyrann in des Wortes häßlichster Bedeutung. Bei der Gouverneurswahl war er der demokratische Gegenkandidat des zur Wiederwahl aufgestellten republikanischen Gouverneurs Taylor. Nach Ansicht des demokratischen Teils der Bevölkerung galt Göbel als gewählt, während die Republikaner natürlich für Taylor den Sieg beanspruchten. Beiderseitige mysteriöse Manipulationen bei der Stimmzählung trieben die Parteifeindseligkeiten auf den Siedepunkt. Göbel hatte alles getan, um die Wut der Gegner überschäumen zu lassen, und eines Mittags, während er, der mutmaßlich Gewählte, auf den Stufen des Kapitols stand, flog aus einem der Fenster eine Kugel, die dem Leben des jungen Parteigewaltigen ein Ende machte. Der Attentäter war ein höherer Staatsbeamter. Ein vollständiges Komplott, das sich bis in das Bureau des Gouverneurs Taylor erstreckte, wurde enthüllt. Und dieser entfloh in den Nachbarstaat Ohio, wo ein parteigenössischer, das heißt ein republikanischer Gouverneur dem Flüchtling seinen Schutz zusagte. Als der Gouverneur von Ohio vom Staat Kentucky um die Auslieferung Taylors ersucht wurde, erfolgte ablehnender Bescheid: »Die uns unterbreiteten Verdachtsmomente sind zur Bezeichnung Taylors nicht hinreichend.«

Diese Nichtauslieferung Taylors und die rechtswidrige Auslieferung von Moyer und Haywood wollte unser Genosse Debs in einem drastischen Schulbeispiel dem amerikanischen Volk vor Augen führen, und so erließ er im *Appeal to Reason* folgende in auffallenden Lettern gedruckte Bekanntmachung: »1000 Dollar Belohnung demjenigen, der sich des in Ohio befindlichen, der Teilnahme an der Ermordung Göbels bezichtigten, flüchtigen Exgouverneurs Taylor bemächtigt und ihn der Justiz des Staates Kentucky ausliefert.« Dann folgte eine Erläuterung: »Das Oberbundesgericht hatte gegen die von seinem Mitglied McKenna als Verbrechen des Menschenraubs gebrandmarkte gewaltsame Verschleppung von Moyer und Haywood aus Colorado nach Idaho nichts einzuwenden. Wir möchten nun einmal sehen, ob es strafbar ist einen flüchtigen Gouverneur nach eben der selben Methode dem Gericht zu überliefern.« Man wußte von vornherein, daß niemand, um die 1000 Dollar Belohnung zu verdienen, sich einer Zuchthausstrafe von vielen Jahren, die in solchem Fall wegen Menschenraubs drohte, aussetzen würde. Insofern war also Debs ziemlich sicher, daß niemand seine Aufforderung ernst nehmen würde. Ferner

konnte er sich sagen, daß der Flüchtling Taylor, wo er ging und stand, von Beschützern umgeben war, die einen Versuch zu seiner Vergewaltigung behufs Entführung nach Kentucky mit der Waffe blutig abzuschlagen bereit waren. Debs konnte auch sicher sein, daß der Staatsanwalt ihn nicht wegen Aufreizung zum Menschenraub anklagen werde, weil die Aufrollung der Moyer-Haywood-Auslieferung unter der Beleuchtung des McKennaschen Sondergutachtens, das bis heute von der kapitalistischen Presse totgeschwiegen ist, eine beschämende Bloßstellung des herrschenden Regimes herbeiführen mußte. So konnte denn der *Appeal to Reason* ungehindert jahrelang sein *Belohnungssteckenpferd* reiten, ohne daß ihm oder Taylor etwas geschah. Dann verfiel der *Appeal to Reason* auf die Idee das 1000 Dollar-Ausschreiben auf die Rückseite seiner Briefumschläge drucken zu lassen. Er fragte allerdings den Postmeister des Ortes, eines kleinen Nestes, Girard in Kansas, ob der Aufdruck statthaft sei, und erhielt bejahenden Bescheid. Aber was weiß ein Postmeister 4. Klasse, der im Hauptberuf Materialwarenhändler oder dergleichen ist, von der Auslegung gewundener Gesetzesparagrafen?

Die amerikanischen Postvorschriften enthalten im Abschnitt *Postwidrige Sendungen* unter anderen folgende Bestimmung:

»Verboten sind auf offenen Postkarten oder auf Briefumschlägen Zeichnungen, Epithete, Beinamen oder Ausdrücke unanständiger, lüsterner, obszöner, beleidigender, höhnischer, verspottender, ehrenrühriger Natur oder solche, die irgendwie, durch Form oder Inhalt, darauf berechnet sind auf den Charakter oder das Verhalten einer dritten Person ein schlechtes Licht zu werfen.«

Ob die schädlich wirkende Behauptung oder Anspielung wahr ist, darauf kommt es im vorliegenden Fall nicht an. Selbst wenn der Beweis für Taylors Teilnahme an der Ermordung Göbels erbracht wäre, darf auf einem Briefumschlag oder einer Postkarte nichts darüber verlauten. Man kann hier einwenden: Wenn eine Erklärung: *Exgouverneur Taylor ist unter Mordverdacht flüchtig* in der Presse straffrei bleibt, weil sie wahr ist, warum soll sie auf einem Briefumschlag ungesetzlich sein? Der Amerikaner will aber die Post, als eine gemeinnützige Institution, von allem, was *unschön* ist, freihalten. Deshalb sollen offene Karten wie Briefumschläge nicht mit Worten oder Zeichnungen bedeckt sein, die irgendeinen verletzen. Die Post soll neutrales Gebiet für alle bleiben. Und dieser Gesichtspunkt sollte von Sozialisten, denke ich, gerade so respektiert werden wie von jedem andern.

Genug, wegen dieses Briefumschlaggedruckes, den nach geraumer Frist ein Postinspektor entdeckte — die amerikanische Post hat ihren eigenen Detektivapparat — wurde der Chefredakteur Warren vom *Appeal to Reason* unter Anklage gestellt und von einem Bundesrichter zu der unsinnig hohen Strafe von 6 Monaten Gefängnis und 1500 Dollar verurteilt, welches Urteil von dem Präsidenten Taft neulich, auf Anregung eines etwas liberalen Kongreßabgeordneten aus dem Westen, aber, ohne daß Warren ein Gnadengesuch eingereicht hätte, in eine bloße Geldbuße von 100 Dollar abgeändert wurde. Ich möchte hierbei der Ansicht entgegentreten, daß die gegen Warren erhobene Anklage dem Sozialismus als solchem galt. In jedem Bundesgericht sind stetig Anklagen wegen Verletzung der Postgesetze anhängig, speziell wegen der oben zitierten Bestimmung. Ich habe alle paar Wochen in der von mir redigierten Zeitung, in der Rubrik *Bundesgericht*, von Fällen dieser Art, besonders Beleidigungen auf offener Postkarte, Kenntnis zu nehmen Gelegenheit gehabt. Da der *Appeal to Reason* im Lauf der Zeit ungezählte Zehntausende jener gesetzwidrigen

Kuverts ins Land geschickt hat, ist es schließlich kein Wunder, daß auch der Postinspektor eins in die Hände bekam und aus eigener Initiative beim Bundesanwalt Strafantrag erhob.

Weder die 1000 Dollar-Belohnungsanzeige des *Appeal to Reason* noch der Warrenprozeß verdienten den hohen Grad von Beachtung, der in der Partei dieser, sagen wir es gerade heraus: amerikanischen Reklame zuteil ward. Die Verdienste des Genossen Debs und des *Appeal to Reason* um die Partei sind allerdings so groß, ihre systematische Arbeit und Hingebung zur Erweckung des Solidaritätsgefühls der amerikanischen Gewerkschaften in der Affäre Moyer-Haywood so anerkennenswert, daß man mit ihnen wegen gelegentlicher Extravaganzen oder gewisser, einem geläuterten Geschmack unzusagender Propagandamethoden nicht viel rechten darf. Auch hat es nichts Bedenkliches auf sich, daß der spezifisch amerikanische Teil der Partei, der eben noch jung ist, seinem Jugendübermut durch eine Handlung, die, wie jene 1000 Dollar-Belohnung, halb Ernst halb Scherz ist, Luft macht. Aber der beste Witz wird fade, wenn er sich in Permanenz erklärt wie hier die Briefumschlagsproklamation. Der Fall Warren zog sich nicht durch Tage und Wochen sondern über Jahre hinaus, währenddessen man den Genossen zumutete alle ihre Aufmerksamkeit diesem Gegenstand ausschließlich zuzuwenden. Einmal wagte die *New Yorker Volkszeitung* die schüchterne Bemerkung, daß man in Europa wegen 6 Monate Gefängnis nicht so viel Aufhebens mache, weil die Zahl der Redakteure und Agitatoren, die daran glauben mußten und müssen, Legion sei. Bald aber fügte sich das Blatt der Losung *Massendemonstrationen, wenn Warren ins Gefängnis gehen müßte* und wirkte zur Veranstaltung von Arbeiterkundgebungen großen Stils wegen des *Martyriums* Warrens mit. Unter diesen Umständen darf man es als einen Glückszufall betrachten, daß Präsident Taft — wenn auch vielleicht nur aus Gründen der *captatio benevolentiae*, die dem amerikanischen Politiker stets naheliegen — durch Begnadigung Warrens, das heißt Erlaß der Gefängnishaft und Ermäßigung der Geldbuße von 1500 auf 100 Dollars, der Affäre Warren ein Ende bereitet hat.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Genossenschaftsbewegung / Gertrud David

Hygieneausstellung Wie seinerzeit mitgeteilt wurde, beabsichtigten der Zentralverband und die *Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine* sowie einige größere Einzelgenossenschaften sich an der vom Mai bis Oktober in Dresden stattfindenden internationalen Hygieneausstellung durch Ausstellung von Tabellen, graphischen Darstellungen, Modellen und Plänen, Warenproben etc. zu beteiligen. Nachdem nun bekanntlich den Gewerkschaften, die eine Darstellung der Heimarbeit geben wollten, die Beteiligung an der Ausstellung unter dem fadenscheinigen

Vorwand untersagt wurde, daß diese wahrscheinlich *tendenzlos* gestaltet werden würde, haben auch die Konsumgenossenschaften ihre Zusage wieder zurückgezogen (siehe die Rubrik *Gewerkschaftsbewegung*, in diesem Band, pag. 510ff.). In der *Konsumgenossenschaftlichen Rundschau* wird diese Absage damit motiviert, daß das Verhalten der Ausstellungsleitung ein solches Maß von Abhängigkeit von Unternehmerkreisen verrate, daß die Befürchtung vorliege, auch den Gegnern der Konsumvereine gegenüber würde ein ähnlicher Mangel an Selbständigkeit zutage treten, und es müsse darunter die Ausstellung naturgemäß leiden. Auch hatten die größeren Einzelvereine, deren Mitglieder sich doch zum

großen Teil aus Gewerkschaftskreisen zusammensetzen, nach der Wegtreibung der Gewerkschaften sofort erklärt, daß sie nunmehr auf eine Beteiligung verzichten; Zentralverband und Großeinkaufsgesellschaft allein hätten aber doch nur ein unvollständiges Bild der Bewegung geben können. Jedenfalls ist dieser Solidaritätsakt der Konsumvereine gegenüber den Gewerkschaften sehr zu begrüßen.

Internationale Statistik X

Einer vom *Internationalen Genossenschaftsbulletin* veröffentlichten Übersicht über den Stand der Konsumvereinsbewegung in den wichtigsten Genossenschaftsländern im Jahr 1909 entnehmen wir folgende Ziffern, die sowohl die absolute Größe der Bewegung als auch ihre relative Stärke und Intensität widerspiegeln. Es waren demnach in dem genannten Jahr vorhanden:

Land	Zahl der bereichernden Konsumvereine	Zahl der Mitglieder überhaupt	pro Verein	Umsatz überhaupt in 1000 Mark	pro Mitglied in Mark
Großbritannien	1430	2 469 839	1726	1 406 901	569,70
Deutschland	1405	1 334 444	950	356 889	267,30
Frankreich	2583	762 283	295	194 222	267,80
Schweiz	290	204 254	704	71 040	347,80
Belgien	300	113 085	141	44 703	404,20
Dänemark	379	250 106	659	54 648	222,30
Schweden	376	65 421	174	24 429	460,30

Die Präponderanz Großbritanniens in jeder Beziehung tritt aus dieser Tabelle deutlich hervor. Nur an Zahl der Vereine wird es von der zersplitterten französischen Bewegung übertroffen; doch

hat England bei weitem die größten Mitgliederziffern sowohl absolut als auch pro Verein, und ebenso steht es mit seinen Umsatzziffern insgesamt wie auch pro Mitglied durchaus an erster Stelle. Ihm folgt Deutschland mit etwas über der Hälfte von Mitgliedern, aber nur einem Viertel des Umsatzes. Einem Durchschnittsumsatz von 570 Mark pro Mitglied in England steht hier nur ein solcher von 267 Mark gegenüber, worin sich die viel schwächere Entwicklung in die Tiefe dokumentiert. Frankreich zeichnet sich, wie schon erwähnt, durch seine vielen, aber verhältnismäßig schwachen Vereine aus. Der Durchschnittsumsatz ist etwa der gleiche wie in Deutschland. Ein sehr gut entwickeltes Konsumgenossenschaftswesen hat die kleine Schweiz, die mit 7704 Mitgliedern im Durchschnitt pro Verein Deutschland fast erreicht und mit 348 Mark Durchschnittsumsatz pro Mitglied es sogar bedeutend übertrifft. Die geringen Mitgliederziffern der dänischen Konsumvereine erklären sich aus dem fast durchweg ländlichen Charakter der dortigen Bewegung. In Belgien haben wir eine relativ hohe Durchschnittsmittgliederziffer, die aber vornehmlich durch das Vorhandensein einiger Riesenvereine bedingt ist, dabei aber den niedrigsten Umsatz pro Mitglied. Schweden endlich hat im ganzen noch eine recht schwach entwickelte Bewegung, die sich aber durch eine auffallend hohe Umsatzziffer pro Mitglied auszeichnet.

Über den Umsatz der Großeinkaufsgesellschaften im Jahr 1910 macht das *Internationale Genossenschaftsbulletin* folgende Mitteilungen. Die Umsätze betragen, soweit bis jetzt Angaben darüber vorliegen:

Land	Umsatz Mark	Zu- oder Abnahme gegenüber 1909	
		Mark	%
England	531 356 660	+17 837 900	+ 3,37
Schottland	154 763 160	+ 5 620 440	+ 3,63
Deutschland	88 669 649	+13 753 836	+18,36
Ungarn	15 973 791	+ 2 290 816	+16,75
Finnland	10 888 062	- 369 341	- 3,3
Holland	5 383 687	+ 1 030 793	+24,0
Norwegen	1 073 886	+ 353 020	+49,0

Mit Ausnahme der finnländischen weisen also alle Großeinkaufsgesellschaften eine Steigerung ihres Umsatzes auf. England und Schottland marschieren immer noch ganz an der Spitze, in weitem Abstand folgen erst Deutschland und die übrigen Länder.

X X

Zentralverband deutscher Konsumvereine In der *Konsumgenossenschaftlichen Rundschau* erstatet der Vorsitzende Max Radestock Bericht über die Tätigkeit des *Zentralverbands deutscher Konsumvereine* im Jahr 1910. Der *Zentralverband* hat im abgelaufenen Jahr einen recht erfreulichen Aufschwung erfahren. Die Zahl der *Verbandsvereine* stieg von 1077 auf 1109, die der Mitglieder von 1 047 975 auf 1 171 763, was einer Zunahme von 123 788 entspricht, gegenüber einer solchen von 81 071 im Vorjahr. Der Umsatz im eigenen Geschäft vermehrte sich von 273 371 303 Mark im Vorjahr auf 306 931 612 Mark in 1910. Verhältnismäßig noch stärker, nämlich von 44 776 482 auf 53 342 684 Mark stieg der Wert der in eigenen Werkstätten und Fabriken hergestellten Waren. Endlich sei noch erwähnt, daß das eigene Kapital der Konsumvereine (Geschäftsanteile und Reserven) eine Zunahme von 26 132 875 auf 33 111 247 Mark erfuhr. Wie der Bericht hervorhebt, kommen in der Entwicklung des *Zentralverbands* immer mehr die Tendenzen auf Konzentration zum Ausdruck. Vor allem in Thüringen, Nordwestdeutschland und im Rheinland werden mehr und mehr kleine und kleinste Vereine von benachbarten großen Vereinen übernommen. Die Zahl der Bezirksvereine ist in ständigem Wachsen begriffen. Auch das Streben nach Stärkung der Kapitalkraft macht sich immer stärker geltend. Vereine, die zur Eigenproduktion übergangen, haben die Geschäftsanteile von 30 auf 50 bis 60 Mark erhöht, die Reserven werden bei den alljährlichen Gewinnverteilungen immer stärker bedacht.

Vorstand und Aufsichtsrat des *Zentralverbands* hatten, wie gewöhnlich, eine reiche Arbeitsfülle zu erledigen, zu welchem Ende eine Anzahl gemeinschaftlicher Sitzungen abgehalten wurde, an denen sich teilweise auch der Generalsekretär beteiligte. Außer den laufenden Arbeiten, die mit der Leitung des *Verbands*, der Vorbereitung und dem Besuch der *Genossenschaftstage* usw. verbunden sind, erledigten die genannten Körperschaften noch folgende Punkte: Bestellung Dr. Reinhold Riehns zum Rechtsbeirat des *Zentralverbands*, Ernennung des Redakteurs der *Rundschau*, Dr. Hans Müller, zum stellvertretenden Generalsekretär, Organisation des Feuerversicherungswesens der Konsumvereine, Beschluß über die Schaffung eines Licht- und Kraftwerks für die Zentrale am Besenbinderhof, die Verlagsanstalt und

die *Großeinkaufsgesellschaft*, Wahl Dr. Cassaus zum zweiten Redakteur der *Rundschau*, Anknüpfung von Verbindungen mit dem Vorstand des Handlungsgehilfenverbands zwecks Schaffung eines Arbeitsnachweises für kaufmännische Genossenschaftsangestellte.

Der *Kassenbericht* des *Zentralverbands* weist 75 773 Mark Einnahmen auf, darunter 34 976 Mark Beiträge der Revisionsverbände, der *Großeinkaufsgesellschaft* und der Verlagsanstalt, 10 000 Mark Extrazugewendungen der *Großeinkaufsgesellschaft*, 11 045 Mark Rückvergütung vom *Konsumgenossenschaftlichen Volksblatt* und 19 753 Mark Kassenbestand. Die Ausgaben in Höhe von 44 304 Mark setzen sich zusammen aus 10 666 Mark Unkosten für Genossenschaftstage und Sitzungen, 33 033 Mark für Freiemplare des Jahrbuchs und der *Rundschau* und 605 Mark Beiträge an den *Internationalen Genossenschaftsbund*.

Hamburg, Produktion Das am 31. Dezember 1910 beendete 12. Geschäftsjahr der *Hamburger Produktion*

stand im Zeichen der aufsteigenden Konjunktur und der Lebensmittelteuerung. Die letztere ist es, die neben dem wachsenden Verständnis der Arbeiter immer größere Scharen Käufer der Genossenschaft zuführt. Die Zahl der Mitglieder vermehrte sich im Jahr 1910 von 41 875 auf 48 312. Damit dürfte die *Produktion* der Mitgliederzahl nach an die Stelle des zweitgrößten deutschen Konsumvereins gerückt sein. Noch stärker stieg der Umsatz, nämlich von 10 045 936 Mark im Vorjahr auf 13 107 169 Mark im Berichtsjahr. An dieser Umsatzsteigerung ist besonders stark die Schlächtereiteiligt, die einen enormen Aufschwung genommen hat. Der Wert der von ihr verkauften Produkte stieg von 2 664 189 Mark = 26,4 % des Gesamtumsatzes der Genossenschaft auf 3 865 404 Mark = 29,1 % des Gesamtumsatzes. Auch die Bäckerei hat sich schön entwickelt. Ihr Umsatz stieg von 1 330 099 Mark im Vorjahr auf 1 536 657 Mark in 1910. An Eigenbetrieben der Genossenschaft sind ferner noch die Mineralwasserfabrik, die Tischlerei, Klempnerei, Schlosserei und Schmiede zu nennen, die letzteren natürlich nur für den eigenen Geschäftsbedarf des Unternehmens. Zu den zu Beginn des Jahres bestehenden 60 Kolonialwaren-, 12 Schlächter- und 3 Bäckerläden kamen im Lauf des Jahres 9 Kolonialwaren-, 7 Schlächter- und 5 Bäckerläden hinzu; außerdem wurde ein Grün-

kramladen neu eröffnet, so daß die Zahl sämtlicher Verkaufsstellen am Jahres-schluß 98 betrug.

In der Bauabteilung der Genossenschaft wurden ein neues Speicher- und Maschinengebäude und mehrere Wohnungs- und Verkaufsstellenanlagen mit zusammen 122 Wohnungen und 12 Läden im Gesamtwert von 750 000 Mark errichtet. Der Wert aller der *Produktion* gehörigen Grundstücke hat sich damit auf 5 561 546 Mark erhöht.

Sehr befriedigen muß auch das finanzielle Ergebnis des Berichtsjahrs. Der Reingewinn betrug 655 847 Mark gegen 544 555 im Vorjahr. Er wurde den Mitgliedern in Form eines festgesetzten Rabatts von 4 % und einer nachträglichen Rückvergütung von 1 % des Umsatzes, zusammen also 5 %, gutgebracht. Das Geschäftsanteilkonto der Mitglieder ist nunmehr auf 747 405 Mark angewachsen, das Notfondskonto, von dem im Lauf des Jahres 8254 Mitglieder Abhebungen in Höhe von 213 563 Mark machten auf 682 787 Mark. Es sind jetzt 19 262 Mitglieder an diesem Konto beteiligt. Endlich sei noch erwähnt, daß die *Produktion* zum Schluß des Jahres 948 Personen beschäftigte, davon 61 in der Leitung und im Bureau, 559 im Lager und in den Verkaufsstellen, 73 in der Bäckerei, 182 in der Schlächtereier usw.

Man darf wohl angesichts dieser glänzenden Entwicklung hoffen, daß die Hamburger Genossenschaft auch die Kraft haben wird sich der jetzt gegen sie geplanten steuerlichen Schläge zu erwehren. Die Hamburger Senats- und Bürgerschaftskommission hat kürzlich einen Antrag angenommen, wonach die Konsumvereine mit einer Steuer auf den Reingewinn belegt werden sollen, die für die *Produktion* eine Mehrbelastung von 75 000 Mark, für die anderen Hamburger Konsumvereine eine solche in etwa der gleichen Höhe bedeuten würde, so daß also die reiche Stadt Hamburg von den doch meist den unbemittelten Kreisen angehörenden Mitgliedern der Hamburger Konsumvereine jährlich eine Steuer von 150 000 Mark erpressen würde. Das Unglaubliche dabei ist, daß der Steuer nicht das wirkliche Einkommen der Konsumvereine, sondern ein fingiertes Einkommen in Höhe von 8 % des Umsatzes zugrunde gelegt werden soll.

X **Kurze Chronik** **X** In der Reichstags-sitzung vom 13. März, in der die Beratung über den Etat des Innern stattfand, wurden von meh-

ren Rednern auch die Konsumvereine gestreift. Der antisemitische Abgeordnete Rieseberg stellte im Interesse des Mittelstands die Forderung einer Reichs-umsatzsteuer für die Giftpflanzen Warenhäuser und Konsumvereine auf. Auch der Konservative Graf von Carmer-Zieserwitz verlangte eine stärkere Heranziehung der bisher »so gut wie gar nicht besteuerten Konsumvereine«. Gegen jede Extrabesteuerung der Konsumvereine wandten sich der Zentrumsabgeordnete Giesberts und der Sozialdemokrat Sasse, während Staatssekretär Dr. Delbrück betonte, daß es sich hier um keine der Kompetenz des Reiches unterstehende Materie handele, weshalb er den Bundesstaaten ein Vorgehen gegen die Mißstände, die dem Kleinhandel aus dem Bestehen jener modernen Betriebsformen des Handels entstünden, überlassen müsse. X Die Konsumgenossenschaft *Hoffnung* in Köln feierte am 10. März das Fest ihres 10jährigen Bestehens. Die Genossenschaft, deren erste Verkaufsstellen nicht in Köln sondern in Mülheim am Rhein eröffnet wurden, zählte am Schluß des letzten Geschäftsjahrs 1909-1910 rund 20 000 Mitglieder, die in 46 Verkaufsstellen des eigenen Geschäfts 4 565 000 Mark und im Lieferantengeschäft 2 943 000 Mark umsetzten. Die Genossenschaft besitzt eine eigene große Bäckerei mit 10 Doppelauszugöfen, Zentrallager mit elektrischer Kraft- und Lichtanlage usw.

Kommunalpolitik / Hugo Lindemann

Feuerbestattung Am 28. Februar hat die preußische Regierung dem Abgeordnetenhaus den Entwurf eines Gesetzes über die Feuerbestattung vorgelegt. Die 1. Beratung fand am 22. März statt. Der Entwurf wurde dann einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen, die am 29. März die 1. und am 31. März die 2. Lesung vornahm. Der Entwurf bindet in § 1 die Einrichtung einer Feuerbestattungsanlage an die landespolizeiliche Genehmigung. Er stellt sich also auf den Boden der Zulassung der Feuerbestattung. Bei dem Widerstand, der von den Konservativen und dem Zentrum, also den beiden Parteien, die die große Mehrheit im preußischen Abgeordnetenhaus besitzen, bisher mit großer Zähigkeit gegen die Einführung der Feuerbestattung geleistet wurde, hatte die Regierung allen Anlaß die Schwenkung, die sie in der Frage vorgenommen hatte, sorgfältig zu begründen. Der größere

Teil der Begründung trägt daher auch die Momente zusammen, die in der letzten Zeit zugunsten der Feuerbestattung hervorgetreten sind. Der Entwurf weist zunächst darauf hin, daß die Zahl ihrer Anhänger auch in Preußen von Jahr zu Jahr erheblich gewachsen ist und daß, abgesehen von einer Reihe außerdeutscher Staaten wie England, Frankreich, Italien, Norwegen, Schweden, Dänemark etc., die Feuerbestattung jetzt auch in 13 deutschen Bundesstaaten Eingang gefunden hat. In den 23 Krematorien dieser Staaten sind im Jahr 1909 annähernd 5000 Leichen verbrannt worden, von denen ein großer Prozentsatz aus Preußen stammte. Der Entwurf hebt dann weiter hervor, daß die evangelische Kirche ihre ablehnende Haltung gegen die amtliche Beteiligung der Geistlichen bei den Feuerbestattungsakten in neuerer Zeit merklich gemildert habe. Allerdings halte die katholische Kirche noch an ihrem Widerspruch fest und lehne nach wie vor eine Vornahme geistlicher Amtshandlungen bei der auf Anordnung eines verstorbenen Mitglieds ihrer Kirchengemeinschaft vorzunehmenden Feuerbestattung unbedingt ab. Von keiner Religionsgemeinschaft werde aber behauptet, daß der Feuerbestattung ausdrückliche göttliche Gebote oder kirchliche Dogmen entgegenstehen. Schließlich hätten auch die Bedenken, die vom Standpunkt der Strafrechtspflege gegen die Feuerbestattung erhoben würden, nach dem heutigen Stand der medizinischen und chemischen Wissenschaft eine wesentliche Abschwächung erfahren und könnten keine ausschlaggebende Bedeutung mehr beanspruchen. Die Zahl der Fälle, in denen die Ausgrabung beerdigter Leichen Anhaltspunkte zur Aufdeckung von Verbrechen geliefert hat, ist im Verhältnis zur Gesamtzahl der Beerdigungen verschwindend gering. Sichere Feststellungen an Leichen, die bereits der Erde übergeben sind, werden durch den Verwesungsprozeß erheblich eingeschränkt und erschwert. Körperliche Verletzungen, wie Knochenbrüche, Schußwunden etc., lassen sich zwar an der ausgegrabenen Leiche noch nach Monaten mit Sicherheit feststellen, können aber auch an der frischen Leiche nicht übersehen werden, wenn die ärztliche Leichenschau nur mit einiger Sorgfalt ausgeführt wird. Innere Verletzungen der Haut und der Weichteile werden dagegen durch den Verwesungsvorgang in wenigen Wochen verwischt. Bei Vergiftungen vermochte die Ausgra-

bung in der Mehrzahl der Fälle keine Aufklärung zu bringen. Auf alle Fälle ist es möglich durch sorgfältige Ausübung der Leichenschau die Gefahr, daß durch Verbrennung einer Leiche die Spuren eines begangenen Verbrechens beseitigt werden, so weit herabzumindern, daß sie ohne Bedeutung sind.

Schließlich ist für die Stellungnahme der Regierung auch noch das bekannte Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts in der Klage des *Vereins für Feuerbestattung* zu Hagen in Westfalen gegen die Polizeiverwaltung entscheidend gewesen. Das Gericht hat festgestellt, daß die Feuerbestattung in Preußen an sich rechtlich zulässig ist, und nur so lange im Interesse der öffentlichen Ordnung polizeilich gehindert werden kann als nicht verschiedene, die Erdbestattung betreffende gesetzliche Vorschriften eine ihre Anwendbarkeit auf die Feuerbestattung ermöglichende Ergänzung erfahren haben.

Auf Grund dieser Überlegungen hat sich die Regierung entschlossen einen Entwurf auszuarbeiten, wobei sie damit rechnete, daß nach der Stellungnahme der beiden Häuser im Vorjahr ein grundsätzlicher Widerspruch gegen die fakultative Feuerbestattung keine Mehrheit mehr finden würde. Wie sehr sich die Regierung in dieser Auffassung getäuscht hat, beweisen die Kommissionsverhandlungen, die eine Ablehnung des Entwurfs mit Stimmengleichheit ergaben. Die Gründe, die von den Konservativen und dem Zentrum gegen die Feuerbestattung in der Plenarberatung angeführt wurden, sind die gleichen, mit denen schon seit Jahrzehnten operiert wird. Wir können es uns daher ersparen sie hier zu wiederholen und gegen sie zu polemisieren. Nur ein Punkt sei hervorgehoben. Die Intoleranz, mit der diese Kreise dem Wunsch großer Bevölkerungsteile nach Einführung der Feuerbestattung gegenüberstehen, kam in geradezu erschreckender Weise in den Verhandlungen zum Ausdruck. Durch den Ersatz des Wortes *Feuerbestattung* durch *Leichenverbrennung* suchte man den Vorgang herabzuwürdigen und der Bevölkerung zu verwehren. Geradezu abstoßend trat aber diese Intoleranz in der Forderung der beiden Parteien hervor, die die Verbrennung der Leichen in nacktem Zustand zur Vorschrift machen wollte.

Der Entwurf gibt in § 2 in erster Linie den Gemeinden und Gemeindeverbänden das Recht solche Feuerbestattungsan-

lagen einzurichten. Doch sollen neben den Gemeinden, die also in erster Linie als die geeigneten Träger des Feuerbestattungswesens gelten, auch andere Körperschaften des öffentlichen Rechtes für diese Aufgabe in Betracht kommen. Das können natürlich nur solche Körperschaften sein, denen die Verpflichtung zur Einrichtung und Unterhaltung der öffentlichen Begräbnisplätze gesetzlich obliegt. Nach den Bestimmungen des allgemeinen Landrechts kommen hier die Kirchengemeinden der öffentlich anerkannten Kirchengesellschaften und die jüdischen Synagogengemeinden in Frage. Sie sollen jedoch nur dann zugelassen werden, wenn die Zustimmung der für die Körperschaft zuständigen Aufsichtsbehörde vorliegt. Bei der wenig sympathischen Haltung, die die Kirchen der Feuerbestattung gegenüber einnehmen, wird also in der Hauptsache die Einrichtung der Feuerbestattungsanlagen durch die Gemeinden oder Gemeindeverbände erfolgen.

Die landespolizeiliche Genehmigung kann nach § 3 versagt werden, 1. wenn die Einrichtungen den technischen Anforderungen nicht entsprechen, 2. wenn die äußere oder innere Ausgestaltung der dem Zweck entsprechenden Würde ermangelt, 3. wenn sich bei der Anlage geeignete Räume und Einrichtungen zur Unterbringung von Leichen, zur Vornahme von Leichenöffnungen, zur Abhaltung von Trauerfeierlichkeiten und zur Beisetzung der Aschenreste nicht befinden, oder wenn das Grundstück einer angemessenen Einfriedigung entbehrt, 4. wenn Bedenken in polizeilicher, insbesondere bau-, feuer- oder gesundheitspolizeilicher Hinsicht entgegenstehen, und schließlich 5. wenn Tatsachen vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, daß durch die örtliche Lage oder Beschaffenheit der Anlage für das Publikum oder für die Besitzer oder Bewohner der benachbarten Grundstücke erhebliche Nachteile oder Belästigungen entstehen. Man kann nicht gerade behaupten, daß durch die Aufstellung dieser Anforderungen die Errichtung von Feuerbestattungsanlagen erleichtert würde. Sie laufen im Gegenteil darauf hinaus die Einrichtung von Feuerbestattungsanlagen zu erschweren und nur in größeren Städten möglich zu machen. Schon eine Kleinstadt wird den finanziellen Aufwand für die namentlich in Ziffer 3 geforderten Nebenräume nicht aufzubringen vermögen. Die hygienische Forderung, wonach ein Raum zur Unterbringung von Leichen vor-

handen sein muß, ist sicherlich zweckmäßig. Was aber der Feuerbestattung recht ist, sollte der Erdbestattung billig sein. Und wenn man nicht verlangt, daß jeder Friedhof mit einer Leichenhalle und einem Raum zur Abhaltung von Trauerfeierlichkeiten versehen ist, so sollte man auch nicht die Errichtung einer Feuerbestattungsanlage durch solche Forderungen unnötig erschweren. Da Krematorien für lange Zeit hinaus wohl nur in den größeren Städten errichtet werden, die auch bisher schon auf ihren Friedhöfen Leichenhäuser und Friedhofshallen errichtet haben, ist die Forderung teils gegenstandslos teils muß sie zu doppelten Anlagen führen, die nur doppelte Kosten machen.

Für die Benutzung der Anlage muß von der berechtigten Körperschaft eine Gebrauchsordnung aufgestellt werden, die von der staatlichen Aufsichtsbehörde genehmigt werden muß. Die Gebrauchsordnung muß den Gebührentarif für die Benutzung der Einrichtungen enthalten. § 6 schreibt vor, daß die Aschenreste verbrannter Leichen entweder in der Urnenhalle oder in einer andern behördlich genehmigten Bestattungsanlage beigesetzt werden müssen. Es soll damit verhindert werden, daß, um die Worte der Begründung hier anzuführen, »über die Aschenreste verbrannter Leichen, die man ebenso wie die in der Erde begrabenen Leichen als *extra commercium* stehend zu betrachten hat, in einer der Bestattung widersprechenden Weise verfügt wird«. Damit wird also dem Verstorbenen und seinen Angehörigen das Verfügungsrecht über die Asche genommen, und ihre Beisetzung nur in einer behördlich genehmigten Bestattungsanlage zugelassen. Die polizeiliche Reglementierung, die sich offenbar auf alles erstrecken muß, geht hierbei sicherlich zu weit.

Die 2. Gruppe der Vorschriften des Gesetzes (§§ 7 bis 9) regelt die Vornahme der Feuerbestattung im einzelnen Fall. Auch hier wieder schließt sich Vorschrift an Vorschrift, um die Benutzung der Feuerbestattungsanlage so einzulegen, daß allein willenskräftigen Personen es schließlich gelingt die Verbrennung durchzusetzen. So verlangt § 7 zunächst die Anzeige einer beabsichtigten Feuerbestattung bei der Ortspolizeibehörde des Verbrennungsorts. Sie muß wenigstens 24 Stunden vorher erstattet werden. Die Ortspolizeibehörde soll nach der Begründung in der Lage sein gegebenenfalls die Verbrennung der

Leiche zu hindern. Dagegen hat der Entwurf im Hinblick auf den behördlichen Charakter der Anstaltsleitung davon abgesehen die Einholung einer polizeilichen Genehmigung für jeden Verbrennungsakt vorzuschreiben. Diese Anzeige erscheint um so überflüssiger, und zwar gerade mit Rücksicht auf den »behördlichen Charakter der Anstaltsleitung«, als eine Bescheinigung der Ortspolizeibehörde des Sterbeorts oder des letzten Wohnorts des Verstorbenen beigebracht und darin bescheinigt werden muß, daß keine Bedenken gegen die Feuerbestattung bestehen, daß insbesondere ein Verdacht, der Tod sei durch eine strafbare Handlung herbeigeführt worden, nicht vorliegt. Die Gegner des Entwurfs haben in der Kommissionsberatung die Anzeige an die Ortspolizeibehörde des Verbrennungsorts in eine ausdrückliche Genehmigung zur Verbrennung verwandelt und so der Ortspolizeibehörde freien Spielraum für alle möglichen Schikanen gegeben. Außer der erwähnten Bescheinigung der Ortspolizeibehörde des Sterbeorts sind noch beizubringen: die amtliche Sterbeurkunde, die amtsärztliche Bescheinigung über die Todesursache und der Nachweis, daß der Verstorbene die Feuerbestattung seiner Leiche angeordnet hat. Man sollte meinen, daß die amtsärztliche Bescheinigung über die Todesursache vollständig genügen würde, um den nötigen Schutz dafür zu gewähren, daß äußere Spuren eines gewaltsamen Eingriffs nicht unentdeckt bleiben; die Bescheinigung der Ortspolizei des Sterbeorts erscheint daher vollständig überflüssig. Fehlt es doch auch an weiteren Vorsichtsmaßregeln nicht. So ist zum Beispiel nach § 8 der behandelnde Arzt zu der Leichenschau zuzuziehen und sein Gutachten über die Todesursache in die amtsärztliche Bescheinigung aufzunehmen. Außerdem ist die Leichenöffnung vorzunehmen, falls sich bei der Besichtigung Zweifel über die Todesursache ergeben, und einer der beteiligten Ärzte sie zur Feststellung der Todesursache für notwendig hält. Diese Maßnahmen hält der Entwurf für ausreichend, wenn sie auch keine unbedingte Gewähr für die Feststellung eines Verbrechens bieten. Gebe es doch Gifte, die nur durch langwierige chemische Untersuchungen festgestellt werden können. Der Entwurf will daher die Verbrennung von derartigen Untersuchungen nicht abhängig machen, da damit natürlich jede Feuerbestattung unmöglich gemacht würde.

Gerade deshalb verlangte aber das Zentrum in der Kommission solche chemische Untersuchungen, und die Konservativen beantragten statt der Leichenschau jedesmal eine Leichenöffnung vorzuschreiben. Der strafrechtliche Schutz stand den beiden Parteien so hoch, daß sie die gänzliche Verhinderung der Feuerbestattung durch solche Schutzvorschriften gern mit in den Kauf nahmen. Auch den Nachweis, daß der Verstorbene die Feuerbestattung seiner Leiche angeordnet hat, suchten die beiden Parteien über das Maß der Regierungsvorlage hinaus zu erschweren. Diese hatte eine letztwillige Verfügung des Verstorbenen, eine mündliche Erklärung des Verstorbenen, die von einer zur Führung eines öffentlichen Siegels berechtigten Person als in ihrer Gegenwart abgegeben beurkundet ist, sowie schließlich das von einer öffentlichen Behörde beglaubigte Zeugnis zweier glaubwürdiger Personen als ausreichenden Nachweis angesehen. Auf Antrag der Konservativen wurde der letzte Fall gestrichen und eine Vorschrift aufgenommen, wonach die letztwillige Verfügung den Vorschriften des bürgerlichen Gesetzbuchs genügen muß.

In der grundsätzlichen Abstimmung der 2. Lesung wurde § 1 mit 7 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Ob das Plenum das Schicksal der Vorlage ändern wird, ist höchst zweifelhaft.

X Wohnungs- fürsorge

In Dresden besteht seit längerer Zeit starker Wohnungsmangel. Die Zahl der leerstehenden Wohnungen, die im Jahr 1904 7,34 % aller Wohnungen betrug, ist seitdem stetig bis auf 1,1% im Jahr 1910 zurückgegangen. Im Jahr 1909 betrug der Prozentsatz nur 1,92. Trotz dieses recht niedrigen Prozentsatzes, der bei den 3räumigen Wohnungen, also den Wohnungen mit Küche und 2 Zimmern respektive Zimmer und Kammer, sogar nur 1,43 betrug, hatte der Rat noch im Jahr 1909 einen Notstand nicht anerkennen können und jedes städtische Eingreifen abgelehnt. Der Rat geht überhaupt grundsätzlich davon aus, daß die Stadtgemeinde in den Wohnungsmarkt nur dann eingzugreifen hat, wenn dazu eine dringende Notwendigkeit vorliegt, daß sie es im übrigen aber dem privaten Unternehmerteist zu überlassen hat den Wohnungsmarkt durch das der Nachfrage entsprechende Angebot zu regeln. Daß diese Beschränkung der kommunalen Tätigkeit auf Zeiten des Notstands

nicht ausreicht, geht schon aus der Überlegung hervor, daß die Verhütung solcher Notstände nur durch ein ständiges regulierendes Eingreifen in den Wohnungsmarkt verhütet werden kann. Andernfalls müssen sich die Notstände unvermeidlich wiederholen. Die seit 1909 andauernde und sich verschärfende Wohnungsnot, die der Rat in seiner Vorlage an die Stadtverordneten eingehend schildert, und namentlich mit der Zahl der obdachlosen, in verschiedenen Anstalten untergebrachten Familien belegt, hat endlich den Rat gezwungen den Stadtverordneten Vorschläge zu ihrer Bekämpfung zu machen. Er empfahl die Hingabe zweiter Hypotheken an solche Bauende, die sich zur Errichtung von Häusern für Kleinwohnungszwecke verpflichten, und ferner die Errichtung von Kleinwohnungshäusern durch die Stadt selbst oder mit ihrer Hilfe auf städtischen Grundstücken durch gemeinnützige Vereine. Beide Mittel sollen neben einander angewandt werden, da der Rat von der Bereitstellung zweiter Hypotheken kaum einen genügenden Anreiz für die private Bautätigkeit erwartet. Für jeden dieser Zwecke sollen 500 000 Mark bereitgestellt, und die Mittel durch Aufnahme eines Darlehens bei der städtischen Sparkasse aufgebracht werden. Für die hypothekarische Beleihung von Grundstücken sind ausführliche Bedingungen aufgestellt worden. Die Wohnungen des einzelnen Gebäudes sollen lediglich Kleinwohnungen sein, und in ihrer Mehrzahl aus 3räumigen Familienwohnungen mit Stube, Kammer und Küche von mindestens 35 und höchstens 50 Quadratmeter Gesamtgrundfläche oder aus Wohnungen von weniger als 3 Räumen für einzelne Leute, enthaltend nur 1 heizbares Zimmer von mindestens 15 Quadratmeter Grundfläche oder 1 Zimmer mit Küche von mindestens 20 Quadratmeter Gesamtgrundfläche, bestehen. Nach der Ratsvorlage sollte nur die Hälfte aus den genannten 3räumigen und kleineren Familienwohnungen bestehen. Die Mehrheit der Stadtverordneten hatte im Interesse des privaten Hausbesitzes aber nur Kleinwohnungen zugelassen. Das Darlehen soll in der Regel nur nach der 1. Hypothek gewährt werden. Die dafür zu bestellende 2. Hypothek muß innerhalb der ersten ¼ des Grundstückswerts bleiben. Die Darlehen sind mit 4½ % zu verzinsen. Sie sind in der Regel für beide Teile auf 5 Jahre unkündbar. Eine Verpflichtung zur Amortisation des Darlehens ist in

den Bedingungen nicht vorgeschrieben. Sie kann aber auf Antrag in der Höhe von mindestens 1 % zugelassen werden. Überschreitet der Ertrag des Grundstücks die Höhe von 6 % des vom Rat geschätzten Wertes, so kann bedungen werden, daß der Mehrertrag zur außerordentlichen Tilgung zu verwenden ist. Irgendwelche Vorschriften über die Höhe der Mieten sind nicht gemacht. Es läßt sich also voraussehen, daß dieser Teil der Aktion zwar eine Anzahl von Kleinwohnungen auf den Markt, eine Ermäßigung der hohen Mietspreise aber nicht bringen wird.

Die von der Stadt selbst zu erbauenden Wohnhäuser sollen in erster Linie für städtische Arbeiter, besonders solche der Straßenbahn, bereitgestellt werden. Soweit diese von den Wohnungen keinen Gebrauch machen, sollen sie an kinderreiche Familien vergeben werden. Die Mieten sollen im allgemeinen so gestellt werden, daß den Mietern nicht eine eigentliche Wohltat erwiesen wird, sondern eine aprozente Verzinsung des angelegten Kapitals und die Unterhaltungskosten gedeckt werden, und eine allmähliche Abschreibung von ¼ bis ½ % möglich wird. Die Hingabe von Hypothekendarlehen an Baugenossenschaften gemeinnützigen Charakters soll nicht stattfinden, da diese nicht die Fürsorge für die ärmeren Klassen sondern mehr für die mittelbegüterten Kreise betreiben. Die ganze Hilfsaktion der Stadtgemeinde ist aber nur zugunsten der ärmsten Bevölkerungsklassen und namentlich zugunsten der kinderreichen Familien unter ihnen bestimmt.

Die Ratsvorlage wurde nach einer sehr lebhaften Diskussion mit einigen Abänderungen angenommen. Die beiden Zusätze sind für die hausagrarischen Tendenzen der Mehrheit der Stadtverordneten sehr charakteristisch. Der eine verlangt, daß bei erneuter Aufwendung öffentlicher Mittel zur Hebung des Kleinwohnungsbaus diese nur dem Privatunternehmertum zur Verfügung gestellt werden. Der zweite will eine Revision der Bestimmungen über Kleinwohnungen in der Dresdener Bauordnung, die natürlich auch wieder nur in der Richtung einer Hebung des Bauunternehmerprofits erwartet wird.

X
Kurze Chronik Das preußische Abgeordnetenhaus hat den Gesetzentwurf über die Einführung der staatlichen Polizeiverwaltung in den Regierungsbezirken Düssel-

dorf, Arnsberg und Münster angenommen. X Die Stadt Charlottenburg hat vom 1. April ab versuchsweise in jeder Säuglingsfürsorgestelle eine besondere Wochensprechstunde für Kinder vom vollendeten 1. bis zum vollendeten 6. Lebensjahr eingerichtet. In den Sprechstunden wird unentgeltlich spezialärztlicher Rat gewährt. X Der Breslauer Magistrat hat bei der Stadtverordnetenversammlung beantragt 1000 Mark zur Untersuchung und Behandlung der das erstmalig unter dem Verdacht gewerbmäßiger Unzucht polizeilich angehaltenen Frauenspersonen durch Privatärzte zur Verfügung zu stellen. X Die städtischen Kollegien der Stadt Halle haben das Stadttheater unter Verschärfung der Pachtbedingungen auf 3 Jahre an den bisherigen Pächter weiter vergeben, doch machte sich eine starke Strömung zugunsten der Eigenregie geltend.

Geistige Bewegung / Wilhelm Hausenstein

Studentische Volksbildungsarbeit In einer interessanten Broschüre gibt Dr. Georg Goldstein einen zusammenfassenden Bericht über 10 Jahre studentischer Volksbildungsarbeit im Reich und speziell in Charlottenburg. Im April 1901 wurde durch die private Initiative einiger Nichtinkorporierter das erste Semester deutscher Studentenkurse für Arbeiter in Charlottenburg ins Werk gesetzt. Noch im Sommer 1901 wurden die Kurse von der sozialwissenschaftlichen Abteilung der Charlottenburger Freistudentenschaft übernommen. Die Hochschulbehörde hat in der ersten Zeit die Kurse mit Mißtrauen betrachtet. Volles Entgegenkommen bewies die Charlottenburger Volksschulbehörde, die sofort einige Klassenzimmer für die Abendkurse einräumte, ohne für Benutzung, Licht, Beheizung Entgelt zu fordern. Die Finanzierung, die ursprünglich durch freiwillige Beiträge erfolgte, geschieht nun durch Beleggebühren: Der Arbeiter zahlt pro Semesterkurs 50, pro Einzelvortrag 10 Pfennig. Die Lehrer können bei dieser Finanzierung nicht honoriert werden. Der Unterricht erstreckt sich in der Hauptsache auf Elementarfächer. Er will den Ubelständen abhelfen, die der technische Student im praktischen Jahr beim Verkehr mit dem Arbeiter wahrgenommen hat: dem Mangel an gesicherten Volksschulkenntnissen. So lehren die Kurse vor allem deutsche Sprache und Rechnen. Für Vorgerückte kommen die Elemente

der Algebra und Geometrie hinzu, die gerade den zahlreichen maschinentechnischen Arbeitern wichtig sind, und auch die Elemente der Literaturästhetik. Politische und religiöse Erörterungen sind grundsätzlich so unbedingt ausgeschlossen wie behördliche Bevormundung, die bei den Schülern nur Mißtrauen erregen würde. Diese absolute Neutralität und die auch im innern Betrieb demokratische Autonomie hat den studentischen Kursen eine unbefangene Teilnahme auch der freien Gewerkschaften gesichert; sie stellen ein beträchtliches Kontingent zur Schülermasse. Hier folgt die Statistik der Frequenz der Charlottenburger Kurse, die übrigens genau die Kurve der wirtschaftlichen Konjunkturen spiegelt:

Jahr	Teilnehmerzahl	
	im Sommer	im Winter
1901	54	105
1902	127	178
1903	100	—
1904	131	247
1905	135	—
1906	205	516
1907	274	445
1908	265	415
1909	216	425
1910	245	425

Die Ziffern bezeichnen die eingetragenen Einzelpersonen. Da viele Personen mehrere Kurse belegten, war die Gesamtzahl der Kursteilnehmer größer. Im Winter 1909-1910 erfolgten nicht etwa bloß 425 Anmeldungen, sondern 643. 225 Personen hörten 1 Kurs, 183 2. 17 Hörer belegten 3 und mehr Kurse. Die Berufsstatistik ergab, daß die Metallarbeiter — beispielsweise im Winter 1909-1910 mit 40 % aller Hörer — an der Spitze standen. Dann folgten die Holzarbeiter, die Maurer, die Eisenbahner. Die Teilnahme der Frauen schwankte im Lauf der Jahre zwischen 5 und 10 %. Die Altersstatistik zeigte, daß die allermeisten Teilnehmer — im Lauf des Jahrzehnts 50 bis 60 % — im Alter von 21 bis 30 Jahren standen; vom Rest gehörte die Mehrzahl höheren Altersstufen an. Nach den Aufnahmen über Vorbildung aus dem Winter 1909-1910 hatten 53 % der Teilnehmer normale Volksschulen, 39 % Elementar- und Dorfschulen, 7 % eine Bürgerschule besucht; je einer von 10 hatte eine höhere Schule erlebt. Das freistudentische Arbeiterbildungswesen griff 1904 auf Berlin über und hat sich schließlich in zahlreichen deutschen Hochschulstädten festgesetzt. Alle Organisationen haben die gleichen Betriebsgrundsätze. Diese Einheitlichkeit be-

kundet sich äußerlich im *Verband der akademischen Unterrichtskurse Deutschlands*, dessen Vorort gegenwärtig Leipzig ist (Adresse: Universität, Galerie der Wandelhalle). Dem Verband gehören zurzeit 25 Organisationen an. Sie haben im Winter 1910-1911 über 400 Kurse veranstaltet; in diesen Kursen unterrichteten etwa 700 junge Akademiker rund 10 000 Arbeiter. Die Lehrerziffer bedeutet, daß schon der hundertste Teil der deutschen Studentenschaft heute praktische Volksbildungsarbeit leistet. Von Interesse ist schließlich die Methode des Unterrichts. Die Lehrer werden — Beherrschung des Lehrfachs ist vorausgesetzt — durch eine gedruckte Anleitung und durch eine längere Hilfspraxis zum Amt vorbereitet. Sind sie selber zur Kursleitung reif, so haben sie durch vorbildliche Tätigkeit im Kurs ihrerseits einen Stab von Hilfslehrern oder Repetenten auszubilden, denen während der Kurse jeweils eine kleine Gruppe von Schülern zur Nachhilfe zugewiesen wird. Der Bericht Goldsteins gibt ein sehr erfreuliches Bild ernstester sozialer Gesinnung unter einer Gruppe unserer jungen Akademiker. Ihrer von redlichem Idealismus getragenen Arbeit soll auch von dieser Stelle aus der beste Erfolg gewünscht sein.

× **Bevölkerungs-Mitte** November 1910 hielt ein **fluktuation** **und Schule** Fürther Volksschullehrer vor dem Fürther Gewerkschaftskartell einen Vortrag über *Volksschulkinder als Zugvögel*, der allgemeines Interesse verdient und vielleicht Lehrer in vielen anderen Städten zu statistischen Parallelversuchen anregt. Lehrer Weiskopf hat in den letzten Jahren die gleiche Knabenklasse vom 1. bis zum 4. Schuljahr geleitet. Im Lauf der 4 Jahre hat sich das Gesicht der Klasse erheblich verändert. Von den 60 Knaben des 1. Jahrgangs fanden sich im 4. schließlich nur noch 30. Es läßt sich vermuten, daß am Schluß des 8. Jahrgangs der Bestand der Schüler so gut wie gänzlich gewechselt haben wird. Das ist eine böse Sache; denn von einer wirklichen Stabilität und Kontinuität des Volksschulunterrichts kann unter solchen Verhältnissen natürlich nicht die Rede sein. Weiskopf erklärt die Erscheinung nicht nur durch Wegzug der Eltern sondern auch durch häufigen Umzug der Eltern innerhalb der Stadt. Seine Statistik hält allerdings die beiden Formen nicht streng auseinander; sie spricht von *Umsügen* schlechthin. Von den Knaben des 4. Schuljahrs waren in

4jähriger Schulzeit nur 15 nicht umgezogen. Von den übrigen 45 hatten im Lauf der 4 Jahre 11 1mal, 12 2mal, 9 3mal, 9 4mal, 1 6mal, 1 7mal, 1 8mal und 1 gar 12mal die Wohnung gewechselt. Es ist nach Weiskopf notorisch, daß die schwächsten Schüler aus den am meisten umherziehenden Familien stammen, die besten aus den seßhaften. Es versteht sich, daß die am meisten umherziehenden Familien einer niedrigeren sozialen Schicht angehören als die seßhafteren. Die pädagogische Folge dieses Verhältnisses war die, daß die Kinder unruhiger Familien als die schwächsten Schüler zum größten Teil repetieren mußten. So hatten von den 60 Schülern des 4. Jahrgangs schon 20 repetiert. Analoge Verhältnisse konstatiert Weiskopf für eine 6. Klasse, die er zurzeit leitet. Von den 58 Knaben dieser 6. Klasse besuchten 7 Knaben die Schule schon im 7. Jahr, 6 gar schon im 8. Jahr, also 13 als Repetenten. Von den 7, die die Schule im 7. Jahr aufsuchten, war ein einziger gar nicht umgezogen; 2 waren seit Schulbeginn 2mal umgezogen — hatten also die 3. Wohnung inne —, 1 war 3mal umgezogen, 2 waren 4mal umgezogen, 1 war 5mal umgezogen. Von den 6, die die 6. Klasse schon zum zweitenmal repetierten, waren 2 4mal und 2 5mal umgezogen; 1 hatte 2mal und 1 7mal die Wohnung gewechselt. Bei den übrigen 45 stand das Verhältnis so: 13 Knaben sind in diesen 6 Jahren gar nicht umgezogen, 10 1mal, 8 2mal, 7 3mal, 4 4mal, 1 ist 5mal, und 2 Knaben sind in diesen 6 Jahren 9mal umgezogen. In einer andern Statistik weist Weiskopf nach, wie viele Schüler von einem Vaterhaus sprechen können.

Schulklasse	Im Geburts-haus wohnen	Seit Schulbeginn im gleichen Haus wohnen	Gesamt-schülerzahl der betreffenden Klasse
VI	4	14	58
VIIa	1	8	49
VIIb	0	7	51
VIIIa	2	6	47
VIIIb	3	6	46
insgesamt	10	41	251

Dabei ist zu beachten, daß die 2. Kolonne nicht etwa eine völlig eigene Kategorie darstellt sondern die Kolonne 1 in sich enthält. Die dankenswerten Aufstellungen Weiskopfs berühren natürlich nur eine symptomatische Erscheinung; das Wesen des Schullebens liegt tiefer, nämlich in den sozialen Verhältnissen über-

haupt, zu denen sich die Fluktuation der Volksschulpflichtigen wie eine spezielle — allerdings enorm wichtige — Erscheinungsform zum ganzen Komplex der sozialen Problematik dieser Zeit stellt.

× Staatsbürgerliche Jugend-
erziehung ×
Gutzkow sagte einmal, ein Staat sei erledigt, sobald die Nation »Ideen hat, die man durch die laufende Staatsform und Verwaltung nicht mehr realisieren zu können glaubt«. An dieses Wort wird man ein wenig erinnert, wenn man die Geschichte des Problems der staatsbürgerlichen Jugend-erziehung betrachtet. Das Problem wurde, wie die ganze Sozialpolitik — von der es einen Teil bildet —, außerhalb der »laufenden Staatsform« inauguriert. Nun allerdings bemühen sich die Gesellschaftsgruppen, die sich mit dem bestehenden Staat im Grunde identisch fühlen, ein Problem zu kultivieren, das in der Welt der Opposition gewachsen ist. Dabei kommt manches Gute und auch manches Armselige heraus. Die bei Teubner erscheinende Zeitschrift für Jugendwohlfahrt, die man als das Organ einer relativ weit vorgeschrittenen bürgerlichen Jugendpolitik betrachten darf, widmet die Märznummer dieses Jahres rein der Frage der staatsbürgerlichen Jugend-erziehung. Ein einleitender Artikel des Geheimen Regierungsrats Lindenau stellt die metaphysische Behauptung auf, nur dann würde ein Jugendlicher als parteireif bezeichnet werden können, wenn »der Parteianschluß — oder selbst das Fernhalten von den Parteien — als ein im wesentlichen auf eigener Überlegung, Prüfung und Entschliebung beruhender Willensakt angesprochen werden könnte«. Natürlich meint Lindenau das nicht so buchstäblich. Er weiß, daß »Geburt und Besitz, Beruf und Umgebung, wenn nicht gar Zufall, Abhängigkeiten oder Terrorismus die Werbetrömmeln der Parteien rühren«. Aber er ist sehr weit davon entfernt die brutale Tatsächlichkeit dieses Befunds zu akzeptieren und von ihr aus zu wirken. Er kehrt mit unbewußter Sentimentalität zum Ideal zurück. Dieser Idealismus läuft im Effekt schließlich darauf hinaus die Entscheidung des preußischen Oberverwaltungsgerichts gegen die Berliner freie Jugendorganisation ethisch zu legitimieren. »Die Abstempelung von Jugendlichen unter 18 Jahren mit der Parteischablone [o schönes Bild der stempelnden Schablone] ist ein Verbrechen Dem jugendlichen Individuum darf die freie Entwicklung

nach keiner Seite gehemmt werden.« Die freie Entwicklung, die auf dem Gebiet der ökonomischen Produktion so beliebt ist, ist auch die pädagogische Panazee. Es fällt Lindenau nicht ein zu glauben, daß in der Hauptsache bürgerliche, von einem Staatsminister begünstigte Organisationen notwendig genau so gut ihre spezifische Atmosphäre haben wie die proletarischen. Das subjektiv unpolitische Programm entscheidet in Fragen staatsbürgerlicher Erziehung nicht, es müßte denn die Kastration des Begriffs der staatsbürgerlichen Erziehung bedeuten wollen. Es fällt Lindenau nicht ein zu denken, daß den proletarischen Jugendorganisationen ihr eigenes Tun und Treiben das Selbstverständliche, Gebene, Notwendige, daß die proletarische Jugendorganisation dem jungen Arbeiter gerade das Freie ist. Es gibt eben geschichtlich keine Freiheit außerhalb der ökonomischen Materie. Es gibt für den Arbeiter, auch den jugendlichen, keine Freiheit außerhalb der Organisation, die aus der sozialökonomischen Lage der Arbeiter organisch hervorwächst. Die faktischen und eventuellen Verdienste der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge und der Vereinigung für staatsbürgerliche Erziehung sollen mit keiner Silbe bestritten sein. Aber man soll diesen Organisationen nicht das Monopol der Freiheit zuerkennen. Sie haben ihren spezifischen Geist und ihren spezifischen Freiheitsbegriff genau so gut wie die proletarischen Jugendvereine. Wahre Ehrfurcht vor dem Wesen der Freiheit toleriert beides. Andere Artikel haben im Prinzipiellen die gleiche Mattigkeit. Adolf Hedler mündet mit seinem Aufsatz in der schönen Theorie vom *apaisement général*: Er argumentiert mit dem Respekt für den *Status quo* und mit der »völligen Gleichberechtigung« der »einzelnen Stände«. Ein Artikel von Elisabeth Gnauck-Kühne behandelt das Problem der staatsbürgerlichen Mädchenerziehung sehr häuslich. »Im Haus ist die beste Gelegenheit die Gemeinsamkeit mit anderen Klassen der staatlich organisierten Gesellschaft dem Mädchen vorzuleben. Rücksichtnahme auf Abhängige (zum Beispiel Dienstboten) dem Mädchen angewöhnt, wird dies leichter zu einer Herrin machen, der man gern dient, und die deshalb nicht den Klassenhaß nährt. Die Befolgung der ungeschriebenen Gesetze der Konsumentenmoral wird dem Mädchen zur zweiten Natur werden, wenn es zu Hause lernte Bestellungen zeitig und Ein-

käufe nicht zu so später Stunde zu machen, daß der Feierabend des Ladenpersonals . . . gekürzt wird. Gehört im Elternhaus die pünktliche Bezahlung eingelaufener Rechnungen zur selbstverständlichen Ordnung, wird das Mädchen als Frau der selben Gewohnheit huldigen und damit an seinem kleinen Teil ernstliche Mittelstandspolitik treiben.« Am besten sind die Artikel, die die Technik der Bürgerkunde behandeln. Margarete Treuge, deren Beitrag der klügste des ganzen Heftes ist, plädiert dafür, daß die Bürgerkunde in höheren Mädchenschulen in den Geschichtsunterricht hineinverarbeitet werde; für weibliche Lyzealklassen will sie selbständige Bürgerkunde und selbständige Volkswirtschaftslehre. Hedler will, daß in der Volksschule die Bürgerkunde mit dem Geschichtsunterricht verschmelze, daß sie aber in der Fortbildungsschule ein eigenes Fach bilde und in den höheren Schulen einem erweiterten Geschichtsunterricht angeschlossen werde. Karl Kormann gibt — mit starker Überschätzung der ihm befreundeten Akademikerorganisation — Daten zum Fortschritt der bürgerkundlichen Interessen im *Verein deutscher Studenten*. Dieser Fortschritt dokumentiert sich übrigens auch in den von Ludwig Bergsträber verständlich geleiteten *Akademischen Blättern* und insbesondere in ihren aufmerksamen Berichten über sozialistische Literatur. Fritz Rödl berichtet über die *Vereinigung für staatsbürgerliche Erziehung*, die im Herbst 1909 zu Goslar begründet wurde, ihren Sitz jetzt in Berlin (Ansbacher St. 58) hat und programmatisch politische wie konfessionelle Tendenzen ablehnt. Die Vereinigung bemüht sich um gute Literatur zur staatsbürgerlichen Erziehung, bearbeitet eine Bibliographie, sendet Studienkommissare ins Ausland, vermittelt Vorträge, Schriften, Presseartikel. Daß sie mit dem Programm einer Erziehung zu »vaterländischem Verantwortlichkeitsgefühl« und »staatsbürgerlichen Pflichtbewußtseins«, in der Art, wie sie jene Begriffe auffaßt, zu den proletarischen Jugendvereinigungen in einem mindestens objektiven Gegensatz steht, ist wohl fraglos. Daß ihr Wirken nach bestimmten Seiten — und nicht bloß technisch — sehr ersprießlich sein kann, ist damit nicht geleugnet.

X **Kurze Chronik** Der Verein *Lesehalle* in Bremen, der ein bibliothekstechnisch vorzügliches Institut besitzt, gab den Bericht für 1910

heraus. Die Zahl der Lesesaalbesucher stieg von 99 311 des Vorjahrs im Berichtsjahr auf 102 209. Die Zahl der Ausleihungen (aus dem Haus) stieg von 151 366 auf 156 963. Die belehrende Literatur ist mit 25,77 % an den Entleihungen beteiligt. Die Einnahmen des Vereins, der ganz von privaten Zuwendungen und den Jahresgebühren der Entleiher — sie betragen 1 Mark pro Kopf — existiert, erreichen die Höhe von 21 340 Mark; die Ausgaben waren 45 490 Mark. Der Fehlbetrag ist durch Privat-zuwendungen fast ganz gedeckt.

WISSENSCHAFT

Philosophie / Franz Staudinger

Religion Wir sind vielfach gewohnt sozialistische Weltanschauung, wissenschaftliche Weltanschauung, höhere sittlich humane Weltanschauung auf die eine, feudale und kapitalistische, religiöse und zwangsethische Weltanschauung im alten Sinn des Worts auf die andere Seite zu stellen. Aber wie man auch über deren logische Zusammengehörigkeit denke, die Praxis zeigt uns zuweilen Bilder, die aller derartigen Theorie zu spotten scheinen. So verbindet auch Pfarrer Hermann Kutter in Zürich, dessen Bücher *Sie müssen und Gerechtigkeit* nunmehr von Eugen Diederichs in Jena in dessen bekannter ansprechender Ausstattung neu aufgelegt sind, eine wenigstens in der Form und Sprechweise sich als altgläubig christlich darstellende Religiosität mit einer warmen, ja glühenden Vertretung der sozialistischen Grundgedanken. In ihnen sieht er geradezu die Gedanken Jesu verkörpert. Daß das eine dieser Bücher nunmehr als 8., das andere als 6. Tausend erscheinen, weist ganz entschieden darauf hin, daß sie auch in den Kreisen der kirchlich Gläubigen bereits eine große Beachtung gefunden haben müssen, wenn auch in Deutschland die schwere Hand des neugeborenen Feudalkapitalismus, die sich auch auf das Kirchenregiment gebietend legt, den Mund derer stumm hält, die vielleicht dem Schweizer Pfarrer, dem *neuen Propheten Amos*, im Herzen zujubeln. »Neben Jesus gibt es kein Und«, ruft er entrüstet dem Amerikaner Peabody zu, der *Jesus Christus und die soziale Frage* zusammenstellt. Aber er sagt an anderer Stelle: »Ist jener Trunkenbold allein schuld an seinem Unrecht? Wollen wir dem einzigen Rockefeller fluchen und alle die ent-

schuldigen, die nur darum nicht zu seiner Geldhöhe emporgestiegen, weil ihnen die Gelegenheit dazu gefehlt? Sind die Reichen allein verantwortlich für die Leiden, die ein verruchtes Produktionssystem ihnen auf die Häupter ihrer wenigen glücklichen Mitmenschen zu häufen befielt?« Wie stimmt das zu dem ersten Satz und zu folgendem?: »Mitten in der ihn umgebenden Gerechtigkeit Gottes erlistet sich der Mensch seine eigene. Das ist sein Unrecht.« »Die soziale Frage ist die Frage nach der Gerechtigkeit Gottes.« Und wieder ein neues Rätsel: »Man kann *Atheist* sein und doch glauben.« »Das Christentum lügt . . . , wenn es sagt, die Erde sei nur ein Jammertal, die Seligkeit komme erst nach dem Tod. Es lügt, wenn es die schreckliche Behauptung aufstellt, daß die materiellen Verhältnisse Nebensache seien. Seine Meinung über der Materie eine besondere Geisterwelt zu schauen . . . ist eine Lüge. Dieser Geist ist nicht der Geist aus Gott sondern der Geist des Hochmuts, der Lästerung.« »Die Kirche bekennt, aber sie glaubt nicht.« »Die Sozialdemokraten glauben, weil die Gerechtigkeit Gottes kommt.« Merkt man nun des Rätsels Lösung? Versteht man, warum er Christus und die soziale Frage mit keinem *Und* verknüpft sehen will? Christus, Gott usw. sind ihm keine äußeren Dingen sondern *Energieen*, würde vielleicht Ostwald sagen, lebendige Energieen freilich. Und »absolute Energie«, sagt einmal Kutter selbst.

× **Weltanschauung** Die *Welt- und Lebensanschauungen* des Professors Dr. Max B. Weinstein in Charlottenburg /Leipzig, Barth/ behandeln nur religiöse, philosophische und naturwissenschaftliche Vorstellungen, während das Leben selbst und der Zusammenhang der Vorstellungen mit dem Leben nur wenig zur Darstellung kommen. Aber die Religion ist nicht bloße Ansichtssache, und mit dem Wechsel der Lebensordnungen treten je nachdem neue Vorstellungen ein, oder gewinnen vorhandene ein anderes Gepräge. Mancher Behauptung Weinsteins kann man Gegenbehauptungen von gleicher Beweiskraft entgegenstellen. So zum Beispiel, wenn er die Ketzerverfolgungen nur als Folgen der Konsequenz ansieht, mit der eine Anschauung festgehalten wird, wenn er darlegt, aus dem Henotheismus könne sich der Monotheismus, der überhaupt nur einen Gott kennt, nicht entwickeln:

die Religionsforschung unserer Tage nimmt bekanntlich an, daß der jüdische Monotheismus sich aus einem frühern Henotheismus entwickelt hat. Doch das mag der Kontroverse unterliegen. Wenn er aber die Welt Kants selbst, nicht nur dessen Methode *transzendental* nennt, wenn er auch später das Methodische und das den Methoden entspringende gegenständliche Ergebnis nicht auseinanderhält, so möchte man ihn doch etwas mit Vorsicht zu benutzen raten. Es soll indessen nicht verkannt werden, daß man aus der Lektüre des Buches manches Schöne und Nachdenkliche heimbringt.

Eine Weltanschauung, die man im wesentlichen nicht selber teilt, kann man kaum loben, wohl aber einen Menschen, der sie geteilt hat, und der dabei in seiner Art ein ganzer Mensch war. Und so erfreute mich das *Vermächtnis* des verstorbenen bedeutenden Leipziger Germanisten Rudolf Hildebrand, von dem ich vor langen Jahren einiges über deutsche Sprache mit Entzücken gelesen hatte. Das Buch ist betitelt *Gedanken über Gott, die Welt und das Ich /Jena, Diederichs/* und enthält kurze, nach verschiedenen Gesichtspunkten geordnete Tagebuchblätter des originalen Mannes, der stark und warm wie wenige von der Buchwissenschaft auf die Lebenswissenschaft hinwies, und doch selbst das Leben im Grunde nur in seinen persönlichen und gemüthlichen, höchstens in einigen äußerlich-politischen Beziehungen kannte. Der Zusammenhang all dieser einzelnen Lebensstrudel mit dem treibenden Gesamtstrom des wirtschaftlich-sozialen Lebens ist ihm ein unbekanntes Gebiet. So bleibt ihm die Gemeinschaft, die er kräftig betont, und als deren Ideal ihm das im ganzen seine Befriedigung findende Ichbedürfnis aller Menschen erscheint, nur ein Schemen, er sieht vor allem die führenden Geister, nicht aber die Kräfte, die diese Geister führen. Aber köstlich ist es, wenn er die heutige Erziehung zum bloßen Einschen statt zur Erfassung der wirklichen Weltaufgabe beklagt. Das sei der selbe Unterschied wie zwischen dem, der dem Schützen zuschauend »das Schwarze nur mit den Augen trifft«, und dem Schützen selbst, bei dem »außer dem Auge der ganze Mensch mitwirken muß«. Das sind Pestalozzgedanken, aber der sie äußerte, konnte sie ja leider auch nur von fern sehen, wie die meisten in der heutigen die Schule und das Leben in zwei Teile zerreißen Zeit. Dem

Buch ist eine Lebensskizze Hildebrands von Georg Berlitt vorausgestellt, die freilich mehr eine in sich überbietenden Hochworten abgefaßte Ruhmrede als eine eigentliche Skizze von Leben und Wirken des Mannes ist. Eine solche hätte wohl manchem, wie auch mir, besser gefallen, wenn sie in einfacherer und warmerherzigerer Weise gegeben worden wäre als das hier Gebotene, das in Stil und Haltung von dem des Meisters nicht gerade günstig absticht.

×
Monismus Wenn man einmal über die Weltanschauungsstandpunkte hinausgekommen ist, sieht man, daß sie meistens der gleichen Methode folgen: Eine Abstraktion, die als methodischer Leitfaden in bestimmter Richtung sehr nützlich sein könnte, wird gleichsam in die Unendlichkeit geschossen und dann die Welt an ihr wie an einem Nagel aufgehängt. So kommen sie einem alle entsetzlich schal vor, gleichviel, ob sie sich nun *monistisch* oder *dualistisch*, *materialistisch* oder *idealistisch* taufen. Man muß nur froh sein, wenn sie wenigstens kein eklektisches Ragout darbieten sondern in sich einigermaßen folgerichtig sind. Freilich, gerade dann geht es erst recht nicht ohne gewaltsame Biegung und Deutung der Tatsachen ab. Die Wirklichkeit bietet uns einen Raumzeitzusammenhang, darin so gar vieles beisammen ist. Und wissenschaftliche Forschung hat alle Hände voll zu tun, um nur da oder dort allmählich Zusammenhänge erkennen zu lassen. Da ist es verwunderlich, daß jemand noch den Mut findet die unendliche Mannigfaltigkeit an die Deichsel einer einzigen Abstraktion spannen zu wollen. Und doch ist es so. Da liegt Friedrich von Hinderlins *Lehre vom All* (Leipzig, Wigand/), ein monistisches Buch, vor mir. Freilich, so dogmatisch ist der Verfasser nicht, daß er den Monismus für Erkenntnis ausgäbe; er ist ihm Glaube. Die Unterschiede von religiösem Glauben sind ihm wenigstens sehr gering, sehr flüchtig. Auch der Unterschied, daß die Religionen Dogmen aufstellen, an die jeder Anhänger glauben muß, die Philosophen nur Meinungen aussprechen, fließt; denn zum Beispiel war die alt-römische Religion tolerant. Toleranz und Ethik: das ist des Verfassers Ziel. Auf welchem Boden beide gedeihen können, wird zu sagen vergessen. Sie schweben im Äther der reinen Geistes-

kultur, und der Monismus wird selbst eine Religion im Äther. Ganz ähnlich ist Max Werners Buch *Das Christentum und die monistische Religion* (Berlin, Curtius/). Zunächst wird der Glaube der Kirche in sehr eingehender Abhandlung mit den üblichen Bekämpfungsmitteln, dem Nachweis der Unrichtigkeit und der Unförderlichkeit, abgetan. Dann wird ein monistischer Allebensglaube wieder als Gottesglaube aufgerichtet, da »Glaube, wenn er sich mit den Ergebnissen unseres Wissens und Denkens im Einklang befindet, ein Mehr, eine Steigerung unseres Wissens« sei. Unseres Wissens. Wohl. Früher, als man wissenschaftliche Methode noch nicht unterschied, war der Glaube ein Wissen, genau so wie heute der Glaube, daß der Geschichtslehrer richtige Mitteilungen über den Krieg Caesars gegen Ariovist gemacht hat, als Wissen über diesen Krieg genommen wird. Das Vertrauen auf den Mitteilenden wird aber heute in der Wissenschaft zugleich durch eine methodische Prüfung des Inhalts der Mitteilung kontrolliert. Und wo die Wissenschaft *falsch* oder *zweifelhaft* sagt, da hört der Glaube auf. Der Glaube aber, von dem der Verfasser spricht, ist etwas ganz anderes. Er ist samt seinem Inhalt ein selbsteigenes metaphysisches Gebilde. Ob man darauf eine religiöse Neuschöpfung gründen kann, wozu der Verfasser Männer und Frauen aufruft, dürfte doch recht zweifelhaft sein.

×
Materialismus Von anderm Kaliber ist der dogmatische Materialismus der *Weltbetrachtung* des energischen und zweifellos geistvollen Emil Eichler $2 \times 2 = 4$ (Leipzig, Leipziger Buchdruckerei/). Eichler scheint ein entsprungener Lehrer zu sein, der in gemeinverständlicher Form Philosophie lehren will. Er verdient auch Leser. Nur muß man ihn mit Vorsicht genießen. Gar flink, man weiß oft nicht wie, springt sein Gedanke wie ein Eichhörnchen von einem Ast zum andern, bricht eine Problemmuß, knackt sie, und weiter geht es mit sehr vergnüglichem Selbstbewußtsein, rastlos, ohne jeden Halt bis ans Ende. Aufklärend wirkt er sicher in vielem, und er hat ganz recht, wenn er meint, es gebe keine Frage der Philosophie, die nicht auch mit der Sprache der natürlichen Vernunft zu behandeln wäre. Ebenso, wenn er meint, die Naturgesetze rollten wie ein mäch-

tiger Donner durch unsere Literatur, hinten aber sei es Pappenkeilerei; denn sie seien unsere geistigen Konstruktionen, und nur dann unweigerlich, wenn sie sich auf Mathematik gründen. Also ein famoser Kantianer, trotz der gütigen Verachtung, mit der er auf die »lieben guten Kantianer« herabnickt. Er fragt sogar nach der Möglichkeit von Begriffen und Urteilen. Freilich, wenn er nachher solche Probleme wie die der Unendlichkeit, des Begriffs, des Bewußtseins anpackt, versagt er. Begriff ist ihm nichts, weil er immer nur Daten und deren Gruppierung, aber nicht Beziehungen zu Daten und zu anderen Beziehungen sieht. Er weiß nicht, daß solche Gruppierungen, durch die wir Dinge vorstellen, erst durch Beziehung gebildet werden, und daß sein $2 \times 2 = 4$, worin er nur die Identität des Quantums sieht, auch eine Beziehung enthält, durch die wir diese Identität erst erkennen. Daher purzeln ihm zuweilen naturwissenschaftliche und philosophische Beziehungen recht drollig durcheinander. Sein Erweis des Materialismus aus dem Kausalverhältnis zwischen Idee und physischem Vorgang wird etwa nach dem Schema geführt: Entweder besteht zwischen Form und Bewegung eines Körpers kein ursächlicher Zusammenhang, oder die Bewegung ist das Führende. Immer das alte methodische Elend, daß man nicht sehen will, wie Vorgänge, die wir geistig, und Vorgänge, die wir sinnlich wahrnehmen, auf einander wirken, nicht aber metaphysisch Geist auf Materie oder Materie auf Geist. Hieraus freilich ist weder ein Materialismus noch ein Spiritualismus abzuleiten. Dann gäbe es keine Weltanschauung? Nun, vielleicht doch die Methodik zu einer solchen, danach sich der Inhalt, je nach dem Fortschritt der Wissenschaft sich erweiternd, ordnet.

Dem Standpunkt nach sehr verwandt, aber methodisch viel minderwertiger ist Albrecht Raus Schrift *Das Wesen des menschlichen Verstandes und Bewußtseins* /München, Reinhardt/. Es ist eines von den Büchern, die wesentlich aus Auszügen aus einem Dutzend anderer nebst darübergegangener Wassersuppe bestehen. Wenn man über das Bewußtsein darin informiert werden will, so ist man betrogen. Daß der Verfasser Kant behandelt wie ein Metzger die Anatomie, kann nicht wundernehmen. Zu dieser Gruppe gehört auch S. I.

Magner (*Der Sport ums Dasein* /Leipzig, Dege/). Denn auch er möchte eine Einzelheit, die Biologie, zur Grundlage einer Weltanschauung machen und nennt sein kleines Buch *Entwurf zu einer biologischen Weltanschauung*. Das ist umso kühner als er nur etliche Gesichtspunkte wesentlich gegen den Sport ums Dasein gibt, der die Mittel zum Selbstzweck macht. Manchmal ist er sehr treffend. Aber wenn er die Unterdrückung der Krankheitsgefühle als zu einem körperlichen Irresein führend tadelt, so werden noch manche Ärzte sagen, sehr oft sei das gerade Hilfsmittel zur Heilung. Und wenn er meint, es müsse den Menschen erst die innere Ruhe wiedergegeben werden, ehe Sozialreformen etwas helfen könnten, so lächeln wir.

× Kurze Chronik Auf dem 4. internationalen Kongreß für Philosophie, der in Bologna vom 5. bis zum 11. April stattfand, dominierte Frankreich. Die Deutschen Windelband, Cohen, Riehl, Ostwald hatten in letzter Stunde abgesagt. Das meiste Interesse erregte naturgemäß Henri Bergsons Vortrag *Le problème philosophique*. Von den anderen seien genannt: Boutroux (*Du rapport de la philosophie aux sciences*), Külpe (*Zur Geschichte des Realitätsbegriffs*), Barzellotti (*Filosofia e storia della filosofia*), Dürckheim (*Les jugements de la valeur et les jugements de la réalité*). Der abwesende Poincaré hatte einen Vortrag *L' évolution des lois* gesandt, der verlesen wurde. Der einzige Engländer, C. F. Schüller, referierte nochmals über den Pragmatismus.

× Literatur In seinem Buch *Weltanschauung und Wirtschaftsleben in der deutschen Kulturentwicklung des 19. Jahrhunderts* /Hamburg, Gutenberg/ stellt Dr. Ernst Schultze in gewandter Weise dar, wie in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts sich mit verhältnismäßig spärlichem Aufschwung der Wirtschaft und stärkerem der Wissenschaft ein sehr reges Weltanschauungsstreben verband, wie in der zweiten Hälfte, die eine Fülle von Reichtum erzeugte, verhältnismäßige Gleichgültigkeit gegen Weltanschauungsfragen herrschte. Nur Nietzsche und die materialistische Weltanschauung gewannen größere Bedeutung, ohne jedoch auf die Praxis einzuwirken. Neuerdings beginne wieder ein Hunger nach Welt-

anschauungsfragen und sittlichen Ge-
genständen sich einzustellen, was der
Verfasser sehr begründet. Bei aller Ob-
jektivität, mit der der Verfasser der
materialistischen Geschichtsauffassung
gegenübersteht, teilt doch auch er den
vielerbreiteten Irrtum, als wolle dieser
alle Vorstellungen der Weltanschauungen
wirtschaftlich erklären. Das kann er
natürlich nicht, wohl aber zeigt er, in
wie auffallendem Maß gewisse Zeiten
oder Menschengruppen selbst aus dem
selben Gedankenstoff, wie zum Beispiel
dem biblischen, gerade solche Seiten
hervorhoben oder entsprechend umbil-
deten, die ihrem sozialen Zustand ge-
mäß waren. Diesen inneren Beziehun-
gen ist Schultze nicht nachgegangen. X
Allgemeinere Beachtung verdient die von
Dr. V. Schweizer herausgegebene
Sammlung *Kulturträger* /Leipzig,
Seemann/, die in wohl ausgestatteten
Bänden zu 1 Mark Mitteilungen über
das Leben und Wirken bedeutender
Männer, wie Buddha und Buddhismus,
Confucius, Zarathustra von Dr. Reiner,
Maeterlinck, Spinoza, Hegel von Dr.
Ludwig Sehring, Voltaire von Dr. Eu-
gène la Poudroie usw., enthält. Sie wird
manchem, der zu eingehenderen Studien
über die betreffenden Personen und ihr
Wirken keine Zeit hat, aber sich doch
wenigstens orientieren möchte, gute
Dienste leisten.

Hygiene / Benno Chajes

Impfzwang In Anbetracht der Tat-
sache, daß seit über 3 Jahr-
zehnten erhebliche Pocken-
epidemien im Deutschen Reich dank
der im Jahr 1874 eingeführten Zwangs-
impfung nicht mehr aufgetreten sind,
ist es wohl begreiflich, daß die schwar-
zen Pocken für die Bevölkerung Deutsch-
lands ihren Schrecken verloren haben.
Die Mehrzahl des deutschen Volkes
empfindet heute nur die Unannehmlich-
keiten der Impfung, ohne sich ihres
enormen Nutzens bewußt zu werden, da
sie ja nicht wie die früheren Generatio-
nen unter dem Eindruck der Gefahr
einer Pockenepidemie steht. Diesem Um-
stand ist es auch zuzuschreiben, wenn
die Agitation gegen den Impfzwang
vielfach einen geeigneten Boden findet
und von Zeit zu Zeit sich zu einer Staats-
aktion, wie in diesem Fall einer Petition
an den Reichstag zur Aufhebung des
Impfzwangs, auswächst. In hohem Maß
bedauerlich ist es, wenn auch Vertreter

der Sozialdemokratie, wie zum Beispiel
Genosse Zietsch, in das selbe Horn
stoßen und so dazu beitragen endlich
überwundene Gefahren wieder heraufzu-
beschwören. Auf die Gründe, die die
Impfgegner für ihre Sache anführen,
ausführlich einzugehen ist hier nicht der
Ort, aber einige unanfechtbare Zahlen
dürften wohl wirksamer als seitenlange
wissenschaftliche Widerlegungen den
Unfug der impfgegnerischen Agitation
beleuchten: Während in den Jahren 1871
und 1872 in Preußen 124 948 Personen
und in Bayern 8062 Personen an den
Pocken starben, ist unter dem Einfluß
des Impfgesetzes vom 8. April 1874 die
Krankheit so erheblich zurückgegangen,
daß in dem 10jährigen Zeitraum von
1896 bis 1905 im Deutschen Reich im
Jahresdurchschnitt 207 Personen an den
Pocken erkrankt und nur 25 gestorben
sind. Dabei betraf mehr als die Hälfte
dieser Fälle Ausländer, insbesondere
russische landwirtschaftliche Arbeiter,
russische Auswanderer und italienische
Erdarbeiter. Auch machen sich die
Einschleppungen aus den mit Pocken
verseuchten Gebieten des Auslands, be-
sonders in den Grenzstreifen des Ostens
und Westens des Reichs und in den
Hafenorten bemerkbar. Im übrigen er-
krankten meist Angehörige gewisser Be-
rufsklassen, die der Ansteckungsgefahr am
meisten ausgesetzt waren, zum Beispiel
Krankeupfleger, Desinfektoren, Wäsche-
rinnen, Personen, die mit der Verarbei-
tung ausländischer Lumpen und Federn
beschäftigt waren, etc. Wenn nun die
Impfgegner bei ihrer Petition die *Ge-
wissensklausel*, das heißt die Befreiung
solcher Personen vom Impfzwang durch-
zuführen wünschen, die vor der Behörde
erklären, daß sie die Impfung ihres
Kindes nicht mit ihrem Gewissen verein-
baren können, sowie es zurzeit in Eng-
land der Fall ist, so zeigt wiederum die
englische Statistik, daß die alljährliche
Sterblichkeitsziffer an Pocken in Eng-
land seit Einführung der Gewissens-
klausel von 23 Fällen auf 820 pro 100 000
der Bevölkerung gestiegen ist, und die
jüngsten Pockenepidemien in Glasgow
und im westlichen Schottland beweisen,
daß nur eine strikte Durchführung der
Impfung — ohne Gewissensklausel, bei
der in England 20 bis 22 % der Kinder
ungeimpft bleiben — ein wirksamer
Schutz ist. Daß die Impfung keinen ab-
soluten und dauernden Schutz gewährt,
ist ja bekannt, aber die Sterblichkeit im

Deutschen Reich belief sich bei den in den letzten Jahren beobachteten Fällen durchschnittlich auf 28 % der ungeimpften, 7 % der einmal geimpften und 5 % der wiedergeimpften Personen. Diese Zahlen bedürfen keiner weiteren Erörterung. Die weiteren Behauptungen der Impfgegner von der Übertragung von Krankheiten durch Impfung zeugten entweder von Unkenntnis oder Böswilligkeit, denn da heute in Deutschland nur genau kontrollierte Tierlymphe gebraucht, nie mehr von Person auf Person überimpft wird, ist eine Krankheitsübertragung ausgeschlossen oder kann nur auf einem Kunstfehler des Impfenden beruhen, der natürlich ausgeschlossen werden muß und kann. Endlich gibt auch das heutige Gesetz dem impfenden Arzt jede Möglichkeit schwächliche oder kränkliche Kinder von der Impfung zu befreien, wenn ihnen irgend eine Gesundheitsschädigung dadurch drohen könnte.

Wenn auch heute von den Impfgegnern noch keine öffentliche Gefahr droht, so ist das nicht zum mindesten der hier einmal vernünftigen festen Stellung der Regierung zuzuschreiben, die derartigen Bestrebungen ein kräftiges *Quos ego!* zuruft. Die sozialdemokratischen Impfgegner sollten aber einmal die Tatsachen für sich sprechen lassen, wenn sie schon an den Ergebnissen der modernen bakteriologischen Forschung blind vorübergehen, und daran denken, daß sie mit ihren impfgegnerischen Bestrebungen in beinahe frivoler Weise eine öffentliche Gefahr, besonders für das Proletariat, heraufbeschwören.

× **Pestepidemie** Die Pestepidemie, die zurzeit im östlichen Asien wütet, nahm nach den Mitteilungen des bekannten Forschers Chantemesse ihren Ausgang von dem westlichen Teil der Mongolei, dem Gebiet des Baikalsees. Als der Träger des Krankheitsgifts wurde ein Nagetier, der Präniebiber oder Tarbagan, festgestellt. Durch Jäger, die diese Tiere des Pelzes wegen jagten, wurde die Krankheit in der Mongolei verbreitet und längs der ostchinesischen Bahn nach China eingeschleppt. Auf dem jüngst in Petersburg abgehaltenen Kongreß für Epidemiologie und Hygiene berichtete Professor Sabolotnij aus Petersburg, der im Auftrag der ostchinesischen Eisenbahn die Bekämpfung der Pest organi-

siert, ausführlich über den Verlauf der Seuche. Es handelt sich hier um die besonders gefährliche Form der Lungenpest (Pestpneumonie), die immer — bis auf vereinzelte Ausnahmen — am 3. oder 4. Tag nach der Erkrankung zum Tod führt. Die Übertragung fand bei den dicht gedrängt wohnenden Chinesen weniger durch die Ratten als durch Staub, Auswurf, Husten etc. statt. Es scheint, als ob die jetzt einsetzenden strengen Absperrungs- und anderen Bekämpfungsmaßnahmen zu einem Stillstand der Seuche führen.

Weniger bekannt ist die Tatsache, daß auch in Europa, in Odessa, seit einem Jahr eine Pestepidemie, allerdings in erheblich geringerem Umfang und in der etwas weniger tödlich verlaufenden Form der Bubonepest, herrscht. Auf dem erwähnten Kongreß machte der Odessaer Arzt Dr. Skschivan nähere Angaben über den Verlauf der dortigen Epidemie, bei der 141 Todesfälle registriert wurden. Er betrachtet diese durchaus noch nicht als erloschen.

×

× **Kurze Chronik** Professor Escherich in

Wien, einer der bedeutendsten Forscher auf dem Gebiet der Kinderheilkunde, ist im Alter von 54 Jahren gestorben. Bekannt sind seine Arbeiten über die Darmbakterien des Säuglings, Diphtherie, Tuberkulose etc. Auch auf sozialhygienischem Gebiet ist er durch die Errichtung von Säuglingsfürsorgestellen in Wien, die hauptsächlich auf seine Initiative zurückzuführen sind, hervorgetreten. × In Kopenhagen ist der bekannte Physiologe Professor Bohr gestorben. × In Wien schied Professor Braun im Alter von 82 Jahren aus dem Leben. Braun war der Senior der österreichischen Frauenärzte und hat von 1873 bis 1901 die gynäkologische Klinik in Wien geleitet. × Der bekannte Physiologe Bernstein in Halle, der die Professur für Physiologie an der dortigen Universität inne hat, tritt von seinem Lehramt zurück. × In Charlottenburg ist ein Wohnungsamt errichtet worden; die Aufgaben, die es zu erfüllen hat, sind recht mannigfach: Abgesehen von der Statistik soll es sich mit Wohnungspflege, -nachweis und -fürsorge beschäftigen, insbesondere Kleinwohnungen und Schlafstellen sowie die Unterbringung von Dienstboten bei den Dienstherrschaften überwachen. Es sind 2

besoldete Wohnungspfleger angestellt. Die Behörde selbst umfaßt 5 Magistratsmitglieder, 7 Stadtverordnete, 9 Bürgerdeputierte sowie 3 Frauen mit beratender Stimme.

× **Literatur** Die Reihe der zum Teil auch das allgemeine Interesse, nicht nur das des Fachmanns, erregenden *Wiener Arbeiten aus dem Gebiet der sozialen Medizin*, herausgegeben von Dr. Ludwig Teleky /Wien, Perles/ wird von dem Referat Telekys *Die Aufgaben und Ziele der sozialen Medizin* eingeleitet. Wertvolles Material bringt Sorer in seiner Abhandlung *Militärtauglichkeit in Stadt und Land*, wobei besonders auf die Mängel der heutigen Rekrutierungsstatistik hingewiesen wird und Vorschläge zu deren Abhilfe gemacht werden. Die übrigen Arbeiten beziehen sich auf umgrenzte Themata der Gewerbehygiene, wie zum Beispiel die von Baß *Die Gesundheitsverhältnisse der Wiener Steinmetzen und Perlmutterdrechsler*, die Brezinas *Die Beschaffung der Luft in kleingewerblichen Betrieben Wiens* und andere mehr. Hoffentlich folgen dieser ersten Serie andere ebenso wertvolle nach. × Einen gemeinverständlichen Leitfaden *Gewerbliche Gesundheitspflege* hat Dr. Goliner geschrieben /Berlin, Troschel/. Gegen den Inhalt des Büchleins, das auf 79 Seiten alles Wissenswerte auf diesem Gebiet bringen will, daher eben nur trotz seiner klaren Darstellung oberflächlich bleiben muß, ist wenig zu sagen. Wichtiger erscheint es mir freilich einzelne, aber ausführliche Führer über die Gewerbehygiene einzelner Berufsarbeiten dem Arbeiter an die Hand zu geben. × In der kurzen, aber wertvollen Abhandlung *Der Selbstmord im kindlichen und jugendlichen Alter* /Langensalza, Beyer/ kommt Dr. Eugen Neter zum Schluß, daß die Behandlung in Haus und Schule die Veranlassung zum Selbstmord bildet, und daß nur eine Abänderung der falschen Erziehungsweise, unter der heute ein großer Teil unserer Jugend leidet, dieser die gesunde Lebensfreude wiedergeben werde. × *Bericht der Kommission für Arbeiterhygiene und -statistik der Abteilung für freie Arztwahl 1907 bis 1909* betitelt sich ein stattlicher Band, der von Dr. M. Epstein in München, dem Vorsitzenden der Kommission, heraus-

gegeben wird. In der Einleitung gibt der Herausgeber einen Abriß der umfassenden und auch erfolgreichen Tätigkeit der Kommission. Es seien hier von den abgedruckten Referaten, die nur einen Teil der wissenschaftlichen Arbeit, die geleistet wurde, darstellen, Dr. Groth *Säuglingssterblichkeit in Bayern und Scholl Reform der Arbeiterversicherung* unter anderen erwähnt. Der Bericht zeigt das rege Leben und die fleißige Arbeit der Kommission, die auch viele praktische Erfolge in den wenigen Jahren ihres Bestehens aufzuweisen hat. × Der jüngste, von der Medizinalabteilung des preußischen Kultusministeriums bearbeitete Bericht über die Gesundheitsverhältnisse in Preußen (*Das Gesundheitswesen des preußischen Staats im Jahr 1908* /Berlin, Schoetz/) übertrifft die vorangegangenen noch an Reichhaltigkeit. Sämtliche Gebiete der öffentlichen Hygiene sind nach gleichen Gesichtspunkten hin ausführlich behandelt und die beigelegten Tabellen bieten eine Fülle von Material. Die einzelnen Kapitel: Bewegung der Bevölkerung, Gesundheitsverhältnisse (betrifft die beobachteten Erkrankungen), Wohnungen, Straßen, Wasserversorgung, Beseitigung der Abfallstoffe, Nahrungs- und Genußmittel, Schulen, gewerbliche Anlagen, Fürsorge für Kranke und Gebrechliche, Gefängnisse, Bäder, Leichenwesen, Medizinalpersonal und Kurpfuscherei zeigen die Einteilung des großzügigen Werkes und erleichtern die Benutzung. Es ist natürlich nur möglich auf einzelne interessante Ergebnisse aufmerksam zu machen: So starben zum Beispiel an Krebs im Jahr 1908 11 551 Personen gegen 9678 im Jahr 1903, das ist 3,19 % der Todesfälle gegen 2,61 %; ferner starben im Jahr 1908 2033 Personen an Blinddarmentzündung. Eine Reihe von Tabellen gibt bemerkenswerte Aufschlüsse über die Verbreitung dieser letztern Krankheit. Wertvoll ist ferner besonders für den Sozialhygieniker das Kapitel *Wohnungen*, und zwar besonders deshalb, weil es eine Reihe von Einzeldaten bringt, die in dieser Fülle und vor allem Richtigkeit nirgends so zu finden sind. In Anbetracht des zurzeit zur Beratung stehenden Gesetzentwurfs zur Bekämpfung der Kurpfuscherei ist das letzte Kapitel *Kurpfuscherei* von besonders aktuellem Interesse und dürfte den maßgebenden Stellen zur Durchsicht empfohlen werden.

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf

Zeltromane In der von Ernst Heilborn und Erich Schmidt besorgten Gesamtausgabe der Schriften des Jakob Julius David ist der Wiener Roman *Der Übergang* erschienen /München, Piper/. Weil der Wiener Dichter ein so fester, von einem tragischen Charakter und Schicksal geleiteter Mann gewesen ist, hinterließ er bei seinem Tod viele Freunde. Es waren die besten Köpfe, die zu ihm hielten, die auch diese Gesamtausgabe ermöglichten. Die geschmackvollen, klugen Männer sind sich dessen wohl bewußt gewesen, daß Davids Kunstverstand und seine moralische Energie weit stärker gewesen sind als sein lebendiges Formtalent. Der Lyriker war von der Reflexion eingeengt, die seinen Versen oft das Unmittelbare nahm, um sie in die Abstraktion einzutauchen. Auch der Erzähler war mehr ein theoretischer Anordner der Seelenprobleme, des zeitlichen Kolorits und der landschaftlichen Schönheiten. In der historischen Novelle sind diese Gaben, zu denen ein sorgfältig geschulter Stil kommt, nicht ohne Verdienst. Im Roman ist David über ganze Kapitel lang sehr nüchtern. Selbst sein bester Roman, *Das Höferecht*, leidet unter einer solchen Trockenheit des Erzählers. Der Roman vom *Übergang*, der Wiens Aufkommen zur Großstadt schildert, zeigt überall die Mittel der Anlage, den Entwurf, den Fleiß, die logische Überlegung des Dichters. Wie die alteingesessene Wiener Bürgerfamilie aus ihrem Besitz verdrängt wird, wie sie sich auflöst, wie die Töchter und Söhne sich in andere Verhältnisse und Kasten retten oder verlieren, wie sie gar in Verbrechen und Unglück vergehen, das erzählt David hier. Wir sind durch die Technik der besten Zeitgenossen sehr verwöhnt worden, so daß wir überall die Methode der gegenwärtigen Schilderung, das Für und Wider eines gesprochenen Dialogs eher anerkennen als Zusammenfassungen in indirekter Rede und ähnliche Kunstmittel, die schon der Vergangenheit angehören. Der Schriftsteller Alexander Ular, der über Orientpolitik und entlegene Wirtschaftsprobleme nicht uninteressant zu plaudern weiß, möchte auch ein Romancier sein. In dem früheren Roman von der *Gelben Blut* gelang es ihm noch die Gegensätze zwischen Chinesen und Weißen so zu spannen, daß dabei eine unterhaltsame Geschichte herauskam. Nun

geht sein Ehrgeiz weiter, da er einen sozialen Roman von Menschen und Verhältnissen gab, die wir mühelos kontrollieren können, die uns nahestehen. Die *Zwergenschlacht* /Frankfurt, Rütten & Loening/ ist der Kampf des Kapitals gegen die Besitzlosen. Es dreht sich um Riestrusts, Aussperrungen und Generalstreiks. Amerikanische Milliardäre, Arbeiterführer, sozialistisch schwärmende Milliardärstöchter treten auf. Eine laute Volksversammlung, ein Run auf Bankkassen, ein Protzenpalast mit antiker Marmorgalerie, ein Proletarierhotel und ein Volksaufstand werden geschildert. Ein paar Herzenswirrungen zwischen der Milliardärstochter und dem Arbeiterführer, ein blutiger Tod und väterlicher Schmerz werden erzählt. Alles ohne Grund. Solche Werke können Ular aus einer leicht erworbenen Achtung verdrängen.

× **Frauenbücher** Bei der Schwedin Selma Lagerlöf, der Sägerin des Helden Gösta Berling, beginnt die Jugend zu verstiegen, die prächtige Romantik und die große Lebensschwere. *Ein Stück Lebensgeschichte* heißt ihr neues Buch /München, Langen/. Kleine Erfahrungen und Gedanken werden mit priesterlicher Weit-schweifigkeit abgehandelt. Doch ist das Buch immerhin von der Lagerlöf, also auf jeden Fall gut zu lesen.

Wohl ein wenig zu selbstbewußt tritt Franziska Mann in ihrem Bändchen *Von Kindern* /Berlin, Juncker/ auf. Ihre Skizzen sind Zwitterföschöpfungen von Erfindung und strenger Beobachtung.

Ein Kinderbuch *Mein Junge und ich* /Berlin, Concordia/ schrieb Meta Schoepp. Es berichtet von Mutterfreuden und Mutterwehmut.

In einer ganz andern, größere Wahrheitsliebe, größere Scharfsichtigkeit fordernden Welt lebt Clara Viebig. *Die vor den Toren* ist ihr letzter Roman /Berlin, Fleischel/. Man schätzt ihr Talent zu hoch, wenn man sie an Zola mißt. Der große Symbolismus, der Zolas große Werke auszeichnet, fehlt ihr. Sie ist eine strenge Beobachterin und will nicht deuten und verewigen. Zolas Warenhausroman wird ein Weltbild von der Putzleidenschaft der Frau, sein Markthallenroman ein Weltbild vom Hunger und Schwelgen, sein Wollustroman ein Weltbild der menschlichen Sinnlichkeit überhaupt, sein Fruchtbarkeitsroman ein Weltbild der Gesundheit

und des schlichten Lebens. Clara Viebig leiht all ihren Werken mit Absicht den lokalen, den beengten Charakter, und sie hütet sich auch diesmal ihr Talent durch zu hohe Absichten zu ermüden. Sie erzählt die Geschichte der Millionenbauern, die 1870 noch vor den Toren Berlins wohnten. Die Riesenentwicklung der Hauptstadt bringt Geld in die Familien, aber meist viel traurige Ereignisse, Sterben, Wahnsinn und Verkommenheit. Das ist alles sachlich erzählt.

Die österreichische Polin Gabryela Zapolska ist sehr begabt, eine Schriftstellerin, die böse Dinge mit schlichter Herzlichkeit erzählt. Ihr Buch *Wovon man nicht spricht* /Berlin, Oesterheld/ ist besser als der gezierte Titel. Ein Lebensbild aus der österreichisch-polnischen Hauptstadt, in der Hauptsache die Tragödie einer Prostituierten. Das sind eben die Wesen, deren Schicksal in Schweigen verhallt, über die kein gesitteter Mensch verachtende oder verehrende Beredsamkeit aufzuwenden wagt. Die slawische Dirne ist ein mit Schwermut belastetes Mädchen, eine zu Seelenexplosionen neigende Kreatur, die sich Hunderten hingibt, die eines Tages dennoch ganz reine, himmlische Liebe empfindet und daran zugrunde geht. Diese Charakteristik ist auffällig und mir erst recht zum Bewußtsein gekommen, da sie von mehreren Schriftstellern zugleich gegeben wird. Die fanden aber, unabhängig von einander, das gleiche Resultat. Brods tschechisches Dienstmädchen, Paul Leppins Freudenmädchen, die Milada im Roman der Frau Jerusalem, Dirnen, die im *Gott der Rache* des Schalom Asch auf die Bühne kommen: alle haben sie diese lang verdeckte, aber plötzlich aufliehende Tugend wie die gütigste, unberührteste Geliebte zu sein. Natürlich verträgt sich solche Empfindung nicht mit ihrem ermüdenden, erniedrigenden Gewerbe, und dies Gesetz fördert ihren Untergang. Frau Zapolska zeichnet auch sehr gut den slawischen jungen Mann, der mit diesen halben Frauen lebt, der sich mit ihnen verbergen, der sie — vielleicht — betrügen und ins Elend jagen muß. Weil die wirtschaftlichen und seelischen Reichtümer dieser Erde noch immer nicht zum Glück sondern zur Peinigung der Menschheit dienen.

× **Kurze Chronik** Die russischen Künstler und Schriftsteller werden ein Tolstojdenkmal von großer Monumentalität erbauen. Man

will einen Hallentempel aufrichten, dessen Wände mit Sprüchen des Dichters zu beschreiben sind. In dem Tempel aber sollen nur mächtige Steine aufgeschüttet werden, die ein Sinnbild der Einigkeit und der Kraft geben. × Der literarisch nicht gebildete deutsche Staatsanwalt wird in letzter Zeit der Literatur besonders gefährlich. Er hat nicht nur, ganz gegen alle gesunde Urteilkraft, Tagebuchblätter des jungen Flaubert aus der Zeitschrift *Pau* mit Druckerschwärze getilgt; in Leipzig hat der Staatsanwalt den 1. Band einer Casanovaausgabe beschlagnahmen lassen, die von dem Verlag Georg Müller ausgeht und in jeder Beziehung nur als erste Publikation zu schätzen ist. × Der Tiroler Lyriker Martin Greif ist als Siebziger gestorben. Wenn auch eine gewisse Naturwüchsigkeit ihm manchmal einen schönen Vers eingab, so bedeutete er für den unabhängigen von Vorurteilen lebenden Kunstfreund doch nicht viel. × Bei einer Wanderung durch Wissen und Dichten aller Zeiten hat sich Carl Retsiem das gemerkt, was zum Kapitel der *Freundschaft* geschrieben worden ist. Er nannte seine Anthologie *Das Buch der Freundschaft* /Berlin, Concordia/. × Eine Sammlung von *Deutschen Novellen* bringt Carl Reißner in Dresden auf den Markt. Es sind das sehr gut gedruckte, sauber gebundene Büchlein, die einem derbern, sentimentalern Geschmack begegnen sollen. Frieda von Bülow, Ottomar Enking, Marianne Mewis, Wilhelm Jensen sind die Autoren. × Die Sammlung der zeitgenössischen Romane, die vom Verlag Ullstein in Berlin herausgegeben wird, nimmt einen tüchtigen Fortgang. Die neuesten Bändchen bringen Hegeler, Kretzer, Rosner. Für 1 Mark wird eine gute Lektüre in guter Ausstattung geboten. Nur sollte die Farbe der sonst recht ansprechenden Einbände nicht immer die gleiche bleiben: Die Sammlung wird dadurch äußerlich zu eintönig. × So viele treue Leser hat sich Rudolf Presher erzogen, daß er sogar seine winzigsten *Späne*, ein Buch von harmlosen Artikeln und Witzlein, hinausenden darf /Berlin, Concordia/.

× **Literatur** Otto Settler in New York gibt eine neue deutsch-amerikanische Zeitschrift für Kultur heraus, die lyrische Gedichte amerikanischer Poeten enthält, aber auch den sozialen Problemen der

Neuen Welt ihren Raum darbietet. *Junge Erde* ist der charakteristische Name der neuen Zeitschrift. X Martha Janßen hat ein *Dichterbild* von Karl Henckell /München, Lese/ gezeichnet. Die unbedingte Liebe hat ihr die Feder geführt. Sie charakterisiert den starken Künstler Henckell und den sozialen Lyriker, und sie widmet dem lebenden Mann so viel Sorgfalt wie sie meist erst dem toten Dichter die Unsterblichkeit erwirbt.

Bühnenkunst / Hans Winand

Faust, 2. Teil Die Aufführung des 2. Teils *Faust in Deutschen Theater* hat Freunde und Gegner der Reinhardtschen Theaterkunst aufs neue in die Arena des Meinungsstreits getrieben. Selbst wenn man dem Phänomen Max Reinhardt schöpferische Werte vollkommen absprechen will, wird der ewig pessimistische Skeptiker doch wenigstens dies einräumen müssen: Reinhardt weiß die Geister zu entzünden, die Leidenschaften zu erwecken. Der daraus entstehende Kampf, wie er auch enden möge, ist gewiß nicht fruchtlos vertan. Heute jubelt die Majorität derer, die in Kunstdingen öffentliche Meinung machen, Reinhardt zu. Es bleibt dabei gleichgültig, ob einzelne Stimmen heller oder heiserer klingen. Man soll zwar in Dingen der Kunst die Stimmen wägen und nicht nur zählen. Doch der Unparteiische, der heute die deutsche Presse in ihrer Gesamtheit flüchtig überblickt, sieht wie fast überall die freudige Ekstase über kritische Bedenken siegt.

Ich glaube nicht, daß dies als ein Gradmesser für die suggestive Wirkung Reinhardtscher Kunst auf die Massen betrachtet werden darf. Gerade jene Wirkungen, die Reinhardts Erfolge ausmachen, sind von Voraussetzungen abhängig, deren das Gros der Theaterbesucher nicht teilhaftig ist. Daß eine so grobkörnige Zerstörung des Geistes und der ganzen Struktur eines Dramas, wie die Reinhardtsche *Odipusaufführung* sie bringt, jedem einzelnen der Hunderttausende fühlbar wird, darf allein weltfremder Idealismus erhoffen. Das Publikum neigt, Gott sei Dank, nicht dazu empfangene Eindrücke intellektuell und psychologisch zu zergliedern. Es verlangt Eindrücke und will sie nicht analysieren oder auf ihre Rechtmäßigkeit prüfen: Es will nur empfangen. Doch die Eindrücke, die von Reinhardts Regiearbeit ausgehen, können in ihren Vorzügen oder Nachteilen unmöglich unmit-

telbar auf das Gros der Menge wirken. Die öffentliche Meinung springt hier in die Bresche. Es ist ein merkwürdiges Phänomen und für den Drang unserer Zeit nach Ekstase charakteristisch, daß die Macher der Meinung in einer solchen Angelegenheit wie zum Beispiel der *Odipusaufführung* vollkommen versagten. Die 3 glänzenden Massenszenen, die gerade durch ihre Vorzüge die poetische Ökonomie des Dramas auf den Kopf stellten, scheinen auf die *Oberen* 100 des Geistes so überwältigend gewirkt zu haben, daß die Erinnerung an Sophokles erlosch. Es ist kein Zufall, daß man in den zahllosen Artikeln und Notizen nie mehr vom *Odipus des Sophokles* hört; es gibt in Deutschland nur einen *Odipus im Zirkus* oder *Reinhardts Odipus*. Die Menge, die jedem dankbar ist, der ihr in Kunstdingen die Mühe einer Wertung abnimmt, unterliegt bereitwillig dieser Suggestion, die von drei Dutzend Köpfen ausgeht und ebenso viele Millionen Köpfe erobert. Das Phänomen ist für den Psychologen interessant. Doch ich kann nicht glauben, daß diese Erscheinung ein Thermometer Reinhardtscher Suggestivkraft bedeutet: Ich glaube nicht, daß dieses Urteil auf rein künstlerischen Eindrücken sich aufbaut.

Dies wird nicht ohne Grund vorausgeschickt. Die *Odipusaufführung* in ihrer antigriechischen Tendenz hätte bei denen, die sich gern Kunstrichter nennen hören, vielleicht wirklich einen ehrlichen Meinungskampf erwecken können. Hier suchte Reinhardt immerhin mit Mitteln zu wirken, die ein extremes Echo erwecken konnten, gleichviel ob nun eine erbitterte Opposition oder ein ekstatisches Gloria die Reaktion gebildet hätte. Der Jubel und die Bedenken gegen die *Faustaufführung* aber entbehren jeder Wahrscheinlichkeit. Sie können nicht echt sein, weil unmittelbare dramatische Wirkungen vom 2. Teil *Faust* auf den naiven voraussetzungslosen Zuschauer nicht ausgehen. Als Goethe in den Gesprächen mit Eckermann meinte, die bunte Mannigfaltigkeit der Gestalten werde genügen, um schlichtere Geister zu erbauen, hatte er nicht das Berliner Publikum des 20. Jahrhunderts im Auge. Die reine Freude, die sich mit der sinnlichen Schönheit, mit Linie, Farbe und Bewegung der Erscheinung begnügt, ist von höheren Voraussetzungen abhängig. Gerade der schlichtere Geist vermag sich zuletzt den Fesseln logischer Folgerun-

gen zu entziehen, nicht umsonst fragt das Kind bei allem: warum, wozu und weshalb. Dazu kommt, daß Reinhardt just in der Inszenierung des *Faust II* die sinnliche Schönheit der Erscheinung in einer an sich löblichen Einfalt der Form sucht. Nur im Mummenschanz bricht er zur Mannigfaltigkeit vor: und endet im *Metropoltheater*. Die Aufführung im ganzen ist gar nicht geeignet starke Emotionen für oder wider Reinhardts Arbeit zu erwecken. Den Theatertechniker wird es interessieren, wie diese oder jene Verwandlung zustandekommt. Der Maler wird sich durch dieses oder jenes Bild angezogen fühlen, wird die schlechten Mittel, durch die einzelne Wirkungen erreicht werden, bewundern. Der naive Besucher, der Goethe hören und *Faust* sehen will, wird nur bei einem Teil der Aufführung stärkere Wirkungen empfangen: in den Helenaszenen, wo Antike und Mittelalter aufeinanderstoßen, und zwei einander ganz fremde Welten in der Liebe und in der Sehnsucht nach einem Fortleben sich vermählen. Im übrigen bietet die Aufführung, vom Mummenschanz abgesehen, eine Einfachheit, die man bei anderen Gelegenheiten bei Reinhardt mit höchsten Tönen loben würde und doch hier, beim z. Teil *Faust*, nur mit einem etwas skeptischen Wohlwollen erduldet. Bei einem Teil der Szenen sind die Prinzipien des Münchener *Künstlertheaters* aufgenommen: ein schmales Spielfeld im Vordergrund der Bühne, dahinter eine unsichtbare Vertiefung und als Abschluß eine schlichte Kulisse. Der künstliche Zwischenraum zwischen Darsteller und Hintergrund gibt den Gestalten in der Tat die ersehnte körperhafte Wirkung. Aber die Beengung der Bewegungsfreiheit weht wie ein kühler Schauer der Ernüchterung auf einen herab und hindert den unmittelbaren Genuß des Bühnenbilds. Bei anderen Szenen hat man die Schlichtheit des Dekorativen durch Mannigfaltigkeit der Beleuchtung abgedämpft, bringt, wie zum Beispiel in der klassischen Walpurgisnacht, sogar täuschende atmosphärische Wirkungen hervor; aber all das sind löbliche Kunststücke, die merkwürdig kühl lassen.

Warum lassen mich diese Bühnenbilder kühl, ohne daß ich tadeln möchte? Warum wirkt das Dekorative nicht, das zum Beispiel in der *Hamlet*-Aufführung so starke Eindrücke vermitteln half? Im *Hamlet* brachte die monumentale Schlichtheit des Szenischen eine Erhöhung des Aus-

drucks, weil vor den Vorhängen und Kulissen ein großer Schauspieler wirkte. Da verschmolzen Bild, Handlung, Personen durch die Gewalt eines Temperaments zur Einheit, und man genoß in frommer Andacht die weihewolle Wohllust alle Bedenken sterben zu sehen, ehe sie geboren werden konnten. Hier, im *Faust II*, stehen die Bühnenbilder mit ihren Vorzügen und ihren Mängeln sozusagen in der Luft. Es sind Bilder, schlechthin Bilder, die wir schön oder weniger schön finden. Doch keine Brücke führt zu Goethe und zu der Tragödie *Faust II*. Ich habe Bassermann nicht gesehen, weiß daher nicht, wieweit seine Kunst eine höhere Einheit in die Bilder zaubert. Die Aufführung, die ich sah, zerfiel hart in 2 Teile: in Dekoration und in Darsteller. Wenn man Reinhardt nicht dafür verantwortlich machen will, daß die Darstellung in ihrer Gesamtheit klein und dürftig war, so wäre er von der Schuld dieses Zweispalts freizusprechen. Denn die Bilder bieten bildhafte Schönheiten und zugleich keine Entgleisungen: Was ihnen fehlte, war Besetzung, waren Schauspieler. Aller Geist Wegeners und alle Intelligenz dieses Künstlers reichen nicht aus die bunte Vielheit dieser Aufführung zu einer geistigen Einheit zusammenzuschmelzen. Unerträglich aber, schlechthin unerträglich ist die Sprechweise, die Reinhardts Bühne zum Prinzip erhebt. Sie manifestiert sich am schlimmsten in den Ensembleszenen, wo ganze Chöre von Frauen nicht deutsch sondern Eysoldtisch sprechen. Es ist unheimlich und beklemmend, wie viele Töchter der Künstlerin an ihrem Wirkungskreis erstanden sind: Jede Schauspielerin, die bei der Aufführung den Mund öffnet, imitiert den Stimmcharakter Gertrud Eysoldts, deren plötzliches Emporschnellen des Tones und auch jene primitive Tonmalerei, die sich bei der Eysoldt immer mehr zu einer Manier entwickelt. Es ist fast ein System, das in seiner Schlichtheit der Auffassung bei einer so geistreichen Schauspielerin verblüfft. Das Wort *schwarz* beispielsweise wird im Tonfall schwarz gemalt, also ganz dunkel mit Brustton; das Wort *Himmel* symbolisiert etwas Hohes, also wird die hohe Stimmlage angezogen; *Freude* ist schlechthin ein vogelhaftes Piepsen und *Kummer* ein dumpfes Vibrieren in der Tiefe. Wenn die Eysoldt selbst, mit ihrer fabelhaften Beweglichkeit der Stimme und des Ausdrucks, solch pointillierende Sprachmethode pflegt,

bleibt dies bei der unerschöpflichen Vielseitigkeit ihrer Stimme immerhin noch diskutabel. Ihr Euphorion ist neben Wegeners Mephisto zweifellos die ausdrucksvollste schauspielerische Leistung des Abends. Doch unerträglich wird diese schematische Systematisierung des Tonfalls, wenn alle anderen Damen in blinder Pedanterie die gleiche Bahn einschlagen. Es war, als ob sich Gertrud Eysoldt kaninchenhaft vervielfacht habe. Aus jeder Ecke der Bühne ertönt ihre Stimme; jede Frau, die den Mund öffnet, spricht in der gleichen Manier: Man verläßt schließlich das Theater als gläubiger Anhänger der Seelenwanderung. Doch man kann auch anders. In den Walpurgisnachtszenen und auch in den Bildern, wo die Mägde der Helena unisono sprechen, sucht man künstlich eine monumentale Sprache zu gewinnen. Das Streben danach ist rühmlich, die Ausführung schlechthin unter aller Kritik. An Stelle des Sprechens ist ein langgezogener Gesang getreten, der Silbe um Silbe dehnt, mit monoton gleichmäßiger Hebung der letzten Worte. Man wähnt durch zeitliche Auseinanderzerrung des Lautes der Sprache größere künstlerische Dimensionen zu geben. Wenn solche Experimente gerade mit den Worten Goethes, die in sich eine solche überwältigende Melodie tragen, gemacht werden, bleibt dem Zuhörer nur ein kühler Schauer des Entsetzens. Unerklärlich, daß ein bühnenkundiger Regisseur wie Reinhardt so wenig Ohr für die Schönheit der Goetheverse entwickelt; denn anders bleiben so mißverständene Bemühungen durch Klangdehnung des Wortes Erhabenheit zu geben unbegreiflich.

Alles in allem hat Reinhardt mit seiner *Faust*-Aufführung einen brauchbaren und guten Rahmen zu einer wirkungsvollen Wiedergabe des 2. Teils der Dichtung gegeben. Man mag über Einzelheiten anderer Ansicht sein: In der Bewältigung des szenischen Problems steckt ernstes Wollen und ungewöhnliches Können. Daß dieser Arbeit ihr eigentlicher Lohn, die Ergriffenheit des Beschauers, versagt bleibt, liegt nur an den darstellerischen und vor allem an den sprachlichen Unzulänglichkeiten der Aufführung. Man stelle in diesem Rahmen wirklich überragende Künstler und vor allen Dingen Schauspielerinnen, die sich in der Ausübung ihrer Kunst nicht mit einer unerträglich unselbständigen Nachahmung ihrer Kollegin Gertrud Eysoldt begnügen, und man wird eine *Faust*-

aufführung haben, wie die Gegenwart sie braucht. Es ist bezeichnend, daß schon die Stimme der Heims, der Helena, inmitten der vielen kleinen Eysoldts wie eine Erlösung wirkte. Überhaupt bleiben die Helenaszenen die beste Leistung in dieser Aufführung: die einzigen, in denen die Größe Goethescher Gedanken wirklich sinnlichen Ausdruck erlangt.

×
Berlin: Hebbeltheater Im *Hebbeltheater* spielte man vor geladenem Publikum Hans Kysers *Medusa*, ein Werk, das ich sofort verteidigen würde, wenn man den Verfasser als talentlosen Stümper verschrie. Doch man hebt den jungen Dichter in den Himmel und macht aus einem temperamentvollen Jugendwerk, das von peinlichen Unerquicklichkeiten und Entgleisungen des Geschmacks strotzt, ein künstlerisches Ereignis von angeblich zeitloser Bedeutung. Wieder eines jener für die Unsicherheit unseres Geschmacks typischen Beispiele, in denen Ursachen und Wirkungen in ihren Dimensionen jeden Zusammenhang verlieren. Merkwürdig aber bleibt die Art, wie man bei der Aufführung dieses Stückes die für mein Empfinden unerquicklichen Seiten des Problems in den Vordergrund schob. Der Regisseur hat zweifellos sein Ziel erreicht. Doch über dies Ziel läßt sich kaum streiten. Ich vermag in einer sklavisch naturalistischen Wiedergabe neurasthenischer Verirrungen einer sich gar wild gebärenden und im Grunde doch kraftlos Kranken Erotik weder Erhebung noch Erbauung zu finden. Mag sein, daß mein Geschmack der eines Philisters ist: Ich habe auf der Bühne wie im Leben für Helden, die aus ihren kleinen erotischen Nöten mit viel Geschrei weltbewegende Tragödien machen, Bewunderung nie aufbringen können und glaube immer noch, daß die Erotik hinter dem Vorhang oder hinter der Schlafzimmertür fruchtbarer ist als die im Rampenlicht oder am Stammtisch. Ich glaube auch, daß die Vorzüge des nur als Talentprobe interessanten Stückes von Hans Kyser stärker und eindrucksvoller gewirkt hätten, wenn die Regie den Nachdruck mehr auf das künstlerische als das sexuelle Ringen des Helden gerichtet hätte. Doch das sind Anschauungen, die letzten Endes subjektiver Natur sind, und die sich zwar diskutieren lassen, aber doch nicht diskutiert werden, weil Verschiedenheit des

Gefühls auf solchen Gebieten nicht durch intellektuelle Erwägungen sondern einzig und allein aus dem körperlichen Distanzgefühl des einzelnen zur Mitwelt sich erklären lassen.

× **Kurze Chronik** Wie verlautet, verläßt Tilla Durieux den Verband des Deutschen Theaters und wird vom Beginn der kommenden Saison an im Neuen Schauspielhaus auftreten. × Auch Wegener soll die Absicht haben zum Neuen Schauspielhaus überzutreten, falls Reinhardt seinem Gesuch um Entlassung aus seinem Vertrag stattgibt. × Max Reinhardt unternimmt in Budapest ein Gastspiel, bei dem er mit seinem Ensemble zum erstenmal das ungarische Nationaldrama *Banus-Bank* in deutscher Sprache zur Aufführung bringt. Das Werk soll dann im kommenden Herbst auch in Berlin im Deutschen Theater in Szene gehen. × Nachdem der *Rosenkavalier* in Dresden, Hamburg, Wien, München, Nürnberg, Bremen, Halle und Magdeburg in Szene gegangen ist, hat sich Herr von Hülsen entschlossen das Werk auch für Berlin anzunehmen.

KULTUR

Kolonisation / Gerhard Hildebrand

Innere und äußere Kolonialwirtschaft Sieht man von der volkswirtschaftlich doch nur indirekt wertvollen Diamantenproduktion Deutsch Südwestafrikas ab, so ist unter den deutschen Kolonien Kamerun noch immer die leistungsfähigste. Ihm folgt unmittelbar Deutsch Ostafrika und im weitem Abstand Togo. Es ist auffallend, wie gleichmäßig sich diese Schutzgebiete in den letzten Jahren entwickelt haben, sowohl nach der absoluten Steigerung ihrer Lieferungen wie nach ihrem Verhältnis zu einander. Die Ausfuhr Kameruns betrug 1900 5 886 000 Mark, 1903 7 565 000, 1906 9 946 000, 1909 15 701 000 Mark. Deutsch Ostafrika lieferte 1900 4 294 000 Mark, 1903 7 054 000, 1906 10 995 000, 1909 13 120 000 Mark. Für Togo sind die entsprechenden Ziffern: 1900 3 059 000 Mark, 1903 3 616 000, 1906 4 199 000, 1909 7 372 000 Mark. Nur 3mal in dem Zeitraum von 1900 bis 1909, nämlich 1904 bis 1906, stand Deutsch Ostafrika mit seinen Lieferungen an der Spitze. Ohne Zweifel wird es sie schließlich endgültig erobern, weil es doppelt so groß

ist wie Kamerun, weil es mindestens die doppelte, möglicherweise aber auch die 3fache Bevölkerungsziffer besitzt, die für Kamerun auf 2,3 Millionen, für Deutsch Ostafrika auf 6 bis 9 Millionen angegeben wird, weil es Ende 1910 bereits 1219 Kilometer Bahnen in Betrieb und im Bau hatte, gegen 520 Kilometer in Kamerun, und weil die Durchführung der Bahnen nach den großen Seen sehr viel größere Verkehrsgebiete aufschließt als der weitere Ausbau der Kamerunbahnen. Aber die gegebenen Ziffern beweisen doch, daß die europäische Plantagenwirtschaft, die in Deutsch Ostafrika ihr Hauptbetätigungsfeld hat, keineswegs einen so starken Einfluß auf die Hebung der Produktivität besitzt wie ihr vielfach zugeschrieben wird. Nach den letzten Jahresberichten über die deutschen Schutzgebiete in Afrika und der Südsee 1909-1910 — die jetzt bei Mittler in Berlin erscheinen — besaß Deutsch Ostafrika am Ende des Rechnungsjahrs 1910 beinahe 348 000 Hektar europäisches Plantagenland, davon 50 476 Hektar bebaut und 10 074 Hektar ertragsfähig. Ertragsfähig waren unter anderen 8 377 570 Sisalpflanzen, 3½ Millionen Kautschukbäume (Manihot), 2½ Millionen Kaffeepflanzen, 163 000 Kokospalmen. Beschäftigt waren 391 Europäer und 47 684 farbige Arbeiter. In Kamerun hatte das europäische Plantagenland eine Fläche von 142 698 Hektar, davon waren 12 791 Hektar bebaut und 5 419 Hektar im Ertrag. Ertragsfähig waren 2,9 Millionen Kaffeepflanzen, 409 000 Bananen und 109 400 Ölpalmen. Die Zahl der weißen Pflanzer betrug 110, die der farbigen Arbeiter 9380. Am deutlichsten ist der Unterschied in den Arbeiterziffern: In Deutsch Ostafrika waren es 5mal so viel als in Kamerun. Aber auch das Jahr 1910 gibt noch kein Überwiegen der Ausfuhr Deutsch Ostafrikas über die Kameruns. Nach den Vierteljahrsummenstellungen des Deutschen Kolonialblatts lieferte Deutsch Ostafrika von Januar bis September 1910 für 14,3 Millionen Mark gegen 9,65 Millionen im gleichen Zeitraum des Vorjahrs; Kamerun für 14,7 gegen 10,3 Millionen Mark. Sehr bemerkenswert sind nun die Mitteilungen, die der letzte Jahresbericht für Deutsch Ostafrika über die Bedeutung der Eingeborenenproduktion für den innern Markt des Schutzgebiets macht. Er stellt zunächst fest, daß von der Ausfuhr des Jahres 1909 (rund 13 Millionen

Mark) über 7 Millionen auf die Produktion der Eingeborenen entfällt. Dann heißt es: »Zahlenmäßig nicht nachweisbar, aber sicher weit größer ist der Wert der von den Eingeborenen in der Kolonie selbst abgesetzten Erzeugnisse. An ihrer Gewinnung sind weniger die gewerbliche Tätigkeit, wie Fischfang, Mattenflechterei, primitive Eisenindustrie usw., als die Viehzucht und vor allem der Ackerbau beteiligt, welcher letzterer in weit höherem Maß als häufig angenommen wurde, über den Eigenbedarf hinaus betrieben wird. Indes verlangt der afrikanische schwarze Bauer, wenn er seinen Betrieb ausdehnen soll, daß er für seine Früchte einen dauernden Markt und nicht nur durch einen günstigen Zufall einen Käufer findet. Aber selbst bei den unsicheren Verhältnissen des Zufallmarkts, wie solche an den Karawanenstraßen zu entstehen pflegen, hatte mitunter ein intensiverer Anbau eingesetzt, so zum Beispiel an der alten Straße von Bagamojo nach Kilimatinde. Stärker entwickelte sich der Mehranbau da, wo ein regelmäßiger Tauschverkehr benachbarter Stämme herrscht. So ist das feuchtkühle Umbala von seinen Bewohnern zu einer Kornkammer für die ganze Umgegend umgewandelt worden, weil die regelmäßig wiederkehrenden Mißernten die im wesentlichen viehzüchtenden Wambugive fast alljährlich nötigen Getreide gegen das von ihnen am Mangarasee gewonnene Salz einzutauschen. In ähnlicher Weise geben viele im Südwesten des Bezirks Daresalam wohnende Wasaramo ihren Überschuß an Körnerfrüchten für Fische hin, die ihnen die Küstenbevölkerung bis in ihre Ortschaften bringt. Sobald sichere Absatzmöglichkeiten in größerer Zahl vorhanden sind, wird die Mehrproduktion sich nach und nach mit Sicherheit einstellen.«

Der Bericht erwähnt dann noch folgende Einzelheiten: In der Landschaft Ukinga ist vor einigen Jahren der Weizenbau eingeführt worden. Infolge des guten Absatzes im Bezirk selbst, im Nachbarbezirk Jringa und sogar in Britisch Zentralafrika vergrößerten die Eingeborenen von Jahr zu Jahr ihre Felder, und es ist bereits bis zur Überproduktion gekommen. Der Bedarf des Stammes selbst wäre nach der vorjährigen Ernte, 1909-1910, bereits mit $\frac{1}{100}$ des Ertrags reichlich gedeckt gewesen. In Uluguru und West Usambara haben sich die Eingeborenen dem Anbau der (euro-

päischen) Kartoffel zugewandt, die sie an Eisenbahnbeamte und Bauunternehmer verkaufen. Im Bezirk Tanga holen sich die Negerbauern sogar Lohnarbeiter von anderen Stämmen, um den Kartoffelbau der Nachfrage anzupassen. Im Bezirk Moschi haben sowohl die Europäer wie die Eingeborenen den Maisbau so stark betrieben, daß der Preis von $4\frac{1}{2}$ bis 6 Rupien im Mißerntejahr 1908-1909 auf $1\frac{1}{2}$ Rupien für den Zentner gefallen ist.

Sehr belebend auf die innere Wirtschaft und die Arbeitsleistung der Neger überhaupt wirkt nach Angabe des Berichts die Ausdehnung des Geldverkehrs durch die Bahnbauten. Der Lohn wird von den Kontraktarbeitern zum großen Teil zum Ankauf von Gegenständen verwandt, die anfänglich nur Luxusartikel sind, aber bald nicht mehr entbehrt werden können. Neben Baumwollwaren, die in erster Linie stehen, wandern so eiserne Kochgeschirre und Steingutöpfe, eiserne Koffer und Messer, auch wohl Lederschuhe und Taschenuhren ins Land. An ihren Besitz ist der frühere Arbeiter bald gewöhnt, wie sein Weib an die bunten Tücher der letzten Küstenmode, und nach ihrem Verbrauch wird der Neger alsbald bestrebt sein sich durch Arbeit die erforderlichen Barmittel für Neuanschaffungen zu verdienen.«

Das letzte Bild, das leicht noch durch entsprechende Züge aus den anderen Schutzgebieten ergänzt werden könnte, bestätigt die Auffassung, daß die beste Erziehung zur Arbeit in der Bedürfnissteigerung besteht. Aber noch wichtiger erscheinen mir beinahe die Beobachtungen, nach denen auch schon ohne Dazwischentreten des Geldes auf dem Weg des bloßen Tauschhandels bedeutende Produktionssteigerungen eintreten, sobald nur die Vorbedingungen für einigermaßen regelmäßige Absatzgelegenheiten gegeben sind, wie in den angeführten Fällen Salz und Fische gegen Getreide und dergleichen. Bei den sehr verschiedenartigen Boden-, Witterungs- und damit Produktionsbedingungen in den einzelnen Landschaften unserer großen Kolonien bedeutet das nichts anderes als daß schon die Erleichterung und Sicherung des Verkehrs auf den innern Austausch und auf den Wohlstand der Kolonialbewohner einen starken Einfluß haben muß, auch wenn die Außenhandelsbeziehungen zunächst noch nicht immer deutlich sichtbare Spuren davon aufweisen. In dem Maß, in dem sich

die innere Wechselwirtschaft in den Kolonien hebt, wird es möglich manche Einführen, wie Mais und Reis für Bahn-, Plantagen- und Bergwerksarbeiter, aber auch Schlachtvieh und Fleisch, Geflügel und Molkereiprodukte, ferner Tabak, Zucker, Bauholz (in Südwestafrika selbst Bier und Wein) durch eigene Erzeugnisse der Kolonien zu ersetzen und damit die koloniale Wirtschaftskraft wesentlich zu stärken. Die Berichte der letzten Jahre weisen die Anfänge solcher inneren Wandlungen nach, deren Fortgang ebenso große Beachtung verdient wie der Aufschwung der Außenhandelsziffern. Erst innere Wirtschaftsentfaltung und Außenhandelssteigerung zusammen genommen geben ein richtiges Bild von den Erfolgen der Kolonisation.

**X Produktions-
ergebnisse**

Im letzten amtlichen Jahresbericht über das Schutzgebiet Togo heißt es: »Der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Verhältnisse des Schutzgebiets liegt nach wie vor in der landwirtschaftlichen Produktion der Eingeborenen. Togo ist dabei in der glücklichen Lage seine Wirtschaftsbilanz nicht nur auf eine einzige Kultur stützen zu müssen, vielmehr konkurrieren Ölpalmenprodukte und Mais, in zweiter Linie Kautschuk und Baumwolle, in jüngster Zeit auch mehr und mehr Kakao mit einander Träger der Schutzgebietswirtschaft zu sein. Durch diese Mehrheit von Kulturen werden die der Gesamtwirtschaft des Schutzgebiets durch klimatische und sonstige Einflüsse drohenden Gefahren eingeschränkt. Regenreiche Jahre, die die Maisernte vernichten, fördern zum Beispiel das Wachstum und den Ertrag der Ölpalme.« Als Beweis wird angeführt, daß das Jahr 1909 eine Zunahme der Palmkernausfuhr von 5,12 auf 8 Millionen Kilo und der Palmölausfuhr von 1,36 auf 2,78 Millionen Kilo gebracht habe, während die Maisausfuhr von 30,2 auf 13,49 Millionen Kilo zurückgegangen ist. Das bedeutet für Mais eine Mindereinnahme von 1,05 Millionen Mark, für Ölprodukte eine Mehreinnahme von 1,09 Millionen Mark. Im Jahr 1910 hat sich diese Entwicklung nach den im *Deutschen Kolonialblatt* veröffentlichten Vierteljahrsausweisen noch fortgesetzt. Der Wert der Palmkernausfuhr ist vom 1. Januar bis zum 30. September auf 1,54 Millionen Mark gegen 1,17 Millionen im gleichen Zeitraum des Vorjahrs gestiegen, der der Palmölausfuhr von 619 120 auf 924 605 Mark. Dagegen ist die

Maisausfuhr von 670 675 Mark auf 244 165 zurückgegangen. Doch kommt dieser Rückgang zu sehr wesentlichen Teilen auch auf die Steigerung des heimischen Verbrauchs durch den Bahnbau Lome-Atakpame, bei dem 3- bis 4000 Arbeiter, statt selber mit für die Ausfuhr produzieren zu können, die Produktionskraft der Bauern in den Bahnbezirken in Anspruch nehmen. Auch Baumwollanbau und ähnliche Großhandelskulturen leiden vorübergehend darunter. Solche Übergangsverhältnisse erklären wohl den Rückgang aller Ausfuhrungen Togos (außer Kautschuk) im 3. Vierteljahr 1910, der es fraglich erscheinen läßt, ob die Anfuhrziffer des Jahres 1909 von der des letzten Jahres überboten und auch nur erreicht wird. Aber die Beweglichkeit der Produktion stellt einen für die koloniale Wirtschaftsentwicklung sehr wertvollen Faktor dar. Im Plantagengroßbetrieb ist sie erfahrungsgemäß nicht in gleichem Umfang zu erreichen. Aber auch im Negerbauernbetrieb setzt sie wachsende kaufmännische und technische Reifigkeit voraus.

X Kurze Chronik

In den europäischen Pflanzungsbetrieben Kameruns ist die ertragsfähige Fläche an Kakaopflanzungen nach dem letzten Jahresbericht von 4823 auf 5331 Hektar, die ausgeführte Menge Kakao von 2447 Tonnen im Jahr 1908 auf 3322 im Jahr 1909 gestiegen. Auf den Hektar ergab sich eine Ertragssteigerung von 507 auf 623 Kilo, die auf die vermehrte Verwendung künstlicher Düngemittel (Einfuhr 460 gegen 184 Tonnen) zurückgeführt wird. X Belgien erbaut jetzt in der Kongo kolonie einige Bahnen, die das deutsche Interesse stark berühren, weil sie das belgische Hinterland von Deutsch Ostafrika nach Westen und Süden dem Verkehr anschließen. Erstens wird von der *Compagnie des Chemins de fer du Congo Supérieur aux Grands Lacs Africains*, die den Bahn- und Stromverkehr von Stanleyville bis Bukama betreibt, eine etwa 260 Kilometer lange Verbindungsbahn vom Kongo nach dem Tanganjikasee hergestellt. Die Erhöhung des Aktienkapitals von 50 auf 75 Millionen zu diesem Zweck ist Anfang April genehmigt. Zweitens wird von der *Compagnie du Chemin de fer du Katanga* eine Bahn Elisabethville-Bukama gebaut, die also das Kongosystem mit dem rhodesischen System verbindet.

DIVERSA

Neuerscheinungen

Ugarte über die Zukunft Lateinisch Amerikas In äußerst gründlicher und interessanter Weise beschäftigt sich Manuel Ugarte in seinem neuen Buch *El porvenir de la América latina* /Valencia, Sempere/ mit der Zukunft des romanischen Amerika. Während das anglierte Nordamerika das Charakteristikum trägt, daß der Einwanderer schonungslos den Eingeborenen, sei es nun Indianer oder Neger oder Mischling zurückdrängte und vernichtete, wodurch es zu einer homogenen Masse von seltener Lebensenergie wurde, weist Südamerika die weitestgehende Verschmelzung von Eroberern, Einwanderern und Eingeborenen auf. Die Ureinwohner Nordamerikas spielen in der Geschichte des Landes keine Rolle mehr, in Südamerika haben alle einzelnen Gruppen und Elemente, die den Völkerbrei bilden, der uns an die Zustände in der Zeit der Völkerwanderung erinnert, direkten oder indirekten Einfluß auf das Geschick der 20 Staaten aus denen sich das Gebiet mit seinen 80 Millionen Einwohnern und seinem Territorium, das doppelt so groß ist wie ganz Europa, zusammensetzt. Wenn wir uns nur in großen Linien die Hauptgruppen der Bevölkerung vorstellen, so haben wir: 1. reine Abkömmlinge der spanischen und portugiesischen Eroberer, 2. Mestizen und Mulatten (Mischlinge von Fremden und Eingeborenen in verschiedenen Kombinationen), 3. Indianer und Neger reiner Rasse, die im Land geboren sind, 4. Abkömmlinge dieser Rassen von Eltern, die ins Land eingewandert sind, 5. Abkömmlinge der eingewanderten (unkultivierten) Neulinge mit Indianern, Negern oder deren Mischlingen, 6. Abkömmlinge der rassereinen Spanier mit eingewanderten Fremden (verschiedener Völker), 7. Abkömmlinge von Eltern kultivierter Völker, 8. Leute, die jung nach Südamerika eingewandert sind und sich dort völlig akklimatisiert haben. Gemeinsam ist all diesen Elementen nur eine große Liebe zur neuen Heimat, die freilich bei den germanischen Einwanderern bedeutend geringer ist als bei den romanischen. Auch das Klima vertragen die germanischen Völker weit weniger als die romanischen und slawischen. Bei dem verhältnismäßig geringen germanischen Einschlag verschwinden daher die für Nordamerika hervorstechenden Eigenschaften der nüchternen Tüchtigkeit beinahe ganz vor dem temperamentvollern, unbedachten,

kühnen und selbstbewußten Wesen, das die Spanier und Portugiesen kennzeichnet, dem sich Franzosen und Italiener leicht assimilieren, und das auch teilweise in den Eingeborenen, vor allem in den Indianern, gleichartige Züge findet. Nach dem Gesagten ist es zu verstehen, daß vorderhand noch Kampf die Lösung in diesen Ländern ist, da jede einzelne Bevölkerungsgruppe mit gleichen Ansprüchen in das Allgemeinleben eingreift. Noch kann man nicht von einem einheitlichen Staat sprechen, denn noch beziehen die südamerikanischen Länder, wie Ugarte sagt, »zu dem Blut aus Spanien und Portugal die geistigen Anregungen aus Frankreich, großmütig geliehene Gelder aus England, die Industrie aus Deutschland und die kräftigen Arbeitsarme und Hände aus Italien«. Damit man nun ein einheitliches Land, ein Volk in Südamerika habe, bedarf es, wie Genosse Ugarte ausführlich darlegt, vor allem der Stärkung des Nationalgefühls, das in dem Grad anwachsen wird, in dem auswärtige Einflüsse abnehmen. Es genügt nicht in optimistischen Träumen auf eine bessere Zukunft zu hoffen. Schon die junge Generation kann beginnen dafür zu arbeiten. Es ist genug segensvolle Arbeit vorhanden. So sollte vorerst das ganze Land dem Menschengeist unterworfen werden, indem Verbindungswege von einem Ende zum andern gelegt werden, so daß die großen Unterschiede zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen verschwinden, die Kultur allgemeiner wird, und dadurch die Reste der Barbarei vernichtet werden können. Die pekuniären Opfer für eine solche Arbeit wären nicht größer als die, die die beständigen Kämpfe das Land kosten, solange jede der kleinen und größeren Republiken mit Feuer und Schwert jeden Augenblick ihren Vorrang dartun will, ohne daß auch nur eine einzige in sich den Stempel einer einheitlichen und unausrottbaren Nationalität trüge. Wenn diese Vorbereitungen vollendet sind, so muß Südamerika daran gehen alle seine Bedürfnisse im eigenen Land zu befriedigen und seine Erzeugnisse mit eigenen Schiffen in den Welthandel zu schicken. Ugarte glaubt, daß in einem Land, das innerhalb eines Jahrhunderts so ungeheure Fortschritte gemacht hat wie es tatsächlich in Südamerika der Fall ist, alle Aussichten vorhanden sind, daß es sich auch in überraschend kurzer Zeit zu dem entwickelt, was die junge Generation so heiß ersieht: zum idealen Land der Zukunft.

IDA HÄNY-LUX